



## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 18. Dezember 2017**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### 19. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 13.08 Uhr.  
Ende der Sitzung: 19.01 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 18. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2017 liegt zur  
Einsichtnahme auf.

#### **Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.  
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.



# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 06.12.2017 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates DI-Verf-007-2017

Bgm. Dr. Rabl: Nach dem Verzicht von GR. Petra Wimmer ist deren Mandat im Gemeinderat neu zu besetzen.

Nach den Bestimmungen der O.ö. Kommunalwahlordnung wurde Christian Kittenbaumer in den Gemeinderat nachberufen, welcher die Berufung angenommen hat. Die vorgereichten Ersatzmitglieder Vzbgm. a.D. Hermann Wimmer, StR. Johann Reindl-Schwaighofer, StR. Klaus Hoflehner und LAbg. Petra Müllner haben auf die Nachberufung verzichtet.

Das neue Mitglied des Gemeinderates ist daher in der heutigen Sitzung anzugeloben.

Nach § 10 des Statutes der Stadt Wels haben neu berufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich ersuche sie daher sich von ihren Plätzen zu erheben.

Zur Angelobung darf ich den Herrn Magistratsdirektor um Verlesung der Gelöbnisformel ersuchen.

Herr Magistratsdirektor Dr. Peter Franzmayr verliest folgende Gelöbnisformel:

Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.

Christian Kittenbaumer leistet das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“.

Bgm. Dr. Rabl: Herzliche Gratulation! Nehmen sie Platz in unseren Reihen. Die Schuhe, die Frau Petra Wimmer hinterließ, sind groß. Wir wünschen ihnen, Frau Wimmer, viel Erfolg im Nationalrat. Sie mögen auch Welser Interessen vertreten so gut es geht.

Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates  
Verf-015-W-4-2017

Bgm. Dr. Rabl: Aus Anlass des Verzichtes von GR. Petra Wimmer hat die SPÖ-Gemeinderatsfraktion einen Wahlvorschlag für die Nachwahl in die Ausschüsse des Gemeinderates eingebracht.

Bei der Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse ist aus formeller Sicht zwischen dem Kontrollausschuss und den sonstigen Ausschüssen zu unterscheiden. Es sind daher zwei Wahlen durchzuführen. Beide Wahlen sind in Fraktionswahl vorzunehmen. Stimmberechtigt sind jeweils die Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion. Die Wahlvorschläge liegen auf.

### **Wahlvorschlag für Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse**

Finanz- und Präsidialausschuss

GR. Christian Kittenbaumer als Mitglied anstelle von GR. Mag. Mato Simunovic

Sozial- und Wohnungsausschuss

GR. Laurien Scheinecker als Mitglied anstelle von GR. Petra Wimmer

Generationenausschuss

GR. Christian Kittenbaumer als Ersatzmitglied anstelle von GR. Petra Wimmer

Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss

GR. Christian Kittenbaumer als Ersatzmitglied anstelle von GR. Petra Wimmer

Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss

GR. Christian Kittenbaumer als Mitglied anstelle von GR. Petra Wimmer

Kulturausschuss

GR. Mag. Mato Simunovic als Mitglied anstelle von GR. Petra Wimmer

Vzbgm. Silvia Huber als Ersatzmitglied anstelle von GR. Mag. Mato Simunovic

Dieser Wahlvorschlag wird in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

### **Wahlvorschlag für den Kontrollausschuss**

GR. Christian Kittenbaumer als Ersatzmitglied anstelle von GR. Petra Wimmer

Dieser Wahlvorschlag wird in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

Nachwahl eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden  
Verf-015-W-5-2017

Bgm. Dr. Rabl: Von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wurde ein Wahlvorschlag für den stellvertretenden Vorsitzenden des Sozial- und Wohnungsausschusses lautend auf Vizebürgermeister Silvia Huber eingebracht. Über den Wahlvorschlag ist von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion in Fraktionswahl abzustimmen.

Dieser Wahlvorschlag wird in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

### Mitteilungen des Bürgermeisters

Bgm. Dr. Rabl: Wie in der Vergangenheit sind auch für das Budget 2018/2019 von der KPÖ **Erinnerungen** eingelangt – diese liegen auf. Ich bitte sie diese Erinnerungen in die Budgetdebatte miteinfließen zu lassen.

Initiativantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Verbesserung der Netzqualität im nördlichen Wels;  
Resolution an die A1 Telekom Austria AG  
Verf-015-I-1-2017

Bgm. Dr. Rabl: Zum Initiativantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Verbesserung der Netzqualität im nördlichen Wels vom 16.10.2017 teilt die A1 Telekom Austria AG mit Schreiben vom 14.11.2017 Folgendes mit:

Vielen Dank für ihr Schreiben datiert mit 17.10.2017, das am 08.11.2017 bei der A1 Telekom Austria eingelangt ist. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und ihnen im Zuge dieses Schreibens einen kurzen Fortschrittsbericht sowie die nächsten Schritte aus Sicht der A1 Telekom Austria AG mitteilen.

Wie beim gemeinsamen Termin in Wels am 07.09.2017 mit Ihnen Herr Bürgermeister Dr. Rabl, mit Herrn Vzbgm. Gerhard Kroiß und Herrn StR. Peter Lehner sowie Vertretern der A1 vereinbart wurde, arbeiten wir derzeit gemeinsam daran die Mobilfunkversorgung in den betroffenen Gebieten im Norden der Stadt Wels zu verbessern.

Im Zusammenhang mit der Versorgung von Aichberg (Waldschänke und Umgebung) hat es zwei Begehungen vor Ort gegeben. Mit dem Bestandgeber einer geeigneten Liegenschaft konnte eine Einigung erzielt werden. Der Standortmietvertrag ist mittlerweile beidseitig unterzeichnet. Am Freitag, 17.11.2017, findet eine bautechnische Begehung statt, bei dem die Planung des Standortes inklusive Zuleitungen (Strom, Glasfaser, Richtfunk) abgeklärt wird. Nach erfolgter Planung, Einreichung und damit verbundener Genehmigungen wird der Standort aufgebaut und in Betrieb genommen.

Für den Ortsteil Roithen werden wir in Absprache mit der Stadt Wels demnächst einen gemeinsamen Vorabbegehungstermin vereinbaren, bei dem ein Lokalausweis in Hinblick auf mögliche Bestandgeber bzw. geeignete Bestandsobjekte (Gebäude, Tragwerk, etc.) für die Errichtung einer Mobilfunksendeanlage durchgeführt werden soll.

Ergänzend kann gesagt werden, dass es einen derartigen Termin in der Zwischenzeit gibt. Wir werden versuchen in der Roithen einen entsprechenden Standort zu finden.

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Personalstand bei der Welser Polizei; Resolution  
Verf-015-I-4-2017

Bgm. Dr. Rabl: Zum Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Personalstand bei der Welser Polizei vom 16.10.2017 teilt der Landespolizeidirektor Pils mit Schreiben vom 22.11.2017 Folgendes mit:

Zur Resolution des Welser Gemeinderates darf ich dir mitteilen, dass die geschilderte Personalsituation im Bereich des Stadtpolizeikommandos Wels ho. bekannt ist. Die Landespolizeidirektion Oberösterreich ist bemüht die vorhandenen Fehlstände im Zuge der anstehenden Ausmusterungen zu kompensieren. Dazu kann ich informieren, dass die Effektivität der Welser Polizei durch kontinuierliche Nachbesetzung der Abgänge erheblich gesteigert werden konnte und derzeit jeder dritte Polizist/In unter 30 Jahre alt ist.

Unabhängig davon stehen dem Stadtpolizeikommando Wels für kriminalpolizeiliche Schwerpunktaktionen zusätzliche Exekutiveinheiten der Landespolizeidirektion, insbesondere die Einsatzgruppe des Landeskriminalamtes OÖ zur Bekämpfung der Straßenkriminalität sowie Beamte der Bereitschaftseinheit OÖ zur Verfügung. Bei verkehrspolizeilichen Aktionen wird das Stadtpolizeikommando Wels bei Bedarf von Kräften der Landesverkehrsabteilung OÖ unterstützt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, ÖVP- und SPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Kompensation der Mehrausgaben durch das Pflegeregressverbot  
Verf-015-I-8-2017

Bgm. Dr. Rabl: Zum Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, ÖVP- und SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Kompensation der Mehrausgaben durch das Pflegeregressverbot vom 13.11.2017 teilt das Präsidium des Landes mit Schreiben vom 11.12.2017 insbesondere Folgendes mit:

Sie haben Herrn Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer die in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wels beschlossene Resolution an die neue Bundesregierung anlässlich der Abschaffung des Pflegeregresses übermittelt. Wir haben diese Resolution allen Mitgliedern der Oö. Landesregierung zur Kenntnis gebracht.

Da aber die in ihrer Resolution konkret angesprochenen Maßnahmen bzw. Forderung ausschließlich in die Zuständigkeit des Bundes fallen, ist eine unmittelbare Handlungsmöglichkeit für die Oö. Landesregierung nicht gegeben.

Mir wurde mitgeteilt, dass diese Resolution dem Bund und der neuen Bundesregierung zur Kenntnis gebracht wird.

### Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Integratives Schulzentrum Dr. Schärf-Schule (ISZ Wels-Stadt); Resolution Verf-015-I-12-2017

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit erfolgen, wird sofort darüber abgestimmt.

Die Dringlichkeit wird

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Weiterführung der Volksschulklassen im Integrativen Schulzentrum Wels (ISZ); Resolution Verf-015-I-13-2017

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit erfolgen, wird sofort darüber abgestimmt.

Die Dringlichkeit wird

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Erhalt und Sicherung von Streetwork; Resolution Verf-015-I-14-2017

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 3 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit erfolgen, wird sofort darüber abgestimmt.

Die Dringlichkeit wird

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Die Anträge werden wie gewohnt nach Abarbeitung der Tagesordnung behandelt.

Berichterstatter Gemeinderat Stefan Ganzert

1.)

**vordringlicher** Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Zurverfügungstellung der durch die Kollegialorgane der Stadt Wels beschlossenen Aufträge für Studien udgl.  
Verf-015-I-11-2017

GR. Ganzert: In unserer Runde möchte ich Kollegen Christian Kittenbaumer herzlich willkommen heißen. Lieber Christian, ich freue mich, dass du nun Teil des Welser Gemeinderates bist - auf eine gute Zusammenarbeit!

Dieser vordringliche Initiativantrag ersucht um Offenlegung der durch den Gemeinderat oder den Stadtsenat beschlossenen Studien. Anhand eines konkreten Beispiels fordern wir diesen Schritt. Es gibt die Studie „Soziales Wels 2030“ der FH OÖ. Diese Studie wurde erstellt aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses vom Juli 2015, also der letzten Sitzung vor der Gemeinderatswahl. Damals wurde einstimmig die Beauftragung der Fachhochschule zur Erstellung der Studie beschlossen. Anfang 2017 gab es einen Endbericht. Das erfuhren wir aufgrund von Presseaussendungen einzelner Referenten, die immer wieder Teilstücke aus dieser Studie präsentierten.

Meine Kollegen im Stadtsenat sprachen mehrfach in den Stadtsenatsitzungen den Herrn Bürgermeister darauf an, diese Studie zu übergeben, damit wir Einsicht nehmen können. Wenn der Gemeinderat diese Studie beschließt, dann soll auch der Gemeinderat die Erkenntnisse dieser Studie erhalten. Darum stellen wir diesen Antrag.

Kurz vor dieser Sitzung kam vom Büro Vzbgm. Raggl-Mühlberger eine E-Mail, dass die Studie „Soziales Wels 2030“ übermittelt wird. Ich hoffe dasselbe gilt auch für die Integrationsstudie.

Im Vorfeld dieser Sitzung wurde darüber gesprochen, dass es möglicherweise einen Abänderungsantrag gibt. Mit diesem vordringlichen Initiativantrag wollen wir beschließen, dass jene Studien und Aufträge, die durch den Gemeinderat oder dem Stadtsenat beschlossen wurden und die Mittel dafür vorhanden sind, den zuständigen Gremien vorgelegt werden.

GR. Wiesinger: Diesen Antrag unterstütze ich vollinhaltlich. Wurde eine Studie erstellt, ist diese in absehbarer Zeit und in geeigneter Form allen Gemeinderäten zur Verfügung zu stellen. Jedoch sollte dies im Ausschuss diskutiert werden. Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Initiativantrag dem Finanz- und Präsidialausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wiesinger auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 4) in den Finanz- und Präsidentialausschuss wird mit

gegen 21 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
12 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion, NEOS)  
angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin MMag. Stefanie Rumersdorfer

2.)

**vordringlicher** Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend „Rettet das Kulturland Oberösterreich“; Resolution  
an den Oberösterreichischen Landtag  
Verf-015-I-10-2017

GR. MMag. Rumersdorfer: Vor knapp zwei Wochen beschloss der Landtag in seiner Budgetsitzung die massive Kürzung im Kunst- und Kulturbereich. Schon Tage zuvor formierte sich dagegen ein großer Protest, der leider ungehört blieb. Hunderte Menschen demonstrierten in Linz und versuchten ihr Bestes. Unzählige Personen, Vereine, Initiativen, Institutionen wehrten sich gegen den geplanten Rundumschlag gegen sie und tun es bis heute. Es konnte zwar ein Gespräch mit LH Mag. Stelzer erreicht werden. Dieser zeigte sich jedoch leider wenig beeindruckt. Im Gesamtbudget wurden 3,5 % gekürzt, bei den Förderungen waren es sogar 30 %, wie die KUPF - Kulturplattform Oberösterreich vorrechnet. Man muss sich diese Zahlen auf der Zunge zergehen lassen: Musik minus 33 %, Bildende Kunst minus 31 %, Literatur minus 34 %, Kunstpflege minus 20 %, Filmförderung minus 28 %, Regionale Kulturinitiativen minus 10 %, Volkskultur und Blasmusik minus 28 %. In Summe liegen alle Förderungen damit nur noch bei 4,7 Mio. Euro, vor wenigen Jahren wurden hier noch 9 bis 10 Mio. Euro – also fast das Doppelte – vorgesehen. Diese Zahlen rechnet die KUPF vor.

Altlandeshauptmann Dr. Pühringer's Worte „Kultur kostet – Unkultur kostet aber viel mehr“ dürften in der derzeitigen Schwarz-Blauen-Landesregierung allerdings in Vergessenheit geraten sein. Die Kürzungen betreffen Bereiche der zeitgenössischen Kunst- und Kulturszene, die es sowieso schon schwer hat, die Großteils vom ehrenamtlichen Engagement getragen wird und bei der sowieso kaum jemand etwas daran verdient. Kulturarbeit ist sicherlich kein Bereich der Weltverbesserinnen oder die, die sonst nichts zu tun haben. Es geht um die Erhaltung, wie Valerie Röckendorfer, die Festivalleiterin der YOUKI - für alle, die sie nicht kennen - in einem Video sagt. Für alle, die auch dieses Video nicht kennen, würde ich empfehlen auf die Facebook-Seite der

YOUKI zu gehen oder auch auf die Seite von „Kulturland retten“ – dort sind etliche Videos von Kunst- und Kulturschaffenden, die sich dagegen wehren, dass ihre Arbeit in Grund und Boden gekürzt wird.

Gerade wir in Wels sind zu Recht stolz auf unsere YOUKI, weswegen wir alles daran setzen müssen, dass nicht auch dieser Bereich gekürzt wird, denn irgendwann geht es nicht mehr. Irgendwann sind die Möglichkeiten der Kulturschaffenden, qualitativ hochwertige Kulturangebote zu erarbeiten, erschöpft.

Es ist der niedrigste Stand der Kulturförderung seit Jahrzehnten. Hunderte Kulturvereine mit über 16.000 Bürgern, denen dieses Kulturland Oberösterreich am Herzen liegt, sind davon betroffen. Es ist für mich immer wieder verwunderlich, wie die Schwarz-Blaue-Regierung diese Menschen mit Großteils ehrenamtlichem Engagement in keiner Weise budgetär würdigt. Denn mit diesen massiven Kürzungen sind nicht nur Angebote und Programme in Gefahr, sondern ganze Initiativen, ehrenamtliche Vereine, Infrastruktur und in letzter Konsequenz Jobs.

Wir sind in unserem Land dringend auf Kunst und Kultur angewiesen als Wirtschaftsfaktor, als Arbeitgeber, als Werkzeug für die Regionalentwicklung, der Stadtentwicklung, als soziales Bindemittel und kritischer Spiegel.

Gerade die ÖVP – in erster Linie Wirtschaftslandesrat Dr. Strugl – nehmen hier bewusst das Sterben der Kulturwirtschaft in Kauf. Ich dachte immer der Slogan lautet „Geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut“. Dass aber die Wirtschaft nur gut funktionieren kann, wenn es den Menschen gut geht, die de facto die Wirtschaft sind, dürfte immer noch nicht überall angekommen sein. Geht es den Menschen nicht gut, geht es auch der Wirtschaft nicht gut. Es braucht ordentliche Rahmenbedingungen um die kulturelle Nahversorgung und Innovation zu gewährleisten. Dieser Bereich darf nicht ausgehungert und auf ein Minimum zusammengekürzt werden.

Aber nicht nur der ÖVP sondern offensichtlich auch der FPÖ auf Landesebene ist die Kulturarbeit ein Dorn im Auge. Das ist insofern spannend, als sich diese Partei als Hüterin und Schützerin der Österreichischen Kultur positioniert, die Heimat- und Traditionsschützerin schlechthin. Kollege Schäfer meinte im letzten Gemeinderat Umweltschutz ist Heimatschutz – vielleicht könnte man dies auch auf die Kunst und Kultur überleiten. Ich möchte diesen Begriff nicht unnötig strapazieren, aber doch erwähnen, so wie es heute der Herr Bundespräsident ihren Kollegen vom Bund sagte, dass Sprache ein ganz wichtiges Instrument ist den Heimatschutz zu gewährleisten.

Heimatschutz wurde mit dem Synonym, mit dem Begriff „Heimwehr“ gleichgesetzt, einer bürgerlich-paramilitärischen Organisation in der Zwischenkriegszeit, die die Abschaffung der Demokratie im Sinne hatte. Dieser Begriff wurde aus der Versenkung geholt und ist wieder zurück – jedoch nicht weniger belastend und problematisch. Diese Begriffe sollten daher mit Bedacht und nicht inflationär im Sinne der Rettung Österreichs oder der Rettung von Wels benutzt werden.

Von diesem kurzgeschichtlichen Exkurs zurück zur Kultur bzw. zu der vorherrschenden Unkultur in den Bereichen, die scheinbar nichts bringen, massiv zu kürzen. Selbst in Wels gibt es sehr wenig Budget für die Kultur. Es gibt kein Budget für eine Kulturerhebung, für die Bewerbung zur Kulturhauptstadt, für den Stadtschreiber oder die Stadtschreiberin, für

Lese-Events, für ein Buchprojekt zum 500sten Todestag von Kaiser Maximilian im Jahr 2019, bei dem sich die Stadt Wels herausputzen und zeigen könnte, dass uns Kunst und Kultur sowie unsere Geschichte nicht gleichgültig ist – aber nichts! So stelle ich mir zukunftsweisende Kulturpolitik nicht vor.

Als Stadt sind wir dafür verantwortlich kulturelle Nahversorger zu unterstützen und sie nicht noch weiter zurück zu drängen. Die Planungs- und Budgetsicherheit sind jetzt schon kaum gegeben. Und dennoch versorgen sie mit den geringen Mitteln, die sie haben, die Menschen mit Unterhaltung, Kritik und gesellschaftliche Teilhabe. Sie wirken gegen Brain Train, Vereinsamung und Absiedelung. Gehen wir doch nicht so mit diesen Menschen um, die einen wichtigen Beitrag für gesellschaftliches Zusammenleben leisten, mit denen, die der soziale und kulturelle Kitt der Stadt sind.

Im Landtag stimmten ÖVP und FPÖ für diese massiven Kürzungen, GRÜNE und SPÖ waren dagegen. Im Linzer Gemeinderat gab es einen ähnlichen Antrag wie den meinen, diesem stimmte die ÖVP sogar zu. Somit konnte diese Resolution an das Land Oberösterreich mehrheitlich angenommen werden. Ich hoffe nun auf eine Diskussion und nicht auf einen voreiligen Geschäftsordnungsantrag und ein daraus schließendes Parken im Kulturausschuss, denn dort bringt diese Resolution gar nichts.

Werte Kolleginnen und Kollegen, bei allen Unterschieden, die wir haben, setzen wir uns doch gemeinsam für das Kulturland Oberösterreich ein, was in weiterer Folge auch ein Bekenntnis zur Kulturstadt Wels ist.

GR. Schiefermayr: Bevor ich ihnen einige Fakten liefere, warum wir diesen Antrag ablehnen, möchte ich noch allgemein zu diesem Thema sagen: Warum jetzt die GRÜNEN als große Retter der oberösterreichischen Kultur in Erscheinung treten, ist schon ein wenig sonderbar. Es ist nicht bekannt, dass sich die GRÜNEN in den letzten Jahren besonders hervorgetan hätten, wenn es darum ging Brauchtum zu bewahren, traditionelle Kultur zu unterstützen udgl.

Des Weiteren ist kein großes Engagement der GRÜNEN bekannt Kulturveranstaltungen in Wels zu besuchen. Sowohl bei den Burggartenkonzerten, Theaterveranstaltungen, Vernissagen und dergleichen wurden eigentlich niemals GRÜNE angetroffen – zumindest meines Wissens nach nicht.

Doch nun zu den Fakten: Es ist richtig, der Oberösterreichische Landtag beschloss ein Budget mit Einsparungen in allen Bereichen. Das war primär notwendig, um einen ausgeglichenen Haushalt zu gewährleisten, um nach 15 Jahren das erste Mal wieder Schulden abbauen zu können. Von Kürzungen bis zu einem Drittel – wie z.B. auf der Facebook-Seite oder der Internetplattform „Rettet das Kulturland OÖ“ verlautbart - sind wir Lichtjahre entfernt. Vielmehr richtig ist, dass bei den Ermessensausgaben eine Kürzung bis zu 10 % erfolgte, ausgenommen sind beispielsweise von der EU co-finanzierte Projekte.

Das Budget für die Landesmusikschulen blieb unverändert. Für Oberösterreich bedeutet das angepeilte Null-Defizit, dass neue Wege eingeschlagen werden müssen. Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Antrag ab.

Schließen möchte ich mit einem alten Spruch, der zu diesem Thema hervorragend passt: „Jedem Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“

StR. Reindl-Schwaighofer: Bei den Kulturveranstaltungen in Wels, zu denen ich tagtäglich unterwegs bin, treffe ich sehr wohl Kollegen der GRÜNEN, so wie auch der FPÖ oder der ÖVP. Ob du, lieber Ronny, Kollegen anderer Parteien triffst oder nicht, so solltest du deine Teilnahme an Veranstaltungen überdenken.

Setzen wir uns nun mit diesem Antrag auseinander. Es ist richtig, die Landesmusikschulen erhielten das gleiche Budget. Das ist sehr wichtig, denn die Landesmusikschule ist das Rückgrat der kulturellen Entwicklung der Jugend Oberösterreichs. Es gibt Bereiche in der Kultur mit einer 30%igen Kürzung – das betrifft vor allem die unabhängige Kultur. Diese Bereiche wollen die FPÖ und ÖVP angeblich nicht – deswegen diese hohen Kürzungen.

Kultur ist viel mehr als nur Brauchtum. Die Brauchtumspflege ist wesentlicher Bestandteil unserer Kulturarbeit. Aber es gibt darüber hinaus Kulturbereiche, die eigentlich auch ein Experimentierfeld für unsere Gesellschaft sind. Alles braucht seinen Raum und seine Möglichkeiten.

Oberösterreich ist ein wichtiges Industrie- und Wirtschaftsland. Wesentlicher Bestandteil eines Industrie- und Wirtschaftslandes ist die kulturelle Ausprägung. Wenn wir heute über Betriebsansiedelungen diskutieren, dann ist die kulturelle Verwirklichbarkeit von Menschen mit der kulturellen und bildungsmäßigen Ausstattung einer Region zu sehen.

Sehe ich mir nun den jetzigen Zustand der Landespolitik an, sehne ich mich wieder nach Alt-Landeshauptmann Dr. Pühringer – dieser hatte Handschlagqualität. Er meinte, die Frage der kulturellen Entwicklung ist eine Frage, die breit aufgestellt sein muss. Hier unterscheiden sich neoliberale Geister, die jetzt in der ÖVP-Regierung sind, mit Menschen christlich-sozialer Herkunft.

LH i.R. Dr. Pühringer sagte stets: „Kultur ist teuer, Unkultur ist noch viel teurer“. Wir werden diese Ernte einfahren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich hoffe, ich habe nicht Recht.

GR. Scheinecker: Zur Diskussion wer bei welcher Veranstaltung teilnimmt: Es ist nicht unbedingt daran zu messen, ob mir Kultur wichtig ist, wie oft ich an einer Veranstaltung teilnehme. Z.B. ist mir auch eine soziale Einrichtung, wie die Drogenberatung, wichtig. In meinem Leben musste ich ganz selten die Drogenberatung in Anspruch nehmen und ich finde trotzdem wir brauchen sie.

Kollegin MMag. Rumersdorfer sprach den Begriff Brain Train an. Worum geht es dabei? In meinen Augen ist es in Wels ein reales Problem. Viele junge Menschen überlegen nach dem Schulabschluss in eine andere Stadt zu ziehen um zu studieren. Beispielsweise nach Wien, Linz oder Graz. Dort ist natürlich das kulturelle Leben anders. Veranstaltungen machen eine Stadt spannend. Brain Train ist der Umkehrschluss. Die Menschen kommen leider nicht mehr ganz so oft nach Wels zurück, wie wir das gerne hätten. Diese gut ausgebildeten Menschen wären wirtschaftlich für Wels von Bedeutung.

Was sind Gründe für eine Rückkehr nach Wels: Die „Kleinstadt“ hat Charme. Es ist jedoch wichtig, dass die freie kulturelle Szene, die Veranstaltungen usw. auch Lebensqualität erzeugen. Menschen meines Alters kommen nach dem Studium wieder nach Hause und wissen, in Wels tut sich was. Mit der Kürzung des Kulturbudgets riskieren wir eine Nichtrückkehr dieser Personen nach Wels.

Wir müssen uns bewusst sein, Kultur ist ein Standortfaktor. Es geht nicht nur darum zu sagen, wir halten als Kulturinitiative der Gesellschaft einen Spiegel vor, wir sind kritische Stimmen – das ist alles wichtig. Wir müssen auf den Ausbau der Standardfaktoren schauen und dürfen es nicht riskieren so wichtige Dinge, wie das kulturelle Leben, auf's Spiel zu setzen. Deswegen ist die Unterstützung diese Resolution sehr wichtig.

GR. Dr. Csar: Kultur bewegt, Kultur emotionalisiert. Mit der Kultur gibt es eine Weiterentwicklung der Gesellschaft und unserer Stadt. Kollegin Scheinecker führte uns eindrucksvoll vor Augen, es ist wichtig Kultur zu pflegen, das öffnet uns allen den Horizont.

Kultur muss auch kritisch sein. Das Land Oberösterreich bekennt sich zur Kultur. Deshalb ist das Budget auf die Kulturlandschaft Oberösterreich ausgerichtet. Im Gesamtbudget Oberösterreichs wurden Reduzierungen vorgenommen, auch der Kulturbereich ist davon betroffen. 114 Mio. Euro sind insgesamt im Kulturbudget vorgesehen. Letztes Jahr waren es um 10 Mio. Euro mehr. Diese Reduzierung ist dementsprechend umzulegen. Diese Reduzierungen sind leicht verkraftbar und machbar. Viele Kulturschaffende sagten, sie können das mittragen.

Daher wurden auch hier gewisse Kürzungen vorgenommen, aber nicht so stark, dass eine Weiterentwicklung der Kulturlandschaft in Oberösterreich nicht mehr möglich ist. Ganz im Gegenteil – es werden selbstverständlich Kulturprojekte weiterhin gefördert, Kulturaktivitäten unterstützt und Kulturschaffenden eine Förderung zuerkannt.

Wir stehen dazu. Es ist eine gute vernünftige Entwicklung dafür notwendig. Die Reduzierung des Kulturbudgets ist für das Gesamtbudget notwendig. Es erfolgt keine punktuelle, radikale Reduzierung der Kultur. Die freie Kultur wird damit nicht mundtot gemacht – ganz im Gegenteil! Es wird weiterhin Förderungen geben.

Die YOUKI ist ein tolles Projekt. Ein Projekt, welches in Wels seinen Ausgang fand. Es wird von der Stadt Wels aber auch vom Land OÖ gestützt und gewürdigt.

Mit diesem reduzierten Budget wird keine Minderwürdigung der Kultur ausgesprochen, das möchte ich ausdrücklich betonen. Ganz im Gegenteil. Mit dem Kulturbudget des Landes Oberösterreich werden die Würdigung und die Wertschätzung ausgesprochen. Daneben gibt es eine wesentliche Wertschätzung für die Kulturschaffenden. Diese können wir alle damit zum Ausdruck bringen, indem wir das Angebot annehmen und die Kulturveranstaltungen besuchen.

Unser Landeshauptmann hat eine ganz wesentliche Eigenschaft – dies sagte er auch in seiner Budgetrede – er sagt was er tut und er tut was er sagt. Das ist für mich Handschlagqualität. Hier muss ich StR. Reindl-Schwaighofer absolut widersprechen – früher herrschte Handschlagqualität und jetzt nicht mehr. Die Handschlagqualität wird fortgeführt und konsequent umgesetzt. Die gesagte Meinung wird umgesetzt.

Im Haus der Secession in Wien steht bei der Eingangstür ein interessanter Spruch, der lautet: „Die Zeit ihre Kunst und der Kunst ihre Freiheit.“ Eine wichtige Aussage für uns alle. Eine Aussage, die aktuell sehr wichtig ist. Die Freiheit der Kunst wird weiterhin vorangetrieben, unterstützt und gefördert. Daher bekennen wir uns zu dieser Kulturförderung, die auch weiterhin Bestand hat.

Der vorliegende Antrag der GRÜNEN ist ein Antrag, der in vielen Gemeinden diskutiert und besprochen wird. Dass man hier Möglichkeiten sucht öffentlichkeitswirksame Auftritte zu machen, verstehe ich. Mir ist wichtig in aller Sachlichkeit und Nüchternheit dieses Thema zu diskutieren, damit der Weihnachtsfrieden auch bei uns einkehrt.

Ich ersuche euch nüchtern und neutral mit diesem Thema umzugehen und damit den Kulturschaffenden unsere Wertschätzung auszudrücken. Seien wir dankbar für die gute Kultur in Wels und Oberösterreich und für die Zuerkennung der Fördermittel.

Wenn wir uns alle als Gemeinderäte bei vielen verschiedenen Kulturveranstaltungen treffen, ist das für die Kulturschaffenden die beste Anerkennung.

GR. DI Haydinger: Es fielen einige harte Worte. Es war die Rede von massiven Kürzungen, von einem Sterben der Kulturlandschaft und von einem Einziehen einer Unkultur im Land. Dazu möchte ich ein paar Dinge richtig stellen:

Mit dem Haushalt 2018 wird in Oberösterreich eine neue Finanzpolitik Einkehr halten. Wir werden erstmals seit 10 Jahren keine Schulden mehr machen, wir werden erstmals seit 15 Jahren auch wieder Schulden zurückzahlen. Im Vergleich dazu: Wien wird ein Defizit von ungefähr 367 Mio. Euro aufweisen.

Zu den notwendigen Einsparungen sind alle Ressorts des Landes Oberösterreich aufgerufen und nicht nur – wie man fast den Eindruck bekommt – das Kulturressort. Wie bereits eingangs erwähnt, war die Rede von Kürzungen bis zu 10 % der Ermessenssubventionen. Für das Kulturbudget sprechen wir von Einsparungen in der Höhe von 3,56 %. In bestimmten Bereichen, wie z.B. den Landesmusikschulen, bleibt das Budget komplett unverändert. Es wird wichtige Vorhaben geben um in der Verwaltung einzusparen. So wird z.B. versucht für die unterschiedlichsten Kulturinstitutionen im Bereich Marketing, des Ticketverkaufs oder auch beim Facilitymanagement Synergien zu finden. In diesem Bereich sind Kultur schaffende Institutionen überhaupt nicht betroffen.

Das Reformprojekt beinhaltet eine ganze Reihe von weiteren Maßnahmen, wie z.B. dass die Stadt Linz mit dem Land Oberösterreich im Bereich der Museen enger zusammenarbeiten wird. Das erklärte Ziel dieses Reformprojektes ist die Umsetzung innerhalb eines Jahres. Wir werden daher diesem Antrag nicht zustimmen, sondern appellieren an das Land das Reformprojekt möglichst rasch umzusetzen.

Zu Kollegen Dr. Csar und dem Spruch an der Secession in Wien: „Der Zeit ihre Kunst, der Kunst ihre Freiheit.“ Zur Ergänzung: Die Secession wurde damals übrigens nicht mit öffentlichen Geldern finanziert, sondern mit den Geldern der Künstlervereinigung Secession. Lediglich das Grundstück wurde von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt.

Der Initiativantrag (Anlage 5) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 12 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion, NEOS)  
21 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
abgelehnt.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels,  
mit der die Ausschussverordnung 2015 abgeändert wird  
(2. Novelle zur Ausschussverordnung 2015)  
DI-Verf-118-2017

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 17.11.2017:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende 2. Novelle zur Ausschussverordnung 2015 beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß: Vielen Dank. Zu TOP 4. liegt uns ein Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion vor, der lautet:

„Im Beschlusstext

..... Aus den angeführten Gründen wird daher beantragt, der Gemeinderat möge beschließen:

2. Der Entwurf des Voranschlages der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2019 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs.1 StW. 1992, LBGl. Nr. 8/1992 i.d.g.F., mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen zustimmend zur Kenntnis genommen. ....

ist folgendes Wort zu streichen:

„..... **zustimmend** .....

Der Beschlussantrag lautet daher ergänzt wie folgt:

..... Aus den angeführten Gründen wird daher beantragt, der Gemeinderat möge beschließen:

...

2. Der Entwurf des Voranschlages der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2019 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs. 1 StW. 1992, LGBl. Nr. 8/1992 i.d.g.F., mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen zur Kenntnis genommen.

**Begründung:**

Weder das Statut der Stadt Wels noch die Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels und seiner Ausschüsse in den jeweils geltenden Fassungen kennen die „zustimmende Zurkenntnisnahme“, noch entspricht diese Beschlussformel einer gelebten Praxis im Welser Gemeinderat. Nachdem der Voranschlag für das Jahr 2019 ohnehin nur als Entwurf vorliegt und einer eigenen Beschlussfassung durch den Gemeinderat bedingt, soll dieser mit o.a. Beschluss zur Kenntnis genommen werden.“

Bitte diesen Abänderungsantrag in die Beratungen miteinzubeziehen.

4.)

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2018  
und Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2019  
- Doppelbudget  
FD-Fin-100-2017

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 17.11.2017:

1. Der Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2018 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs. 1 StW. 1992, LGBl.Nr. 8/1992 i.d.g.F., mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

|  |   |                |
|--|---|----------------|
| Ausgaben des ordentlichen Haushaltes       | € | 218,530.400,-- |
| Einnahmen des ordentlichen Haushaltes      | € | 218,530.400,-- |
| Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes  | € | 33,398.400,--  |
| Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes | € | 33,398.400,--  |

2. Der Entwurf des Voranschlages der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2019 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs. 1 StW. 1992, LGBl.Nr. 8/1992 i.d.g.F., mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen zustimmend zur Kenntnis genommen:

|  |   |                |
|--|---|----------------|
| Ausgaben des ordentlichen Haushaltes       | € | 222,873.800,-- |
| Einnahmen des ordentlichen Haushaltes      | € | 222,873.800,-- |
| Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes  | € | 15,437.400,--  |
| Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes | € | 15,437.400,--  |

Bgm. Dr. Rabl: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um den Voranschlag für das Rechnungsjahr 2018/19, um das Doppelbudget. An dieser Stelle möchte ich mich sehr

herzlich bei Herrn FinDir. Dr. Barth und seinen Mitarbeitern für ihre herausragende Arbeit bedanken und ersuche um die Präsentation der wesentlichsten Zahlen.

FinDir. Dr. Barth trägt die als Anlage 8 beiliegende Präsentation vor.

Bgm. Dr. Rabl: Danke, lieber Hermann Barth. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das gegenständliche Budget, welches sie hier in Zahlen sehen, braucht ein bisschen Leben, braucht eine Seele. Man muss den Zweck verstehen, den dieses Budget hat abseits des in Zahlen gegossenen Kompromisses, abseits der politischen Querelen, die solch einem Budgetprozess vorangehen. Ich selbst habe miterlebt wie Dr. Barth jede einzelne Budgetposition mit seinen Abteilungsleitern und mit den politischen Vertretern diskutierte, verhandelte und deren Notwendigkeit überprüfte. Anschließend wurde mit den Referentengesprächen begonnen, wo jedes Detail besprochen und darüber abgewogen wird, ob diese Investition notwendig ist, ob sie jetzt notwendig oder in dieser Größenordnung notwendig ist bzw. welche Alternativen es dafür gibt.

Um dieses eher leblose Konstrukt wirklich zu verinnerlichen, um es laut Dr. Barth zu lieben, muss man es verstehen und den Zweck beachten. Der aus politischer Sicht betrachtete Zweck - nicht aus Sicht der Finanzen - ist naturgemäß ein Dokument dessen, was in den nächsten zwei Jahren passiert. Das ist die politische Agenda der nächsten zwei Jahre bzw. im Rückblick betrachtet ein Leistungsnachweis in Form des Rechnungsabschlusses, was wir tatsächlich weitergebracht haben. Nur weil eine Zahl im Budget steht, heißt das noch lange nicht, dass sie in diesem Jahr kommt und nur weil sie gekommen ist, heißt das noch lange nicht, dass sie im Budget gestanden ist. Beides ist gleichermaßen möglich, deshalb ist ein Budgetprozess ein laufender Prozess, der sich immer wieder mal ändert. Es gibt Instrumente dafür ein Budget entsprechend anzupassen.

Das Budget ist der sogenannte Leistungsvertrag, den wir als Politik mit den Bürgern schließen. Dabei versprechen wir ihnen, soweit es in unserer Kraft und Macht steht, dass wir das Geld, das notwendig ist, um diese Maßnahmen tatsächlich umzusetzen, auch tatsächlich budgetiert haben. Die Bürger können daher jetzt schon sehen und nachlesen, was in den Jahren 2018 und 2019 in der Stadt geschehen soll. Dazu gibt es noch die heute mitzudiskutierende Mittelfristige Finanzplanung, die noch wesentlich weitergeht. Die Bürger können für die Jahre danach nachlesen, was in der Stadt Wels konkret geplant war. Da das Budget die Gebrauchsanleitung des Politikers für sein politisches Tun und Handeln in der Zukunft ist, ist es wesentlich und wichtig, externe und interne Faktoren, die so ein Budget beeinflussen, wenigstens kurz und überflugsmäßig zu beleuchten.

Da ist die Bundesebene als zum Teil große Unbekannte, nicht nur aus politischer Sicht, sondern vor allem aus wirtschaftspolitischer Sicht betrachtet. Wir erlebten in den vergangenen Jahren einen Wirtschaftsaufschwung und gehen bei diesen Budgetzahlen davon aus, dass die Wirtschaft zumindest um 2,8 % oder mehr wächst. Das ist für uns so wichtig, weil an diesen Bundesertragsanteile hängen und dadurch die Gelder nach Wels fließen. Die Auswirkungen der Bundesertragsanteile auf dieses Budget kann man daran erkennen, dass die vor zwei Jahren beschlossene Steuerreform wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Bundesertragsanteile hatte.

In der vorhin gezeigten Grafik war ersichtlich, diese Anteile in den letzten Jahren stiegen nicht, sondern sanken trotz Inflation und höherer Steuereinnahmen. Ich konnte nicht verstehen als Finanzminister Schelling im August verkündete, dass die Mehreinnahmen im Bund bei 14 Mrd. Euro liegen. Ca. ein Tausendstel der Steuereinnahmen in der Republik kommen der Stadt Wels zugute. Demnach hätten wir 14 Millionen bekommen sollen. Angekommen ist aber nichts. Das liegt an gewissen Verzögerungsaspekten, an einer anderen Aufteilung und das es erst später kommen soll und kann. Aber auch die Konjunktur sollte bei uns ankommen, denn wir haben mit dieser guten Konjunktur budgetiert. Hätten wir diese gute Konjunktur nicht, könnten wir viele sich daraus ergebende Maßnahmen nicht umsetzen. Die Steuerreform war für uns ein großer Einschnitt, sie ging vorüber und den Bürgern ist mehr Geld geblieben. Als nächster Schritt müssten die Bundesertragsanteile nun wieder entsprechend steigen.

Der zweite für uns wichtige bundespolitische Aspekt ist die Arbeitslosigkeit. Wir hatten in Wels noch im November 2015 über 3100 Arbeitslose. Seither ist die Zahl sehr wesentlich gesunken. In Wels wesentlich früher als in allen anderen Städten Oberösterreichs. Im November 2016 waren es nur mehr 2959 und im November 2017 nur mehr 2832. Das heißt der Rückgang beträgt mehr als 9 % und allein im letzten Jahr war er mehr als 4 %. Für uns ist das so relevant, weil eine höhere Beschäftigung naturgemäß einen unmittelbaren Rückschluss auf unsere Kommunalsteuereinnahmen zulässt. Uns geht es nicht darum sich etwas bei den Arbeitslosen zu sparen, weil diese in die Zuständigkeit des Bundes fallen, sondern darum, wie stark die Beschäftigung in der Stadt Wels ist. Hier gibt es ein sehr erfreuliches Bild, die Kommunalsteuer von 38 Mio. Euro stieg um 7,4 % auf 41 Mio. Euro und wird im Jahr 2019 von 41 Mio. Euro noch einmal um 3,1 % auf 42 Mio. Euro steigen.

Das ist der Grund dafür, dass es so wichtig ist Wels als Top-Wirtschafts- und Bildungsstandort zu positionieren. Wir haben nicht nur eine Klausel irgendwo in das gemeinsam unterschriebene Papier der Positionierung hineingeschrieben, sondern es hat unmittelbare Auswirkungen auf unser Budget. Es hat unmittelbare Auswirkungen darauf, wie wir bei der Wirtschaft ankommen, wie Beschäftigung gemacht wird. Es ist kein Zufall, dass heute Unternehmer aus Linz nach Wels kommen, weil sie keine Stauprobleme haben möchten und eine rasche Abwicklung der Behördenverfahren. Das wurde ein Wettbewerbsvorteil. Dazu gehören auch entsprechende Grundstücke, eine Fachhochschule, die Arbeitskräfte in ausreichend qualifiziertem Ausmaß zur Verfügung stellt, um das erforderliche Wachstum, um am Markt weiterhin erfolgreich zu sein, zu generieren. Das kann nur mit den Know-how dieser Mitarbeiter gemacht werden, die vorher gut ausgebildet wurden in einer HTL, Fachhochschule oder an anderen Schulen der Stadt Wels. Nicht umsonst beherbergt Wels derzeit über 10.000 Schüler - eine durchaus beeindruckende Zahl.

Jetzt sprachen wir nur über die Faktoren Arbeit, Steigerungsbetrag und Wirtschaftswachstum. Aber es kommen vom Bund auch Dinge, die für uns völlig unberechenbar sind. Der Pflegeregress war so ein unerwartetes Ünding betreffend finanzielle Auswirkungen. Es wurde uns zugesagt, dass die Auswirkungen zur Gänze vom Bund übernommen werden. Allerdings war sehr schnell klar, die 100 Mio. Euro, die der Bund dafür bereitstellt, reichen keineswegs dafür aus, um die Abgänge der Stadt Wels nur ansatzweise abzudecken. Die 2,2 Mio. Euro an Einnahmehausfällen können dadurch nur teilweise abgedeckt werden. 1,4 Mio. Euro muss die Stadt Wels schlucken. Es ist gar nicht so einfach diese Beträge so zu „schlucken“, denn dem stehen Leistungen

gegenüber, die wir sowieso die ganze Zeit schon erbringen. Bekanntlich werden Dinge nicht billiger, sondern teurer. Das beginnt naturgemäß bei den Löhnen, die um 2,33 % erhöht wurden, auch bei den Sachausgaben. Durch die Inflation kommt es ebenfalls laufend zu Ausgabensteigerungen. Das sieht man auch bei sich zu Hause.

Am Wochenende las ich mir das Koalitionspapier durch. Beispielsweise ist dort angeführt, die Stadt Wels als Bezirkshauptmannschaft, als Magistrat soll zukünftig Sicherheitsbehörde I. Instanz werden. Die Auswirkungen im Rahmen der Übernahme dieser Aufgaben, d.h. wer die Kosten übernehmen wird, wenn wir Sicherheitsbehörde I. Instanz sind, lassen wir derzeit noch prüfen. Aber ohne zusätzliches Personal wird das die Stadt Wels auf keinen Fall bewältigen können. Das ist ein herausgegriffener Faktor neben vielen anderen Regierungsübereinkommen, dessen Auswirkungen man sich jetzt noch nicht konkret vor Augen führen kann, weil man noch zu wenig weiß, die aber mitberücksichtigt werden müssen, wenn man an die Zukunft einer Stadt denkt.

Ähnlich geht es mir bei Betrachtung der Entwicklung im Land Oberösterreich. Es gibt hier starke Steigerungsbeträge beim Krankenanstaltenbeitrag und beim Chancengleichheitsgesetz. Diese Steigerungen liegen jeweils bei ca. 2 Mio. Euro (8%). Der Beitrag ist inzwischen auf 28 - 29 Mio. Euro angestiegen, das ist jener Betrag, den wir an das Land bezahlen. Das zeigt, alle im Land getroffenen Maßnahmen - budgetäre Maßnahmen - haben unmittelbare Rückschlüsse und Auswirkungen auf die Stadt Wels. Wenn Landeshauptmann Dr. Pühringer als Amtsvorgänger von Mag. Thomas Stelzer eine Spitalsreform machte, die aus meiner Sicht zu Unrecht kritisiert wurde, dann kann das Ergebnis dieser Spitalsreform unmittelbar in unserem Budget abgelesen werden. Das heißt, die Beträge für den Krankenanstaltenbeitrag 2013 und 2015 sind fast gar nicht gestiegen. Hier geht es um Millionen, um Kindergärten, die gebaut oder nicht gebaut werden können. Ein Kindergarten kostet für vier Gruppen ca. 2 Mio. Euro. Wenn ich mir 2 Mio. Euro spare an das Land zu zahlen, kann ein Kindergarten komplett neu errichtet werden - damit wir wissen, von welchen Dimensionen wir hier reden.

Da geht es um das richtig große Geld. Deshalb ist es wichtig, dass das Land auch in die Zukunft blickt und sagt, wir müssen unser Budget in den Griff bekommen. Wir können diese Steigerungsbeträge - wie in der Vergangenheit – dauerhaft nicht finanzieren. Es ist unmöglich. Ich weiß, dass Leistungseinschränkungen, egal wen sie treffen, wehtun. Mir tut es auch weh, dass Frau LR. Gerstorfer bei den Streetworkern in Wels spart und deswegen weniger Streetworker vorhanden sind. Aber es ist eine notwendige Sparmaßnahme der zuständigen Referentin, weil sie sonst ihr Budget nicht in den Griff bekommt. Das Gleiche betrifft den Bereich der Kultur. Jeder Euro in die Kultur ist ein wichtiger Euro. Aber wenn ich es mir nicht leisten kann, muss ich soweit sein und sagen, dass wir einsparen und den einen oder anderen Euro weniger ausgeben müssen.

Es ist ein „nice to have“ diese oder jene Gruppe, Band oder Veranstaltung noch zusätzlich zu sponsern und zu unterstützen. Ja, aber nur wenn ich das notwendige Geld dafür zur Verfügung habe. Ähnlich geht es uns in der Stadt Wels. Daher habe ich großes Verständnis für den derzeitigen Sparkurs des Landes, weil eine nachhaltige zukunftssträchtige Politik immer davon ausgeht, dass man sein Budget im Griff haben muss. Anders wird das einfach nicht funktionieren.

Hier sei noch einmal kurz auf den Begriff der Nachhaltigkeit verwiesen. Im Umweltschutz, im Energieschutz und bei den Speisen ist immer von Nachhaltigkeit die Rede. Geht es

aber um die Finanzpolitik, dann ist von Nachhaltigkeit keine Rede mehr. Dann wird nur darüber gesprochen, warum wir diese oder jene Investition plötzlich nicht mehr machen können. Es wird nicht gefragt, womit wir uns das leisten sollen.

Nach der Beleuchtung der externen Aspekte von Bund und Land gehen wir zu den internen Aspekten in der Stadt Wels über. Die Mitarbeiter des Magistrates wissen, dass vor ca. eineinhalb Jahren eine große Struktur- und Aufgabenreform begann. Dazu gab es eine gemeinsame Klausur im Winter 2015 und daran anschließend einen durchaus anspruchsvollen Positionierungsprozess gemeinsam mit zwei Beratungsunternehmen, die gewisse Kriterien herausgaben, wie und wo gespart werden kann. 390 Maßnahmen blieben übrig, die potentiell zur Verfügung stehen. Davon wurden einige tatsächlich zwischenzeitlich umgesetzt, andere sind in der Umsetzungsphase.

Gleichzeitig wurde das Haus Magistrat umstrukturiert. Wir legten Abteilungen und Dienststellen zusammen und versuchen eine moderne und schlanke Verwaltung zu verwirklichen. Die Umsetzungsphase sollte mit Ende dieses Jahres abgeschlossen sein, nicht aber die Auswirkungen betreffend. Es ist mir völlig klar, wenn derartige Maßnahmen ergriffen werden, dann geht das nicht von heute auf morgen um Erfolge zu erzielen. Das Personal hat nicht mehr die ursprüngliche Position inne, muss anderweitig eingesetzt werden oder in Pension gehen. Es gibt ganz viele Aspekte bei derartigen Umstrukturierungen, die nicht sofort budgetwirksam werden.

Was uns heute oder in den letzten ein, zwei Jahren passiert ist, wird vielleicht erst im nächsten, übernächsten oder in fünf Jahren budgetwirksam. Trotzdem ist es notwendig es anzugehen und sich daraus ergebende Proteste auszuhalten, weil es um Nachhaltigkeit geht. An dieser Stelle ein herzliches Dank an den Magistrat, an die Führungspersönlichkeiten, die auch in ihren eigenen Abteilungen die Möglichkeit hatten das umzusetzen. Das wurde mit sehr viel Fingerspitzengefühl und sehr viel Kommunikationsarbeit mit ihren Mitarbeitern gemacht. Bei derartigen Prozessen müssen die Mitarbeiter mitgenommen werden. Es muss ihnen erklärt werden warum es notwendig ist, weil derartige Prozesse unter Umständen in ganz vielen Bereichen mit mehr Arbeitsaufwand verbunden sind. Diese Arbeit kommt zusätzlich zur normalen Arbeit dazu. Die dafür notwendige Arbeitszeit muss irgendwo weggespart werden. Derartige Einsparungen im Personalbereich stellen alle vor besondere Herausforderungen. Deshalb noch einmal, danke sehr herzlich! Herrn Magistratsdirektor würde ich ersuchen, diesen Dank an alle Mitarbeiter entsprechend weiterzuleiten.

Es war eine große Aufgabe die Personalausgaben in den letzten Jahren trotz Lohnerhöhungen und zusätzlicher Ausgaben stabil zu halten. Der Personalkostenteil ist der größte Anteil des Budgets der Stadt Wels. 70 Mio. Euro werden nur für Personal ausgegeben. Dieser Personalkostenanteil ist aber nicht immer auf null weiterführbar, weil alleine die Kostensteigerungen aus der Gehaltserhöhung von 2,3 % sich auswirken müssen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder es steigen die Kosten um 2,3 % oder es wird 2,3 % des Personals eingespart. Es kann nicht beliebig viel Personal eingespart werden, denn irgendwann kommt man auch hier an seine Grenzen. Diese vorgegebene Linie des sorgsam und vorsichtigen Umgangs mit den Personalkosten ist limitiert durch den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Hier nahmen wir zusätzliches Personal auf, weil es das strategische Ziel der Stadt Wels war, zukünftig jeder Mutter, jedem Vater die Möglichkeit zu geben das Kind in eine Krabbelstube oder in einen Kindergarten unterzubringen.

Und das ist uns gelungen. Es war keine leichte Aufgabe, das benötigte hohe Investition auch im Personalbereich. Das heißt aber nicht, dass jedes Kind in den Kindergarten kam, den die Mutter wollte. Es gibt Pädagogen, die sich einer besonderen Beliebtheit bei der Elternschaft erfreuen und dort will jeder sein Kind hingeben. Aber wenn das Kind keinen Platz im gewünschten Kindergarten fand, wurde es von Frau StR. Josseck-Herdt auf einen freien Platz zugewiesen. Liebe Margarete, herzlichen Dank dafür, dass du das so auf Schiene gebracht hast. Auch das war ein großer Kraftakt.

Das zweite große Problem im Personalbereich sind die Pensionsantritte. Wir haben in unserem Haus sehr viele verdiente Mitarbeiter zwischen 55 und 65 Jahren. Es muss davon ausgegangen werden, dass es zu einer Pensionierungswelle über kurz oder lang kommen wird und damit viele erfahrene Mitarbeiter, insbesondere Führungskräfte, in Pension gehen. Jeder weiß, will man eine Aufgabe gut und richtig machen, es nicht nur eine notwendige Ausbildung braucht, sondern auch eine notwendige Erfahrung und Praxis. Um diese zu bekommen, muss vor Ort mit der Führungskraft gearbeitet werden, deren Position übernommen werden soll. Es erfolgt eine Einweisung. Ein gewisses Mentoren-System spielt hier oft eine große Rolle. Früher waren das die Assistenten der Geschäftsführung, die diese Rolle dann später übernehmen sollten, dann in die Prokura, in die Co-Geschäftsführung kamen und zu guter Letzt Sprecher der Geschäftsführung waren. Ein ganz natürlicher Prozess.

Auf diesen Generationenwechsel müssen wir uns vorbereiten. Auch wenn er erst in zehn Jahren abgeschlossen sein wird, ist es jetzt schon notwendig entsprechende Maßnahmen zu treffen. Es kann durchaus problematisch werden, wenn ein Mitarbeiter mit all seinem Know-how plötzlich nicht mehr in diesem Ausmaß zur Verfügung steht und hängierend nach einem neuen Know-how-Träger gesucht wird. Ich bin sehr froh, dass wir nach wie vor sehr engagierte und motivierte Führungskräfte haben und diese auch unter Einsatz ihrer persönlichen Gesundheit alles für dieses Haus tun. Herzlichen Dank dafür!

Weitere Personalreduktionen führen naturgemäß zur Mehrbelastung der verbleibenden Mitarbeiter. Wir haben in Wels bereits sehr viele Mitarbeiter abgebaut bzw. nicht nachbesetzt. Das kann aber nicht beliebig fortgesetzt werden, weil die Arbeit ja trotzdem gemacht werden muss. Bei den Mitarbeitern, die diese Arbeit mitmachen müssen, kommt es zu einer Mehrbelastung bzw. Überbelastung. Wir kennen die Themen und Probleme, die mit Burnout in Zusammenhang stehen und es muss auch auf die Gesundheit der Mitarbeiter geachtet werden. Deshalb ist dieser Schritt nicht beliebig fortsetzbar.

Alle drei Faktoren sind gleichermaßen Ursachen dafür, dass wir die im Budget vorhandene Personalkostensteigerung angenommen haben. Der Dienstpostenplan bringt eine massive Erhöhung der Dienstposten mit sich, weil das aus einer Umstellung des Dienstpostenplans resultiert. Früher gab es Mitarbeiter, die ohne Dienstposten im Hause Magistrat gearbeitet haben und aufgenommen wurden. Der Rechnungshof sagte aus meiner Sicht völlig zu Recht, dass das ein System ist, welches gesetzlich in dieser Form nicht vorgesehen ist und zu gewissen Verzerrungen in der Darstellung führt. Durch diese einmalige Korrektur kommt die Steigerung zustande. Der zweite Punkt in dieser Steigerung ist naturgemäß die zusätzlich aufgenommen Kindergartenpädagoginnen und Helferinnen.

Bei Betrachtung all dieser geschilderten Faktoren bleibt ein Ein-Meter-Ziel übrig, wie die Stadt Wels zukünftig mit Investitionen umgehen soll, die notwendig sind, um eine moderne sichere Stadt zu sein, in der angenehmes und leistbares Wohnen und in der ein reichhaltiges Sport-, Kultur- und Veranstaltungsprogramm möglich ist. Naturgemäß spielt es hier eine Rolle, was wir uns leisten können. Ich meine damit nicht jetzt im Moment oder in diesem oder nächsten Jahr, sondern was können wir uns im Durchschnitt leisten. Ich vergleiche das immer mit einer Familie, die sich ein Haus kauft, wie da ein Zyklus entsteht. Es wird in jungen Jahren mit dem Sparen begonnen bis ein Drittel oder die Hälfte erreicht ist, kauft sich in der Folge das Haus, nimmt über die zweite Hälfte oder zwei Drittel einen Kredit auf und zahlt diesen über einen gewissen Zeitraum zurück. Ist das erreicht, wird in das Nächste investiert, d.h. es wird wieder zu sparen begonnen und das geht so weiter. Eine Stadt funktioniert aus meiner Sicht im Wesentlichen nicht sehr viel anders. Wir können dauerhaft nicht mehr investieren als wir uns leisten können. Wenn wir zahlenmäßig finanziell über die Stränge schlagen, dann liegt das daran, dass diese Investitionen zwar notwendig sind, aber wir müssen in den Folgejahren den Gürtel wieder enger schnallen und das Ganze zurückführen. Das ist das Auf und Ab in jedem Finanz- und Investitionsplan.

Werden die Haushalte 2018 und 2019 betrachtet ist ersichtlich, dass beide Haushalte Investitionshaushalte sind, die sehr viel Geld in Infrastrukturinvestitionen und Erneuerungen der Stadt Wels geben. Der Schwerpunkt ist bei jedem Haushalt unterschiedlich. 2018 ist der Haushalt ein Investitionshaushalt mit Schwerpunkt Infrastruktur. Und das sehen wir bei den Investitionen selbst, wenn wir z.B. in die Autobahnauffahrt Wimpassing 5 Mio. Euro investieren. Das ist deshalb notwendig, um das dortige Betriebsbaugelände zu erschließen. Eine Investition, mit der wir nicht warten können, weil sonst die Investitionen in das bereits erschlossene Betriebsbaugelände nicht möglich wären, weil ein Autobahnanschluss dafür unbedingt erforderlich ist.

Oder die Investition in Höhe von 2,5 Mio. Euro in das ÖBB-Parkdeck. Eine Investition, die auch nicht warten kann, weil das Parkdeck schon gebaut wird und ein Gemeinderatsbeschluss vorliegt. Vor allem jene Bevölkerung in der Neustadt, die ständig vom Parkdruck schwer belastet ist, wird durch dieses Parkdeck entlastet, sodass es endlich zu normalen Verhältnissen kommen kann. Sollen wir diese Investition streichen? Sollen wir der Bevölkerung sagen, dass wir das jetzt nicht machen? Nein, das können wir nicht tun, weil wir uns dazu verpflichtet haben. Die Sinnhaftigkeit dieser Investition ist aus meiner Sicht völlig unbestritten.

Alleine für die Erneuerung der Straßen budgetierten wir für 2018 1,5 Mio. Euro. StR. Hoflehner sagte hier völlig zu Recht, dass wir die Infrastruktur im Straßenbereich ganz vorne halten müssen. Das ist notwendig, um die Straßen befahrbar zu lassen. Auch das Radwegenetz in Wels ist ein großer Schwerpunkt. Insofern völlig gerechtfertigt, dass er das angemeldet hat.

Die größte Investition ist die Infrastruktur für das Greif. Das Amtsgebäude II, eine ehemalige Volksschule direkt neben der Stadtpfarrkirche in Wels, ist in einem schlechten Zustand. Ich werde immer wieder mit den langsamen Internetverbindungen konfrontiert, mit denen nicht ordentlich gearbeitet werden, weil diese ständig gewartet werden müssen. Übrigens ein Phänomen, welches auch im Büro des Bürgermeisters anzutreffen ist. Alleine die Sanierung der Internetleitungen im Amtsgebäude II kostet 300.000 – 400.000 Euro. Sollen wir diese Summe nur für die Sanierung dieser Internetleitungen

ausgeben, wenn ich weiß, auch das Dach, die Fenster, die Stiege, die WCs gehören über kurz oder lang erneuert. Ist das ein Zukunftsweg? Nein! Da planen wir besser ein neues Amtsgebäude und errichten für unsere Mitarbeiter ein modernes Bürogebäude mit einer modernen Raumstruktur und haben damit die Sache erledigt.

Brauchen wir das Theater Greif? Das ist doch gar nicht notwendig, denn der Mietvertrag würde noch zehn Jahre bestehen. Aber was ist dann? Sollen wir der Welser Bevölkerung wirklich sagen, es gibt jetzt kein Theater mehr, keine Kulturstätte? Wir haben heute schon von der Kürzung der Kulturmittel gehört. Riesenproteste, obwohl es um Kleinigkeiten geht. Hier geht es um das Veranstaltungsetablisement in Wels. Das Theater ist der zentrale Ort, an dem Kultur stattfindet - die am meisten gebuchte Kulturstätte überhaupt. Was machen wir dann 2027? Laut Auskunft des Stadtbaudirektors kostet ein Neubau auf der grünen Wiese zwischen 25 und 30 Mio. Euro. Was soll eine verantwortungsvolle Stadtregierung machen, wenn wir wissen, wir bekommen das Stadttheater jetzt um ein Zehntel des Preises? Ich weiß, es ist sanierungsbedürftig und ich weiß, dass wir dort investieren müssen. In den letzten Jahren steckten wir schon in die Bühnentechnik einige Millionen Euro. Das hätten wir alles zurückgelassen.

Insofern ist es ein völlig richtiger Schritt, dass der Gemeinderat den Ankauf des Theaters Greif samt dem davorliegenden Gebäude beschloss, weil das zukunftsweisend ist und dabei nach vorne gedacht wird. Das ist aus meiner Sicht Ausdruck eines verantwortungsvollen Budgets, da wir die Mittel dafür zur Verfügung haben und genau das tun, was die Bevölkerung von uns verlangt - nach vorne zu denken, Entwicklungen vorherzusehen und verantwortungsvoll mit ihrem Geld umzugehen. Das Greif ist daher aus meiner Sicht eine richtige und wichtige Investition, auf die nicht verzichtet werden kann.

Auch das Budget 2019 ist ein Investitionsbudget, allerdings mit dem Schwerpunkt in der Kinderbetreuung. Kinderbetreuung ist uns deswegen so wichtig, weil Kindergärten die ersten Bildungseinrichtungen sind und hier die Kinder optimal auf den Schulbeginn vorbereitet werden sollten. Wir haben gerade in der Pernau eine schwierige Situation, weil dort die Kindergärten 40 Jahre und mehr alt sind und eine Sanierung gar nicht mehr möglich ist. Wir werden wahrscheinlich die Kindergärten Pernau abreißen und neue Kindergärten errichten müssen. Diese Investitionen wurden bereits 10 bis 15 Jahre auf die lange Bank geschoben.

Wie sucht man zu tätige Investitionen aus? Das ist generell ein Problem. Ist es überhaupt die richtige Investition? Wird diese zum richtigen Zeitpunkt getroffen oder könnte man nicht noch ein paar Jahre warten? Die Auswahl der heute diskutierten Investitionen, die Dr. Barth darstellte, erfolgte nach einem einfachen Prinzip: Erstens wurden jene Investitionen auf die Liste geschrieben, die wir bereits im Gemeinderat beschlossen. Zweitens jene Investitionen, die sich nach den Gesprächen mit den Referenten und Abteilungsleitern ergaben. Drittens jene Investitionen, die wir gemeinsam mit diesem Katalog erarbeiteten. Es sind 48 Maßnahmen, priorisiert mit Kategorie I und II – zusätzliche Investitionen. Das ist der große Plan, nach dem die Stadt Wels vorgeht. Es kann jeder nachlesen. Es ging hier nicht um die parteipolitische Farbe des zuständigen Referenten. Es ging darum ein Verständnis dafür zu entwickeln, was braucht diese Stadt, das in der Folge umgesetzt werden kann auf Basis der uns zur Verfügung stehenden finanziellen Möglichkeiten.

Jede einzelne Investition auf diesem Papier, die insgesamt 33 Mio. Euro 2018 und 14 Mio. Euro 2019 ausmachen, ist erforderlich. Ein großer Teil der Investitionen geht übrigens auch an die Mitarbeiter, nicht weil sie mehr bezahlt bekommen, sondern weil es immer wichtiger wird für die Mitarbeiter ein optimales Arbeitsumfeld zu schaffen. Der Fachkräftemangel in der Stadt Wels besteht bereits. Auch wir tun uns schwer qualifiziertes Personal zu finden, nicht nur für Führungsaufgaben sondern auch für das mittlere Management, für Sachbearbeiter und für Handwerker. Es wird immer schwieriger die richtigen Personen zu finden und sie vor allem zu halten. Dafür wird es erforderlich sein, eine angenehme Arbeitsumgebung zu schaffen - damit meine ich eine Büroinfrastruktur nach dem Stand der Technik, in der man nicht minutenlang vor dem Computer sitzt und warten muss bis man wieder weiterarbeiten kann. So ähnlich wie es heute Dr. Barth auf der Bühne erging, so ähnlich geht es vielen Büromitarbeiter fast jeden Tag. Die Investition in ein attraktives Arbeitsumfeld ist unbedingt erforderlich.

Wir brauchen aber auch modernes Arbeitsgerät. Schaut man sich an mit welchen Fahrzeugen heute die Mitarbeiter des Zentralen Betriebsgebäudes unterwegs sind, unabhängig davon, ob es Fahrzeuge für die Müllabfuhr, Baggerfahrzeuge, Lastfahrzeuge o.a. sind, dann sieht man hier gibt es einen rückgestauten Investitionsbedarf. Auch darauf muss man reagieren. Wenn Fahrzeuge 15 – 17 Jahre alt sind und 40.000 Euro Reparaturkosten im Jahr verursachen, dann ist es höchste Zeit diese Fahrzeuge auszutauschen. Auch das wurde „geschoben“. Wenn ich „geschoben“ sage, meine ich nicht ein oder zwei Jahre, nein es wurde fünf bis sieben Jahre geschoben, was bei Fahrzeugen wirklich sehr lange ist. Unser Wasserwagen ist einer der ältesten Fahrzeuge. Dieser ist bereits über 20 Jahre alt und wartet vergeblich auf einen Ersatz, den er jetzt hoffentlich tatsächlich bekommt, damit er ebenfalls in „Pension“ gehen kann.

Auch die Ausbildung unserer Mitarbeiter soll zukünftig eine große Rolle spielen – dafür wurde budgetär entsprechend vorgesorgt. Weshalb insgesamt gesehen auch die Mitarbeiter von diesem Investitionsbudget entsprechend profitieren müssen.

Sieht man sich die gesamten Investitionen an ist zu erkennen, es ist ein großer finanzieller Kraftakt, der von der Stadt Wels bewältigt werden muss. Nicht nur was die Aufnahme und den Beschluss dieser finanziellen Mittel betrifft sondern auch was die Abarbeitung dieser Gelder betrifft. Sie wissen, es ist eine Sache die Mittel zu beschließen, aber die Beamtenschaft muss dies auch abarbeiten. Das ist meist mit hohem finanziellem und persönlichem Einsatz verbunden. Gerade weil wir zusätzliche Schulden aufnehmen müssen – für zwei Jahre wohl gemerkt -, werde ich Kritik ernten – das ist mir bewusst. Es wird völlig zu Recht heißen, die Pro-Kopf-Verschuldung steigt von 420 Euro auf 717 Euro. D.h. wir müssen im Jahr 2018 ca. 13 Mio. Euro an Darlehen aufnehmen, im Jahr 2019 ca. 5 Mio. Euro. Die Perspektive ist, dass wir in den Jahren 2020/2021, wenn diese großen Investitionen erledigt sind, mehr zurückzahlen können als wir neu aufnehmen. Das ist der vorher bereits erklärte Zyklus in der Haushaltsführung. Einmal eine große Investition – dafür später wieder Zeit zurückzubezahlen. Insofern ersuche ich um Verständnis für diese Entwicklung - sie ist aber gerechtfertigt mit den bestehenden großen und notwendigen Investitionen.

Jeder, der Kritik übt, muss sich damit auseinandersetzen, was man stattdessen hätte machen sollen. Hätte man mehr Mitarbeiter einsparen sollen? Bei 18 Mio. Euro reden wir von ungefähr 300 Mitarbeitern, die zusätzlich einzusparen gewesen wären. Eine völlig unrealistische Zahl. Oder hätten wir Investitionen streichen sollen? Welche hätten dies

sein sollen? Mich würde das von jenen, die kritisieren, interessieren, sollen wir den Kindergartenausbau stoppen oder den Greifausbau? All das sind Fragen, die ebenfalls mit zu berücksichtigen sind. Oder hätten wir Investitionen verschieben sollen? Die Autobahnauffahrt oder den Fahrzeugankauf, das Parkdeck? Das sind wirklich keine realistischen Optionen, weshalb ich sage, ich kann voll zu dem stehen, dass wir ein ordentliches Budget, einen ordentlichen Haushalt abgeliefert haben, der ausgeglichen ist und dass wir ein Investitionsbudget haben, das wir nur zum Teil aus eigener Kraft abdecken können und der Rest mit einem Darlehen abgedeckt werden muss.

Macht man ein Budget muss man sich die Frage stellen, was fehlt denn überhaupt? Ist alles enthalten? Es fehlt unfassbar viel. Z.B. fehlt die Attraktivierung des Traunufers – ein Wunsch, den nicht nur die Freiheitlichen haben sondern auch die ÖVP und soviel ich weiß, auch die SPÖ, die GRÜNEN und NEOS. Also es herrscht ein großer Konsens. Warum machen wir das nicht? Es liegt wieder am Finanziellen – als Stadt kann ich mir nicht alles gleichzeitig leisten. Deshalb mussten wir Abstriche machen. Ich weiß, StR. Reindl-Schwaighofer fehlt eine Volksschule – die Volksschule Wels West oder die Renovierung der Volksschule Lichtenegg. Im billigsten Fall sind das 10 Mio. Euro, im teuersten sind es 30 Mio. Euro. Warum machen wir das nicht? Ich bin der Erste, der diese Volksschule gerne saniert hätte. Nur wenn wir die Mittel dafür nicht haben, muss die Volksschule noch warten. Es regnet dort nicht hinein, es gibt Räumlichkeiten, die als Klassen durchaus geeignet sind. Sie entsprechen halt nicht mehr den modernsten pädagogischen Anforderungen, aber als Politiker muss ich mich dazu bekennen, dass man sich nicht alles auf einmal leisten kann, dass man Dinge auch verschieben muss. Ich weiß, die Volksschule wurde schon häufig verschoben. Bei der letzten Budgetsitzung hieß es, 2019 kommt sie ins Budgetprogramm. Richtig, aber es ist uns halt das Vorhaben Greif dazwischen gekommen. Die Alternative wäre gewesen das Greif nicht zu kaufen, sondern stattdessen die Volksschule zu errichten. D.h. dann, das eine wiegt das andere auf – das soll man nicht machen. Tatsache ist, es gibt viel Geld, welches verteilt werden muss. Deswegen muss die Volksschule leider noch warten. Ich halte es für unrealistisch die Volksschule vor dem Jahr 2022 anzugehen, weil wir die Jahre 2020/2021 brauchen, um eine Konsolidierung zu machen hinsichtlich jener Investitionen, die wir in den Jahren 2018/2019 mit dem gegenständlichen Budget beschließen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir begaben uns vor zwei Jahren auf einen Weg, mit dem wir einen großen Reformkurs für die Stadt einschlugen. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Kurs richtig und wichtig für die Stadt ist, für die Bevölkerung, für die Herstellung der Infrastruktur, um zum Wohle der Bürger tätig zu werden. Alle Ziele, die diese Stadt hat, nämlich ein Top-Wirtschaftsstandort, ein Top-Bildungsstandort zu sein, in der man leistbar wohnt, in der es ein herausragendes Veranstaltungsprogramm gibt, ein reichhaltiges Kultur- und Sportangebot, ist die Aufgabe dieser Budgetpolitik. Gegenüber diesem Ziel haben wir uns verpflichtet und ich ersuche sie daher dieses Budget entsprechend zu unterstützen.

Vzbgm. Kroiß: Wie ausgemacht, fahren wir fort mit den Budgetreden der Fraktionsobmänner aller Fraktionen und ersuche sie den TOP 5. Mittelfristige Finanzplanung mitaufzunehmen, wenngleich wir natürlich über die Punkte 4. und 5. separat abstimmen.

GR. Hufnagl: Wir hörten bereits sehr viel über das Budget 2018/2019. Natürlich gibt es seitens der NEOS immer wieder Punkte, zu denen wir sagen, wir würden gerne weniger

Geld ausgeben, da könnte noch etwas eingespart werden. Oder es gibt Punkte, zu denen wir sagen dort könnte mehr ausgegeben werden. Ich werde meine Rede eher auf die großen Dinge konzentrieren, im Prinzip auf den Überblick dieses Voranschlages und auf die strategische Komponente eingehen.

Bgm. Dr. Rabl versuchte in seiner Rede viele Gegenargumente vorwegzunehmen. Ein Zitat von ihm war sinngemäß - es gibt halt nur einen Haufen Geld, wenn wir diesen Haufen Geld ausgegeben haben, ist er weg und es gibt keinen zweiten Haufen Geld. Das ist schon richtig, aber die Frage lautet: Wie groß ist eigentlich der Haufen an Geld, den wir ausgeben können? Wir NEOS sind der Meinung, dass die Stadt Wels generell viel zu viel Geld ausgibt. Deshalb werden wir diesem Voranschlag nicht zustimmen, weil wir sagen 20 Mio. Euro neue Schulden sind unverantwortlich. 20 Mio. Euro nehmen wir in den nächsten zwei Jahren an Darlehen auf für die Stadt Wels – das kann eigentlich nicht sein.

Diesen Voranschlag sehen wir als ein Fortsetzen der Politik des Schuldenmachens. So wie es früher unter der SPÖ war, wird das anscheinend jetzt unter der FPÖ fortgesetzt.

Wir NEOS sind nur in sehr wenigen Gemeinden in der Regierungsverantwortung. Vielleicht ist es so, wenn man in der Regierung ist schafft man es nie ausgeglichene Budgets oder Haushalte zu machen. Ich gebe jedoch die Hoffnung nicht ganz auf, dass dies unbedingt notwendig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das vorliegende Budget sieht riesige Investitionen vor, die sich die Stadt nicht leisten kann. Wir reden für 2018 von einer Summe von 30 Mio. Euro, für 2019 von einer Summe von 15 Mio. Euro. Investitionen an und für sich sind gut, sind richtig, sind per sé nicht böse. Man kann Investitionen mit Darlehen und Krediten bedecken, auch das ist kein Problem. Die Frage ist jedoch die Verhältnismäßigkeit. Kann man sich das wirklich leisten? Wie Dr. Rabl bereits sagte, eine Familie überlegt es sich auch, ob sie sich eine Investition leisten kann oder nicht. Auch Unternehmen überlegen sich, ob eine neue Fabrikshalle leistbar ist oder nicht. Ich glaube, wir schießen hier ziemlich über das Ziel hinaus. Weil, wie in den Amtsberichten steht, die Stadt Wels kann sich irgendwo an die 7 bis 10 Mio. Euro jährlich an Investitionen leisten. Das wissen wir. Vielleicht könnten dies mit Einsparungen sogar 12 Mio. Euro sein.

In Wirklichkeit ist es aber so, dass wir nächstes Jahr das Dreieinhalbfache von dem ausgeben, was wir uns leisten können und übernächstes Jahr immerhin mehr als das Eineinhalbfache. Demnach müssen 2018 12 Mio. Euro und 2019 immerhin 8,2 Mio. Euro aus Darlehen finanziert werden. Wir verwenden dafür weiter die Mittel aus dem Verkauf der Sparkassenanteile, die dann fast aufgebraucht sind.

Wie wir an den Statistiken sahen, steigen unsere Schulden wieder auf einen Wert, wie er vor ein paar Jahren schon war. Wir haben jetzt zwei Jahre vor uns, in denen die Investitionen groß sind und danach fallen die Investitionen und die Schulden wieder. Wenn dem so wäre, könnte ich zustimmen - aber ich glaube das nicht. Was ist mit den aufgeschobenen Investitionen? Was ist mit der Traunufer-Attraktivierung? Was ist mit der Schule im Stadtteil Lichtenegg, mit der Attraktivierung des Messegeländes, mit der Neugestaltung des Kaiser-Josef-Platzes und anderen Dingen, die eigentlich in allen Köpfen, jedoch noch nicht beschlossen und finanziert sind? Ich bin sicher, wir werden in den Folgejahren immer wieder Argumente finden, warum eine Investition so wichtig ist,

warum diese gerade jetzt getätigt werden muss und nicht aufgeschoben werden kann. Wir hörten heute bereits solche Argumente. Dann werden wir wieder zusätzliche Mittel aufnehmen, weshalb die Schulden danach nicht fallen werden.

2020/2021 findet wieder eine Wahl statt – vor Wahlen wird ja besonders gerne Geld ausgegeben. Das ist auch ein weiterer Grund, warum ich nicht wirklich daran glaube, dass in den Jahren 2020 bis 2023 massiv eingespart wird.

Im Amtsbericht werden auch die „schuldigen“ Projekte genannt. Das Projekt Greif ist eines dieser Projekte, die für diesen hohen Aufbau an Schulden oder Darlehen, verantwortlich ist. Dieses Projekt alleine kostet uns in den nächsten Jahren mindestens 13,5 Mio. Euro. Deshalb sagten wir NEOS, wir stimmen diesem Projekt in dieser Form nicht zu.

Es hieß, es wird nach vorne gedacht. Doch manchmal wird aus unserer Sicht vielleicht nach vorne gedacht, aber manchmal nicht nach links und rechts. In der Debatte zum Projekt Greif gaben wir bereits unsere Vorschläge kund, die vielleicht billiger, günstiger, mit Synergien behaftet gewesen wären, die uns vielleicht in Summe auf die Jahre gerechnet weniger gekostet hätten. NEOS stimmte als einzige gegen den Masterplan Rathaus. Wir stimmten auch gegen die unnötigen Erneuerungen, Umgestaltungen des Stadtplatzes, in der es darum geht um eine halbe Million Euro beispielsweise die Beleuchtung mittels intakter Straßenlaternen auf die Hausmauern zu verlagern. Ebenso stimmten wir gegen den Abbau des vorhandenen Brunnens um 317.000 Euro und die Errichtung eines neuen Brunnens an der gleichen Stelle. In Wirklichkeit sind es sehr viele Vorhaben, zu denen wir der Meinung sind, die müssten so nicht sein.

Ganz schlimm finden wir, dass wir wieder einmal die Ziele des Stabilitätspaktes 2012 nicht erreichen, also dass wir das ausgeglichene Maastricht-Ergebnis wieder einmal verfehlen. Wir haben ein strukturelles Ergebnis von minus 16,9 Mio. Euro im Jahr 2018 und immerhin ein Minus von 7,3 Mio. Euro im Jahr 2019. Jetzt könnten wir sagen, das ist egal, das haben wir in den letzten Jahren nie geschafft. Das sehe ich jedoch nicht ganz so. Es gibt tiefere Gründe warum diese erfüllt werden sollen. Auch die Stadt Wels sollte sich daran halten.

Zum ordentlichen Haushalt noch ein paar Worte: Positiv war 2017 die Entwicklung der Personalkosten, es wurden 1,6 Mio. Euro eingespart. Das ist ein respektabler Wert. Trotzdem liegt die Hochrechnung noch immer über dem Wert von 2016, d.h. wir geben auch 2017 mehr für Personal aus als 2016. So kann eine Statistik auch dargestellt werden. Die Werte zwischen 2016/2017 sind leicht gestiegen. Wir reden in den nächsten Jahren doch wieder von einigen Steigerungen im Personalbereich. Die Personalkosten stellen nun mal die höchsten Kosten dar. Wir werden 2019 Personalausgaben von 75,5 Mio. Euro haben, das sind immerhin 6 Mio. Euro mehr als im Rechnungsabschluss 2016 enthalten. Ich frage mich hier schon, wo oder wann jetzt wirklich die Magistratsreform greift? Das erkenne ich nicht so ganz.

Vielleicht noch ein Zitat aus dem Amtsbericht: „Trotz des geringen Schuldendienstes – diesen Vorteil verspielen wir zum Teil – sind aufgrund externer Faktoren, wie der Abschaffung des Vermögensregresses und der Steigerung bei den Landestransfers die finanziellen Rahmenbedingungen angespannt und es sind die Maßnahmen der eingeleiteten Aufgaben- und Strukturreform mit dem Ziel von Ausgabenreduzierungen

und gegebenenfalls Einnahmenerhöhungen umzusetzen.“ Was bedeutet das? Das bedeutet nichts anderes, als dass wir noch weit nicht dort sind, wo wir eigentlich hin müssen. Unter diesen Voraussetzungen finde ich es noch unverantwortlicher ein Budget zu beschließen, welches die Schulden so drastisch nach oben treibt. Deshalb werden wir, wie eingangs erwähnt, dem Voranschlag in dieser Art und Weise nicht zustimmen.

GR. Mag. Teubl: Im vorigen Jahr hat die Stadt Wels ihre Anteile an der Allgemeinen Sparkasse verkauft - wie wir hörten - und damit satte 72 Mio. Euro eingenommen. Damals kritisierten wir dies. Aber wir nahmen zur Kenntnis, dass eine Sanierung der Stadtfinanzen ohne diesen Verkauf des städtischen Vermögens kaum möglich gewesen wäre. Ein solcher Verkauf des Familiensilbers ist natürlich immer ein gewisses Alarmzeichen, vor allem dann, wenn in der Bestecklade schon nicht mehr viel enthalten ist.

Für den jeweiligen Finanzreferenten ist so ein Ereignis freilich ein Glücksfall. Denn dieser hat plötzlich unheimlich viel Geld zur Verfügung und er kann sich als Budgetsanierer präsentieren. So geschehen im Jahr 2002, als die Stadt Wels 49 % der Wels Strom verkaufte und so natürlich auch 2016 beim Verkauf der Sparkassenanteile. Doch beim Vergleich dieser beiden Ereignisse fiel doch ein deutlicher Unterschied ins Auge. Während im Jahr 2002 der zuständige Finanzreferent Hermann Wimmer der SPÖ, der wahrlich kein Sparmeister war, 50 Mio. Euro aus diesem Erlös in die Schuldentilgung steckte und damit die Schulden der Stadt von 67 Mio. Euro auf 17 Mio. Euro verringerte, haben sich die Damen und Herren der FPÖ und ÖVP letztes Jahr für einen etwas anderen Weg entschieden. Obwohl die Ausgangslage ziemlich ähnlich war - durch die Ausgabenpolitik der Jahre zuvor betrug nämlich der Schuldenstand schon wieder 69 Mio. Euro - haben sie nur etwas mehr als die Hälfte des Erlöses zur Schuldentilgung verwendet, nämlich etwa 40 Mio. Euro, sodass die Verschuldung nach wie vor etwa 29 Mio. Euro ausmacht.

Doch das sollte ihren Aussagen zufolge kein Problem darstellen, da sie ohnedies in Zukunft einen harten Sparkurs fahren wollen. Aber diese Ankündigung war, wie man heute weiß, in den Bereich Märchenstunde einzuordnen. Denn schon das Doppelbudget 2016/2017 war alles andere als ein Sparbudget. Der Budgetvollzug im heurigen Jahr zeigte schließlich, dass viele der Vorhaben nur finanzierbar waren, weil man auf die Rücklagen zurückgriff, die vom Verkauf der Sparkassenanteile noch übrig waren.

Ende 2016 waren es schließlich gerade noch 8 Mio. Euro, inzwischen dürfte auch die schon ziemlich verbraucht sein. Doch jetzt kommt es erst so richtig: Im nun vorliegenden Doppelbudget 2018/2019 ist bereits wieder eine nicht unerhebliche Neuverschuldung geplant. Darlehen über stolze 18 Mio. Euro sollen aufgenommen werden. Damit steigt der Schuldenstand innerhalb von nur zwei Jahren von 25 Mio. Euro auf 44 Mio. Euro. Das ist immerhin eine Steigerung um 76 % innerhalb von nur zwei Jahren. Diese Entwicklung erinnert mich frappant an die Jahre 2008 bis 2011, wo ebenfalls von einem sehr moderaten Schuldenstand aus langsam wieder eine Rekordverschuldung erreicht wurde.

Das möchte ich ihnen gerne grafisch deutlich machen (Mag. Teubl zeigt ein Diagramm). Dieses Diagramm zeigt die Schuldenentwicklung der Stadt Wels seit dem Jahr 2001. Wie sie unschwer erkennen können, erreichten die Schulden im Jahr 2015 eine ähnliche Höhe wie im Jahr 2001. Doch während damals eine signifikante Verringerung stattfand und – apropos Nachhaltigkeit – über viele Jahre hinweg der Schuldenstand auf einem

niedrigen Niveau blieb, wirkte sich der Verkauf der Sparkassenanteile jetzt nicht ganz so stark aus und er wird vor allem auch zu keiner nachhaltigen Budgetsanierung führen. Im Gegenteil! Die Neuverschuldung der kommenden Jahre lässt eine ähnliche Entwicklung wie in den Jahren 2010 bis 2015 befürchten. Denn, wenn der Herr Finanzdirektor jetzt davon sprach, dass die Schulden in einigen Jahren wieder zurückgehen werden, dann glaubt er das wohl selber nicht. Das hat er uns bereits des Öfteren prophezeit und diese Prophezeiung ist noch nie Wirklichkeit geworden, sondern die Schulden stiegen immer wieder.

Wenn es dann meine Damen und Herren, in fünf Jahren wieder so weit ist, dass wir nicht mehr wissen wie wir den Schuldenberg abtragen sollen, dann weiß ich nichts mehr was wir verkaufen könnten. Außer vielleicht die Bestattung oder, was ich nicht hoffen möchte, die restlichen 51 % der Wels Strom.

Nicht nur die Neuverschuldung gefällt mir nicht an diesem Budget, noch etwas anderes macht mir Sorgen. Das Budget 2018/2019 sieht außerdem eine weitere Verringerung der Rücklagen vor. Eine Verringerung der Rücklagen um 10 Mio. Euro. 18 Mio. Euro Neuverschuldung plus 10 Mio. Euro Verringerung der Rücklagen, das sind in Summe 28 Mio. Euro, die mehr ausgegeben als eingenommen werden. Das würde ich nicht gerade als Sparpolitik bezeichnen meine Herrschaften. Ich kann mich noch lebhaft daran erinnern, wie Bürgermeister Dr. Rabl seinerzeit als Oppositionsführer an einer solchen Budgetpolitik heftige Kritik übte. Doch jetzt ist das plötzlich alles vergessen und er legt uns als Finanzreferent ein Budget vor mit einer Ausgabenpolitik als gäbe es kein Morgen.

Meine Damen und Herren, freilich könnte man jetzt einwenden und der Herr Bürgermeister hat dies in seiner Rede getan, dass dringend notwendige Investitionen schließlich und endlich irgendwann einmal getätigt werden müssen, weil es sonst einen Investitionsrückstau gibt. Einen solchen gab es jetzt offensichtlich bereits. Wenn dem so ist, ist schließlich nichts dagegen einzuwenden. Kollege Hufnagl argumentierte hier ähnlich. Quasi im Vorgriff auf die Überschüsse aus dem ordentlichen Haushalt der kommenden Jahre neue Schulden zu machen und zu realisieren was man möchte. Denn, ob man eine Investition jetzt tätigt oder in einigen Jahren, kostet gleich viel. Nein, sie wird später wahrscheinlich sogar mehr kosten, da noch nie etwas billiger wurde.

Andererseits kann man natürlich trefflich darüber streiten was man nun unter einer dringend notwendigen Investition verstehen soll. Bei vielen der geplanten Investitionsvorhaben, die uns der Herr Finanzdirektor präsentierte und die dieses Budget vorsieht, werden wir uns alle ziemlich einig sein. Bei einigen aber auch gar nicht. Während sie meine Damen und Herren der Blau-Schwarzen-Rathausmehrheit beispielsweise es als dringend notwendig ansahen Wels mit einer fünften Autobahnauffahrt zu beglücken, welche 8 Mio. Euro kostet, halten sie es offensichtlich nicht für notwendig eine neue Schule in Wels West zu bauen und das, obwohl die Noitzmühle der Stadtteil mit den meisten Kindern und Jugendlichen ist, der Stadtteil nach ihrer eigenen Definition ein Brennpunkt-Stadtteil ist und der diese Schule daher dringend brauchen würde. D.h. es wird in den kommenden zwei Jahren zwar viel investiert, aber dennoch bleibt auch vieles auf der Strecke. Dinge, die ebenfalls für unsere Stadt notwendig wären. Es geht also bei dieser ganzen Diskussion um Prioritäten. Auch das führte Bürgermeister Dr. Rabl in ähnlicher Weise aus. Dazu gibt es natürlich Auffassungsunterschiede zwischen den Fraktionen.

Fazit ist jedenfalls, die Stadt Wels investiert wieder einmal auf Pump. Das hat in Wels zwar eine lange Tradition, aber wir wissen, auf lange Sicht geht das nicht. Auf lange Sicht kann man nur das investieren, was im ordentlichen Haushalt an Überschuss erwirtschaftet wurde. Schauen wir uns also deshalb noch einmal den ordentlichen Haushalt an.

Nach dem durchaus erfolgreichen Haushaltsjahr 2016, indem erstmals ein Überschuss in der Höhe von 8,3 Mio. Euro zur Verfügung stand, sieht das heute zur Beschlussfassung vorliegende Doppelbudget einen solchen Überschuss gleich überhaupt nicht vor. Für 2018 ist im ordentlichen Haushalt ein ausgeglichenes Budget vorgesehen, für 2019 ist sogar wieder eine Rücklagenentnahme notwendig, um überhaupt ausgeglichen bilanzieren zu können. Jedenfalls sind hier weit und breit keine Überschüsse in Sicht, da kann man mir erzählen was man nur will. Aber wieso gibt es keine Überschüsse? Wieso sieht es da so düster aus, wo doch angeblich überall gespart wird?

In der Tat hat man zahlreiche Meldungen im Ohr, wo es überall Einsparungen gab. Die Abschaffung der Umweltförderungen fällt mir da natürlich ein, die das Erreichen der Klimaziele in unserer Stadt völlig unmöglich machte. Von einer generellen Kürzung der Ermessensausgaben hörten wir 10 % weniger. Einschnitte nach der Rasenmäher-Methode, die so manchen Sozial- oder Kulturverein an den Rand der Existenzgefährdung brachten. An Einsparungen bei den Kindergärten erinnere ich mich und schließlich an eine Anweisung an die Mitarbeiter der Seniorenbetreuung bis hin zur Inkontinenz-Versorgung zu sparen. Warum gibt es also keine Überschüsse?

Sie argumentierten mit den Bedarfszuweisungen, mit der Abschaffung des Pflegeregresses u.ä. Mir fallen aber auch einige Ausgaben-Posten ein, die ebenfalls daran schuld sein könnten. So leistet sich diese Stadtregierung eine sehr aufwendige Öffentlichkeitsarbeit, Alles und Jenes wird beworben. Da rede ich noch gar nicht davon was es gekostet haben muss, ganz Wels flächendeckend mit buntem „W“-Symbol zu überziehen, jedes Auto, jede Drucksorte, jede Dienststelle neu zu prainten.

Diese Stadtregierung leistete sich auch eine Magistratsreform, die in Wirklichkeit mit erheblichen Kosten verbunden ist. Es wurden zwar ganze Dienststellen abgeschafft – vor allem solche, die nicht in das ideologische Konzept passten, wie z.B. das Büro für Frauen, Gleichbehandlung und Integration. Da wurden Verträge nicht verlängert, Nachbesetzungen unterlassen, vor allem aber wurden im großen Stil Führungspositionen neu ausgeschrieben. Das bedeutet, dass unzählige ehemalige Führungskräfte in ihrer Besoldungsstufe weiterbezahlt werden und die neuen zusätzlich kosten. Ja, wir leisten uns sogar zwei Gehälter für Magistratsdirektoren, da sie die frühere Magistratsdirektorin auf einen unbedeutenden Verwaltungsposten verbannt haben, um einen Mann ihres Vertrauens zu installieren, die sie aber natürlich weiter bezahlen müssen. Dadurch bleiben die Personalkosten trotz aller Kürzungen auf einem sehr sehr hohen Niveau, nämlich bei ca. einem Drittel der Gesamtausgaben, wie schon viele Jahre zuvor.

Des Weiteren – auch darüber wurde heute schon gesprochen beim Antrag der SPÖ-Fraktion – wird eine Unmenge Geld ausgegeben für Gutachten, Analysen, Expertisen, die dann aber, wie man in diesem Initiativantrag hören konnte, oft unter Verschluss gehalten werden.

Schließlich wird nicht wenig ausgegeben für Maßnahmen, mit denen das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung verbessert werden soll. Von der Ordnungswache bis zur Videoüberwachung. Und das, nachdem man durch jahrelange Panikmache Unsicherheit in der Bevölkerung verbreitete.

Meine Damen und Herren, diese Aufzählung könnte ich noch weiter fortsetzen, aber ich glaube es wird schon deutlich, dass hier durchaus Einsparungspotential vorhanden wäre. Stattdessen aber sucht man sein Heil in einer Schuldenpolitik, die sich schon unter der Vorgänger-Regierung nicht bewährte. Denn eines dürfte klar sein: So wird es nichts mit dem Schuldenabbau meine Damen und Herren! Und das ist ein Spiel mit der Zukunft unserer Stadt.

GR. Wiesinger: Eine Ausführung des Herrn Bürgermeisters erinnerte mich an meine Worte bei der Budgetsitzung vor zwei Jahren. Und zwar zitierte ich Laurence Sterne, einen englischen Pfarrer, der damals meinte: „Das Aufstellen eines Budgets ist die Kunst Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen.“ Bei seiner Wortmeldung ging der Herr Bürgermeister darauf ein welche Investitionen in Wels noch gemacht werden sollten, die wir uns aber nicht leisten können.

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich meinen Dank an die Mitarbeiter der Finanzdirektion, Herrn Finanzdirektor Dr. Barth, aussprechen, denn ohne deren Mitwirken wäre es heute nicht möglich das Budget zu beschließen. Die Vorbereitung, Aufbereitung und Zusammenstellung war vorbildlich.

Weiters möchte ich mich bei allen Mitarbeitern des Magistrates bedanken, welche die Beschlüsse des Gemeinderates umsetzen und letzten Endes auch für die Einhaltung des Budgets verantwortlich sind. Ich bitte den Herrn Magistratsdirektor meinen Dank an alle Mitarbeiter weiterzugeben.

Ausdrücklich bedanken möchte ich mich auch bei der Kommunistischen Partei. Es ist nicht selbstverständlich, dass eine nicht im Gemeinderat vertretene Partei sich so aktiv mit dem Budget unserer Stadt auseinandersetzt. Bei Durchsicht der eingebrachten Erinnerungen (Anlage 9) der KPÖ gibt es für mich Punkte, die wir sofort beschließen könnten. Hier bin ich der Meinung des Herrn Leo Mikesch. Herzlichen Dank für ihre Erinnerungen!

Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass alle Budgets auf EU-, Nationalrats-, Landtags- und Gemeindeebene etwas gemeinsam haben: Wenn man will, findet man einen Grund einem Budget zuzustimmen oder nicht zuzustimmen.

Bei Aufbereitung des 922seitigen Voranschlags vergangenen Samstag fragten mich meine beiden Söhne (12 und 14 Jahre), was ich da mache. Ich erklärte ihnen die Aufgabe bzw. die Höhe des Welser Stadtbudgets – deren Blicke waren sehr skeptisch. Dieses Beispiel zeigt sehr eindrucksvoll, welches Problem die Politik hat. Es wird über etwas gesprochen, das uns Gemeinderäte verständlich ist, die Welser Bürger jedoch haben davon keine Ahnung. Unter einem ordentlichen oder außerordentlichen Budget können sich viele Welser nichts vorstellen. Oder die Schlagwörter Bundesertragsanteile, Transferzahlungen, Voranschlag, Maastricht-Kriterien, VRV und das von Herrn Bürgermeister gesagte Ein-Meter-Ziel sind für viele unverständlich.

Die Stadt Wels hat 218 Mio. Euro im nächsten Jahr im ordentlichen Haushalt zur Verfügung. Wenn man weiß, dass ein 100 Euro-Schein 1 g wiegt, wiegt unser Budget 2180 kg. Wenn man 100-Euro-Scheine stapelt, kommt man auf eine Höhe von 218 m. Man könnte sich auch 11.000 VW-Golf kaufen oder jedem Welser drei neue I-Phones. – Dies nur zur Verdeutlichung der Zahlen.

40 % dieses Geldes wird für die Verwaltung verwendet, sprich Personal, Pensionen. 9 Mio. Euro werden für Subventionen verwendet oder 1 % der Budgetsumme für Investitionen. Ein paar Beispiele, die aus dem Budget nicht auf den ersten Blick ersichtlich sind:

Es gibt viele Dinge in Wels, die wir wertschätzen und nützen aber nicht wissen, wieviel diese kosten. Z.B. der Kunstweihnachtsmarkt in der Burg Wels. Die Burg Wels kostet jährlich 480.000 Euro, das Minoritenkloster jährlich 520.000 Euro, die Stadtreinigung jährlich 800.000 Euro, der Tiergarten jährlich 800.000 Euro, das Freibad 440.000 Euro, das Hallenbad 360.000 Euro. Die Spielplätze und Parkanlagen kosten der Stadt Wels jährlich 1,2 Mio. Euro, die Eishalle rund 200.000 Euro, die Tagesheimstätten 300.000 Euro und die Straßenbeleuchtung 600.000 Euro. Diese zehn Beispiele zusammengezählt sind bereits 5,8 Mio. Euro.

Es gibt aber auch Investitionen, von denen niemand etwas mitbekommt. Wir investieren im nächsten Jahr 1 Mio. Euro in die Technik und in Filteranlagen des Welldorado. Es wird 1 Mio. Euro investiert, ohne dass davon jemand etwas bemerken wird.

Es werden aber auch „ersichtliche“ Investitionen getätigt, u.a. 7 Mio. Euro in die Kindergärten und Horte, 13 Mio. Euro in ein neues Amtsgebäude. Auch das ist wichtig. Die Stadt Wels ist die einzige Stadt Österreichs, in der man nicht mit einem öffentlichen Verkehrsmittel die Behörde aufsuchen kann. Das wird in Zukunft durch das Amtsgebäude Greif möglich sein.

Rund 500.000 Euro werden nächstes Jahr in die Markthalle investiert, für die Erhaltung der Straßen und Brücken 6 Mio. Euro, zusätzliche Investition in die öffentliche Beleuchtung in Höhe von 1,8 Mio. Euro und in die Spielplätze nochmals 1,3 Mio. Euro.

Das Budget ist nicht nur mit schwarzen Zahlen geschrieben, sondern ist auch durch eine klare schwarze Handschrift geprägt. Im Bereich von StR. Peter Lehner, d.s. Wirtschaft, Stadtentwicklung, Markt und Beleuchtung, sieht man klar die Prioritäten. Wie erwähnt werden rund 500.000 Euro in den nächsten Jahren in die Markthalle investiert, damit sie moderner erscheint. Auch eine neue Lüftungsanlage ist vorgesehen.

In der Beleuchtung kommt es nach der LED-Initiative zu einer neuen technischen Errungenschaft. Es wird eine Sicherheitsbeleuchtung installiert, d.h. Bewegungslampen. Diese tragen eindeutig zur Sicherheit bei.

Wir werden dem Budget zustimmen. Bgm. Dr. Rabl erwähnte in seinen Ausführungen ein Budget ist eine grundsätzliche Richtung, eine Willenserklärung. Das Budget ist etwas Dynamisches, es kann sich immer wieder etwas ändern.

Zum Schluss eine persönliche Anmerkung – mein persönlicher Wunsch nach einem Bücherbus. Die Vorbereitungen dazu sind bereits im Gange. Deshalb eine weitere Idee

von mir: Es geht um das Gesamtobjekt Herminenhof. Dieser ist ein architektonisches Juwel. Darin ist nicht nur die Stadtbücherei angesiedelt, sondern auch das Stadtarchiv und die Landesmusikschule. Es gibt ein großes Problem – die Parkplatzsituation. Bei Veranstaltungen ist es nicht möglich einen ordentlichen Parkplatz zu finden.

Ein Budget ist immer ein Blick nach vorne, eine Vision. Warum nutzen wir nicht die Freifläche hinter der Stadthalle und machen einen modernen Übergang über die Almtal-Bahn. Es könnte visionär vielleicht ein kleiner Baumkronenweg sein Richtung Tiergarten und Herminenhof. Der Herminenhof wird nicht nur als Landesmusikschule oder Bücherei genutzt, sondern zunehmend verstärkt als Veranstaltungsortlichkeit. Wer einmal an einem Konzert teilnahm, weiß, die Akustik ist perfekt und das Ambiente ist schön.

Abschließend ein sehr schönes Zitat von Viktor Huber, der meinte: „Die Zukunft hat viele Namen. Für Schwache ist es das Unerreichbare, für Furchtsame das Unbekannte und für Mutige die Chance.“ Deshalb, meine Damen und Herren, nutzen wir die Chance dieses Budgets!

GR. Ganzert: Ein Dank an alle, die an der Erstellung dieses Budgets mitverantwortlich zeichnen, natürlich an die Mitarbeiter der Finanzdirektion, Herrn Dr. Barth und seinem Team, sprich Herrn Mag. Barth, Herrn Lanz, Herrn Ettl u.a. Ein Dank auch an alle Mittelbewirtschafter im Hause Magistrat, die tagtäglich versuchen die Prinzipie Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit einzuhalten.

Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei der KPÖ Stadtorganisation, bei Herrn Leo Mikesch. Ich sehe es ähnlich wie Kollege Wiesinger: Auf der ersten Seite der Erinnerungen steht die Einführung des Aktivpasses nach dem Muster der Stadt Linz. Einen solchen Antrag stellte bereits die SPÖ-Gemeinderatsfraktion in diesem Gemeinderat, der von der Koalitionsmehrheit in den Ausschuss verwiesen wurde. In diesem wurde er vor kurzem behandelt. Er fällt in das Opfer des Ein-Meter-Ziels des Herrn Bürgermeisters, was wollen wir uns den eigentlich leisten. Solche konkreten Dinge versuchen wir aufzunehmen und einen Beschluss herbeizuführen, was aber leider nicht gelingt.

Mit gefällt die Überschrift dieser Erinnerungen sehr gut – „Erinnerungen zum Voranschlag 2018“. Es gibt den Voranschlag für das Jahr 2018 – dieser liegt vor. Eine kurze Erklärung wie man sich die Erstellung eines Budgets vorstellen darf: Ein Budget wird zumeist am Ende des Jahres beschlossen. Die Mitarbeiter sind angehalten bis zum Sommer die Daten zu liefern. Diese werden von der Finanzdirektion aufbereitet, dann folgen die Referentengespräche und zum Schluss finden Gespräche auf politischer Ebene statt. Dinge, die bis zum Sommer so gehandhabt wurden, sodass man glaubte, es gibt nur ein Budget für das Jahr 2018. Aufgrund geänderter rechtlicher Voraussetzungen im Herbst, die Novellierung der VRV 2015, wurde an der Erstellung eines Doppelbudgets gearbeitet.

Wir versuchten uns als Fraktion einzubringen, auch unsere Referenten gaben ihre Wünsche bekannt und es wurde versucht, diese in das Budget aufzunehmen. Als wir dann die Unterlagen zum Finanz- und Präsidialausschuss, der im November stattfand, erhielten, sahen wir zum ersten Mal anhand des Amtsberichts zum Doppelbudget 2018/2019 worum es eigentlich geht. Wir lasen der Voranschlag 2018 liegt vor, dieser soll beschlossen werden. Der Voranschlag 2019 liegt zur zustimmenden Kenntnisnahme vor. Es gefiel mir, wie der Herr Bürgermeister mit seinen einleitenden Worten als zuständiger

Referent erklärte, wo es überall die großen Fragezeichen gibt. Beispielsweise auf Bundesebene – dort gibt es große Unbekannte.

Im Budget 2016/2017 ging es um eine Steuerreform der SPÖ-Regierung, um das Sinken der Bundesertragserteile, zu denen uns der Herr Bürgermeister erklärte, auch aus diesem Grund muss es ein Sparbudget für die Jahre 2016/2017 geben. Vorhin sagte er, die Sicherheitsbehörde I. Instanz soll zur Bezirksverwaltungsbehörde Wels-Stadt kommen. Wir wissen, wir haben nun in der Bundesregierung einen neuen Finanzminister. Wenn man die FPÖ- und ÖVP-Fraktionen beim Wort nehmen darf, haben wir auch in der Stadt Wels Steuererleichterungen zu erwarten. Dann wird dies sicherlich, wenn schon nicht im Jahr 2018 aber im Jahr 2019 schlagend werden. Diese Werte müssen wir sehr wohl für das Jahr 2019 einpreisen. Jetzt sprach ich noch gar nicht davon, dass erst in der vergangenen Woche der Budget-Landtag des Landes Oberösterreich stattfand. Es ging um Einsparungen, wie beispielsweise bei Streetwork oder die Veränderungen im Kindergartenbereich, die sehr wohl Auswirkungen auf das Welser Budget haben. Das gab auch der Herr Bürgermeister zu.

Liest man sich den Beschlusstext des Amtsberichtes durch, sieht man „zur zustimmenden Kenntnisnahme“. Nach der Tagesordnung wird der Voranschlag 2018 zur Feststellung und der Entwurf des Voranschlages 2019 (Doppelbudget) zur Kenntnisnahme dem Gemeinderat vorgelegt. Das druckfrische Amtsblatt der Stadt Wels, datiert mit heutigem Tag, beinhaltet bereits den Beschluss des heutigen Gemeinderates. Aus diesem lese ich: Der Voranschlag der Stadt Wels 2018 wurde in der Sitzung des Gemeinderates am Montag, 18. Dezember 2017, beschlossen und jener 2019 zur Kenntnis genommen.

Das ist der Grund, warum wir als SPÖ-Gemeinderatsfraktion einen Abänderungsantrag zum Beschlussantrag dieses Budgets vorlegen, weil wir ganz klar sagen: Am Voranschlag 2018 hat die SPÖ versucht einzuwirken, hat versucht die wichtigen Projekte umzusetzen. 2019 gibt es aber dermaßen viele Fragezeichen. Ich rede gar nicht von Projekten, wie die Schule Wels West, die uns wichtig wären, sondern wo gibt es die Not, den Zwang jetzt im Dezember 2017 diesen Druck auszuüben. Ein Vergleich mit den Statutarstädten Linz und Steyr zeigt, diese haben die gleichen rechtlichen Voraussetzungen, die gleichen Bedingungen wie neue Landesregierung, neue Bundesregierung, aber nicht den Druck ein Doppelbudget zu machen.

Es gibt einen entsprechenden Entwurf des Voranschlags 2019, dieser liegt vor und soll gerne zur Kenntnisnahme beschlossen werden. Wenn die rechtlichen Voraussetzungen entsprechend geklärt sind und vorliegen, wird es auch zu einer Beschlussfassung durch den Gemeinderat kommen. Als SPÖ-Fraktion sagen wir ganz klar, die uns heute vorliegenden Parameter lassen aus unserer Sicht nicht zu seriös ein Doppelbudget zu beschließen, welches sowieso keines ist. Wir bieten an, wenn man möchte, 2018 ein Budget mit einer großen Mehrheit zu beschließen. Ebenso den Abänderungsantrag, der vergangenen Freitag bereits dem Herrn Bürgermeister zugeing.

Meine Kollegen sagten bereits einiges zum Thema Sparkassenanteile. Ich hätte mir wirklich nicht träumen lassen, was in unserer Stadt in den letzten und kommenden beiden Jahren alles möglich ist. 2016/2017 beschlossen wir ebenfalls ein Doppelbudget, in welchem neue Schulden aufgenommen werden mussten. Es wurde unser erklärt, bevor der Verkauf der Anteile noch nicht vollzogen ist, können wir diese Anteile noch nicht

entsprechend einpreisen, deshalb müssen wir Schulden aufnehmen, die dann getilgt werden. Vor kurzem las ich in den OÖ Nachrichten die Überschrift „Sparkassenanteile fast zur Gänze weg, Stadt macht neue Schulden“. Ich konnte nicht glauben, dass es dem Finanzreferenten und Bürgermeister Dr. Rabl gelingt in so kurzer Zeit diese 71,7 Mio. Euro zu verbrauchen, natürlich auch mit einer Schuldentilgung und mit Projekten, für die es bereits Kreditanträge und Beschlüsse gab, jedoch andererseits Schulden darüber hinaus noch aufzunehmen. 71,7 Mio. Euro in knapp drei Jahren verbraucht, Schulden zwar getilgt aber auch wieder aufnehmen – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Sieht man sich die Personalkosten an, sind diese steigend. In den letzten Jahren gab es immer die Kritik, die Quote der Personalkosten bei der Stadt Wels sei so hoch. Unsererseits wurde dies begründet damit, dass an den Personalkosten die Servicequalität und Serviceleistung einer Stadt gemessen werden können. Es ist oft sehr schwierig sich in Benchmarcks mit anderen Städten zu vergleichen, weil jede Stadt etwas anderes miteinrechnet. Gott sei Dank haben wir mit der Personalvertretung einen sehr hohen Standard was die Anzahl der städtischen Dienstleistungen betrifft, von der Seniorenbetreuung bis zur Müllabfuhr, Abfallwesen usw. Das alles spricht für diese hohe Quote im Personalbereich. Aber, wenn der Herr Bürgermeister sagt, die Magistratsreform ermöglicht nachhaltiges Sparen in den kommenden Budgets, muss ich dem klar widersprechen. Wenn wir 2016/2017 diese Einknicke haben, liegt das vor allem sehr stark daran, dass wir den Vertrag für Aushilfskräfte und befristete Dienstverhältnisse nicht verlängerten. Das merkt man natürlich an den Serviceleistungen für die Welser. Anschauen muss man sich auch die in den nächsten Jahren geplante Reduzierung von Pflegeplätzen in den Alten- und Pflegeheimen der Stadt Wels. Wenn weniger Plätze vorhanden sind, dann brauche ich auch weniger Betreuungspersonal.

Ein Teil der Magistratsreform ist überhaupt nicht gelungen. Es gibt heute noch Dienststellen, die keine neuen Führungskräfte haben. Dienstposten, die zum Teil zum zweiten oder dritten Mal ausgeschrieben werden mussten, weil seit März 2017, das ganze Jahr über, Führungskräfte enthoben wurden. Sieht man sich die Kosten an weiß man, die ehemaligen Führungskräfte sind gemäß den gesetzlichen Ansprüchen weiterhin zu bezahlen – Kollege Mag. Teubl sprach schon von mehreren Magistratsdirektoren – aber es gibt auch Abteilungsleiter, Dienststellenleiter, die weiter zu bezahlen sind und natürlich dann die jeweiligen neuen Führungskräfte. Für den Herrn Bürgermeister ist nur von Vorteil, dass viele scheinbar gar nicht mehr zur Stadt Wels wollen, weil diese nicht als attraktiver Arbeitgeber erscheint, da wir keine neuen Führungskräfte finden.

Schauen wir uns die Infrastrukturprojekte an: In den Budgetunterlagen 2016/2017 entdeckte ich meine Wünsche, wie den Kindergarten Pernau und den Jugendtreff Noitzmühle. Ich bin sehr froh, dass es gelang im geplanten Budget 2018/2019 diese beiden wichtigen Projekte hineinzubringen und umzusetzen. Genauso das Thema Wochenmarkt. Über die vom zuständigen Referenten gemachte Umfrage bin ich sehr erfreut. Sie brachte ein klares Bekenntnis zum Welser Wochenmarkt. In diesem Geschehen fehlt trotzdem die Transparenz. Als Beispiel dazu gefällt mir das Abstimmungsergebnis zu TOP 1. Erinnerung ich mich an den Februar 2016 zurück (Beschlussfassung Doppelbudget 2016/2017), so stellte auch die SPÖ-Fraktion einen vordringlichen Initiativantrag zum sog. „Subventionschecker“ – sprich die Offenlegung, Transparenz von ausbezahlten Subventionen. Damals hieß es in den Medien, es ist in Ordnung, es ist ganz gut. Dieser Antrag wurde jedoch in den zuständigen Ausschuss

verwiesen. Nach eineinhalb Jahren ist es gelungen, dass jeder Welser auf wels.gv.at Einblick in die Subventionen nehmen kann.

Wir machten heute wieder einen vordringlichen Initiativantrag vor der Budgetdebatte zum Thema Transparenz der Aufträge für Studien udgl. Das vor allem für uns als Entscheidungsträger, denn wenn wir hergehen und sagen wir wollen Umfragen, Studien udgl. mit öffentlichen Geldern beauftragen, dann sind die Ergebnisse natürlich sehr wichtig, damit wir daraus politische Handlungen ableiten können. Das Büro Vzbgm. Raggl-Mühlberger signalisierte heute Vormittag Zustimmung. Jetzt höre ich jedoch wieder nein, es ist noch nicht konkret genug oder dergleichen. Diese Koppelung, die sogar juristisch gesehen aus meiner Sicht sehr fragwürdig ist, zeigt uns auf wo das Transparenzverständnis fehlt. Diese fehlende Transparenz sieht man auch im direkten Voranschlag. Wer sich Voranschläge vor dem Jahr 2016 ansah, sah gerade bei den Subventionen sehr detailreich, für welchen Verein, für welche Institution Gelder aufgewendet werden. Als Gemeinderat, als Mandatar war leichter zu erkennen, wohin das Geld fließen soll. Mittlerweile gibt es nur mehr große Klammern, große Überschriften und Dinge, wo wir eigentlich gar nicht mehr wissen wo die Mittel im Budget hinkommen.

Bgm. Dr. Rabl sagte: „ Das Ein-Meter-Ziel - was kann man sich leisten“. Scheinbar kann man sich in dieser Stadt sehr viel leisten. Das hängt natürlich mit den 72 Mio. Euro der Sparkassenanteile zusammen. Man kann sich Musikfestivals leisten, ein kostenloses Freiluftkonzert. Dinge, die sicherlich nach dem ersten Mal vielen Welser bereits lieb geworden sind und zu denen wir sagen, es ist eine gute Einrichtung. Aber dafür ist das Geld vorhanden ohne mit der Wimper zu zucken. Wir können uns eine Stadtplatzsanierung leisten – 1 Mio. Euro für einen neuen Brunnen, Pflasterung, neue Beleuchtung, Parkplätze etc. Wir können uns das Ganze auch leisten für teure Marketingprozesse, für teure Umstrukturierungen, für teure Beraterkosten.

Nur es gibt ganz klare Beispiele, wo wir uns das nicht leisten können. Bgm. Dr. Rabl wusste bereits warum er die Schule Wels West in seiner Rede anführte. Er hat Recht, man kann das nicht aufwiegen. Ich kann nicht hergehen und sagen was ist ein Amtsgebäude Greif oder eine neue Schule Wels West. Wenn man das könnte, könnte man sehr viele Variablen einsetzen, aus denen herausgelesen werden kann, hätte ich das Greif kaufen müssen mit Dringlichkeitsantrag gegen Ende 2016 oder wäre der vorhandene Vertrag betreffend Theater Greif weitergelaufen und wir hätten zu einem späteren Zeitpunkt von einem anderen Eigentümer das Objekt kaufen können? Müssen wir deshalb aus dem Amtsgebäude II ausziehen? Regnet es dort schon hinein? Diese Vergleiche wo ich sage, auch wenn dort vielleicht die Computer etwas langsamer sind, dann haben wir heute Schüler, die keine adäquaten Lehrmittel, Räumlichkeiten mehr vorfinden, wo es auch Nachteile gibt.

Sieht man sich die Debatte für das letzte Doppelbudget an, so wird von allen Fraktionen ausgesagt, schade, schade, leider geht sich das Budget doch nicht für die geplante Schule aus, wir müssen diese schieben. Noch vor 2015 haben wir uns für den Kauf eines entsprechenden Grundstückes in der Noitzmühle eingesetzt, um dort eine neue Volksschule für diesen stark wachsenden Stadtteil zu errichten. Im Budget 2016/2017 war diese aus verschiedenen Gründen nicht enthalten, aber es hieß immer wieder im Budget 2019 wird es soweit sein.

In der heutigen Beschlussfassung zum Voranschlag geht es nicht um das Budget 2019, sondern es geht auch um die mittelfristige Finanzplanung. In dieser ist das Planjahr 2019 dabei und der Schulneubau ist wieder nicht enthalten. Nun redet man davon wahrscheinlich erst ab 2022/2023 diese Schule zu errichten. Ich möchte nicht wissen, wieviel Generationen der Herr Bürgermeister noch verstreichen lässt, wo auf der einen Seite die desolante Schule in Lichtenegg vorhanden ist und auf der anderen Seite sich der Stadtteil Noitzmühle seine eigene Schule verdient.

Zum Thema Integration sagte der Bürgermeister in der Budgetdebatte 2012: „Sträflich vernachlässigt wird in Wels das Problem der Integration. 80 % der Welser sagen, dass Integration ein großes Themenfeld ist, dass hier zu wenig getan wird. Die Politik stellt seit Jahren für diesen Bereich viel zu wenig Geld zur Verfügung, nämlich 100.000 Euro pro Jahr. Das ist schon ein Betrag, der bei weitem nicht ausreicht dieses große Problem in irgendeiner Weise anzupacken oder vernünftig zu lösen.“ usw.

Ein Blick in die heurigen Budgetunterlagen zeigt, dass alleine für Maßnahmen, wie Integrationsaktivitäten und Zuschüssen, nur 10.000 Euro (bisher 20.000 Euro) vorgesehen sind. Bei den Wahlkampfveranstaltungen 2015 versprach Bgm. Dr. Rabl für das Thema Integration Lösungen. Im Budget jedoch merkt man nicht wirklich, dass ihm dieses Thema wichtig ist. Auch die Schule Wels West wäre ein konkretes Beispiel woran man sehen könnte, es wäre ihm wichtig in diesen Stadtteil mit einer großen Bevölkerungsanzahl und vielen schulpflichtigen Kindern etwas zu investieren.

Schauen wir uns an, was alleine für das Jahr 2018 im Budget enthalten ist. Es gibt Dinge, zu denen wir uns ganz klar bekennen. Seien es jetzt Investitionen in den Tiergarten, in die Ausstattung und weitere Aufforstung unserer Parkanlagen, in das Parkdeck, in die Autobahnabfahrt Wimpassing, in das Objekt Greif, in den Kindergarten Pernau usw. Es gibt viele wünschenswerte Dinge, zu denen wir stehen. Nicht begreifen kann ich - der SPÖ ist es wirklich ein Dorn im Auge - dass der Herr Bürgermeister für unsere Jugendlichen und Kinder nicht einmal ansatzweise versucht die Schule Wels West im Budget schon vor dem Jahr 2021 abzubilden. Thema Sanierung Rathaus – im Budget steht Facility Management. In Wahrheit geht es um die Sanierung des Rathauses, die Sanierung des Büro des Bürgermeisters und anderer Besprechungsräumlichkeiten. Es ist wichtig das zu tun. In unserem Abänderungsantrag haben wir eine klare Forderung, und zwar das Wort „zustimmend“ herauszustreichen und nur das zu beschließen wofür wir zuständig sind.

Im letzten Gemeinderat sprach Kollege Wiesinger das Thema Beleuchtung an. Er zitierte das Gelöbnis der Gemeinderatsmitglieder die Gesetze entsprechend zu wahren und das Beste für die Stadt Wels zu tun. Wenn es uns gelingt dieses Wort gemeinsam herauszustreichen und das zu tun, was die Stadt Wels im Amtsblatt publiziert und wofür die rechtliche Bindung vorhanden ist, dann ist die SPÖ gerne bereit Wort zu halten. Die SPÖ stimmt an der Seite der Welser Bevölkerung diesen wichtigen Infrastrukturprojekten und dem Budget, welches im Großen und Ganzen eine Fortschreibung des bereits abgelaufenen Doppelbudgets 2016/2017 auch zu. Über alles andere müssen wir dann diskutieren, wenn es die notwendige Beschlussfassung dazu gibt. Diese liegt gerade für das Budget 2019 aus rechtlichen Gründen nicht vor.

Ganz gleich wie heute die Abstimmung dazu ausgehen wird - wir verknüpfen diese an den Abänderungsantrag - werden wir, auch wenn wir einem Budget zustimmen können,

alle Beschlüsse im kommenden Jahr kontrollieren. Wir wissen, es braucht heute keine Zweidrittelmehrheit. Obwohl 20 Mio. Euro Darlehen neu aufgenommen werden müssen, sind diese mit den Sachbeschlüssen verknüpft. D.h. wir werden als SPÖ-Fraktion uns ganz genau anschauen, ob es die Mehrheit unserer Fraktion braucht und die Mittel entsprechend eingesetzt werden. Meine Kollegen aus den einzelnen Fachbereichen werden zum Budget noch Stellung nehmen. Vielen Dank.

GR. Mag. Parzmayr: In meiner letzten Budgetrede vor zwei Jahren sagte ich bereits - an der Gültigkeit hat sich nichts geändert - um mehr Geld zur Verfügung zu haben, kann man entweder seine Einnahmen erhöhen oder seine Ausgaben reduzieren. Die Einnahmen setzen sich im Wesentlichen aus den Ertragsanteilen und den eigenen Steuern, wie der Kommunalsteuer, zusammen. Das sind zusammen etwa zwei Drittel der Gesamteinnahmen. Auf die Höhe der Bundesertragsanteile haben wir keinen Einfluss, bei den eigenen Steuern, wie die Kommunalsteuer, nur bedingt. Wir können nur dafür sorgen, dass Wels ein Top-Wirtschaftsstandort ist und die hier ansässigen Betriebe in Wels bleiben, in der Stadt expandieren und auch neue Unternehmer sich in Wels ansiedeln. Das erhöht die Steuereinnahmen und schafft neue Arbeitsplätze für die Bevölkerung.

Ein Blick auf die nackten Zahlen sagt uns, die Kommunalsteuereinnahmen im Jahr 2017 betragen 1,3 Mio. Euro über dem Budgetansatz. Das bedeutet ein Plus von 5,3 %. Das ist natürlich ein Ergebnis der Politik der letzten zwei Jahre. Wels ist eine Stadt, in der Betriebe bleiben, expandieren und sich neu ansiedeln.

Auf der Ausgabenseite sind die Personalkosten ein sehr großer Brocken. Zur Erklärung: Der Dienstpostenplan im Magistrat wurde endlich bereinigt. Endlich deswegen, weil es Vorschläge des Rechnungshofes gab. Diesen Empfehlungen sind wir nun endlich nachgekommen, die SPÖ und ihr Personalreferent haben das lange Jahre nicht geschafft. Nunmehr gibt es keinen Mitarbeiter im Hause Magistrat ohne Dienstposten. Klingt durchaus logisch, war in der Vergangenheit aber ein wenig anders. Trotz dieser Bereinigung gibt es seit 2015 ein Minus von sechs Vollzeitäquivalenten. Trotzdem sind die Personalkosten im Vergleich zum Voranschlag 2017 um 1,6 Mio. Euro gesunken. Bis 2019 ist eine Steigerung auf 1.346 Vollzeitäquivalente vorgesehen. Das vor allem deshalb, weil im Bereich der Kinderbetreuung der Personalstand erhöht wird. Es soll in Wels kein Kind geben, welches einen Platz benötigt aber keinen bekommt.

Die nachhaltigen Einsparungseffekte der Magistratsreform lassen sich an dieser Entwicklung erkennen und die weiteren Effekte werden sich mittel- und langfristig bemerkbar machen.

Ausgabenseitig belasten uns natürlich auch andere Dinge, die wir überhaupt nicht beeinflussen können. Ein paar Zahlen zur Erinnerung: Alleine die von der alten Bundesregierung (auch von der SPÖ) beschlossene Abschaffung des Pflegeregresses wird der Stadt Wels 2,2 Mio. Euro kosten. Rechnet man die in Aussicht gestellte Abfederung durch den Bund ab, insgesamt wird es 100 Mio. Euro geben, bleiben für die Stadt noch immer 1,4 Mio. Euro über. Das sind Ausgaben, die wir überhaupt nicht beeinflussen können.

Auch beim Krankenanstaltenbeitrag gibt es eine Steigerung von nahezu 9 %, die Kosten für die Maßnahmen nach dem Chancengleichheitsgesetz steigen ebenso.

Ein ausgabenseitiger Posten, wo man Einsparungen machen kann, sind die Subventionen, hier vor allem bei den Ermessenssubventionen. Natürlich ist klar, diese Einschränkungen lösen beim Subventionsempfänger keine Freude aus. Der Politik wäre viel lieber weiterhin großzügig Subventionen zu verteilen.

Auf ein paar Kritikpunkte, die vor allem von der SPÖ kamen, möchte ich noch eingehen. Zum einen wird die Umsetzung eines Doppelbudgets scharf kritisiert. Das ist etwas verwunderlich, da im abgeschlossenen Arbeitsübereinkommen aus dem Jahr 2015 die Erstellung von Doppelbudgets ausdrücklich vereinbart wurde. Auch die SPÖ stimmte diesem zu. Warum das Doppelbudget nicht halten soll, ist für mich nicht ganz nachvollziehbar, denn die Kürzungen auf Landesebene bzw. die Abschaffung des Pflegeregresses sind in diesem Doppelbudget bereits berücksichtigt. Die juristischen Spitzfindigkeiten der VRF Neu können wir nur zur Kenntnis nehmen. Das ist völlig richtig. Am Inhalt des Budgets 2019 wird sich aber nichts ändern.

Kritisiert wird von der SPÖ vor allem, dass wir mehr Geld ausgeben. Trotzdem fordert die SPÖ vehement den Bau einer neuen Volksschule in Wels West. Und dies obwohl die SPÖ ganz genau weiß, dass die Schülerzahlen bis 2030 drastisch sinken werden. Mehrere Quellen gehen von bis zu 1000 Schülern weniger aus. Eine neue Schule ist somit nicht unbedingt erforderlich. Alleine in den anderen Bereichen, wie Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft werden im Jahr 2019 um 500.000 Euro mehr budgetiert als noch 2017. Auch eine Kürzung des Budgets für laufende Schulsanierung erfolgt nur deswegen, da das Schulsanierungskonzept mittlerweile fast zur Gänze abgearbeitet wurde und seit dem Jahr 2010 in diesen Bereich 25 Mio. Euro investiert wurden.

Eine weitere Kritik betrifft die Integrationsmaßnahmen. Offenbar erkannte nun auch die SPÖ, dass es in diesem Bereich Probleme gibt. Was sie natürlich nicht sieht oder nicht sehen will, wir setzen mittlerweile mehr als 42 Pädagogen im Sprachförderbereich in den Kindergärten ein. Die Kosten dafür betragen 1,7 Mio. Euro. Wir glauben das ist eine der sinnvollsten Integrationsmaßnahmen. Die SPÖ-geführte Stadtpolitik gab in der Vergangenheit viel Geld für Integrationsmaßnahmen aus, geholfen hat es offenbar nichts.

Was mir auch auffällt ist, dass uns die GRÜNEN aber auch die SPÖ immer erklären wo denn zu Unrecht gespart wird. Konkrete Vorschläge wo wir sparen sollen, kommen allerdings wenig bis gar nicht.

Die NEOS haben in diesem Zusammenhang offenbar einen falschen Parteinamen gewählt; sie wollen überhaupt nichts investieren und nichts Neues. Vielleicht sollten sie sich in diesem Zusammenhang einen neuen Namen überlegen.

Ein kleiner Sidestep sei mir noch gegönnt zur Verwendung der Mittel aus dem Verkauf der Sparkassenanteile. Offenbar kann man es nicht oft genug sagen, hier werden immer wieder falsche Behauptungen aufgestellt. 72 Mio. Euro haben wir eingenommen, 36 Mio. Euro flossen in die Schuldentilgung, 12 Mio. Euro in Investitionen aus dem Jahr 2016 und 0,5 Mio. Euro in bereits beschlossene Kreditanträge. Diese Vorgehensweise wurde übrigens von der SPÖ mitbeschlossen. Ende 2016 waren somit noch knapp 24 Mio. Euro übrig, 7,2 Mio. Euro kostet das Greif, den Rest geben wir für bereits beschlossene

Projekte aus. Projekte, die mit Stimmen der SPÖ beschlossen wurden. Was ist also an der von uns getätigten Verwendung dieser Mittel nicht in Ordnung? Ich verstehe es nicht.

Wir hörten bereits viel über Projekte der nächsten zwei Jahre. Noch einmal in Zahlen gegossen: Im außerordentlichen Haushalt sind dies Projekte, wie der Ankauf des Greifs, Kindergarten und Hort Pernau, die Autobahnabfahrt Wimpassing und das Parkdeck in der Neustadt enthalten. Das sind Projekte, die jetzt endlich umgesetzt werden und die zum Teil viel zu lange geschoben wurden. D.h. im außerordentlichen Haushalt geben wir 30 Mio. Euro im Jahr 2018 aus, noch immerhin 15 Mio. Euro im Jahr 2019. Das sind Investitionen, die der Welser Bevölkerung zu Gute kommen.

Das vorliegende Budget ist also ein absolutes Zukunftsbudgets. Wir tätigen jetzt die für die Zukunft unbedingt erforderlichen Investitionen und werden dann, ab 2020, keine neuen Schulden mehr machen. Der Finanzreferent und Bürgermeister hat hier jedenfalls ein verantwortungsvolles Doppelbudget vorgelegt, das auch die Interessen der Zukunft berücksichtigt. Vielen Dank dafür.

Vzbgm. Huber: Vorweg möchte ich mit zwei Feststellungen beginnen – man kann es nicht oft genug sagen: Die Sparkassenanteile waren für den neuen Finanzreferenten, Bgm. Dr. Rabl, wahrlich wie ein warmer Wind. Knapp 36 Mio. Euro wurden vorzeitig getilgt. Dadurch reduzierte sich der Schuldendienst um 3 Mio. Euro und so gelang es vor allem ein ordentliches Budget ohne Rücklagenentnahmen zu erstellen.

Das Personalbudget steigt 2018 im Vergleich zu 2017 um 2,7 % und wird 2019 rund 75,8 Mio. Euro betragen. Es liegt bei 29 % des ordentlichen Haushaltes und ist somit über Jahre ziemlich stabil – durchaus respektabel, das gebe ich schon zu! Dafür mussten aber etliche befristete Mitarbeiter im Hause gehen. Angesichts der groß angekündigten Organisationsreform bleibt über, im Hoheitsbereich gibt es eine kleine Erhöhung von 7,56 % auf 8,02 %. Für die Personalreserve wurden etliche Juristen bzw. angehende Juristen aufgenommen, dafür wird z.B. im Bereich der Reinigungskräfte auf Sparflamme gefahren. Weist der Dienstpostenplan im Bereich des höheren rechtskundigen Verwaltungsdienstes ein Plus von 7 Personen auf, im gehobenen Verwaltungsdienst ein Plus von 9 Personen, sind es allein bei den Reinigungskräften minus 11 Personen. Bei Nachbesetzungen beispielsweise im Bereich der Arbeiter lässt man sich meines Erachtens viel zu lange Zeit. Wenn nun immer die Kindergärten ins Spiel gebracht werden, der Personalstand bei den Kindergartenpädagoginnen erhöht sich von 2015 auf 2018 um 10. Gleichzeitig sparen wir aber 11 Personen bei Fachsozialbetreuer für die Altenpflege. Dies bedingt durch die Schließung des Hauses Magazinstraße.

Der Druck auf ungelernte Kräfte wird immer größer. Da wundert man sich, wenn die Krankenstandstatistik im Haus einfach nicht passt. Für die betriebliche Gesundheitsförderung hat man leider nichts mehr übrig – dazu komme ich später noch.

Viele fähige Dienststellenleiter wurden des Amtes enthoben, sind persönlich verständlicherweise enttäuscht, manche wurden zu „weiße Elefanten“. Ihre Erfahrungen, ihre Kompetenzen sind nicht mehr gefragt. Organisationsreformen gab es auch unter Sozialdemokratischer Führung, doch die Zusammenlegung von Dienststellen oder Abteilungen erfolgte mit entsprechend mehr Fingerspitzengefühl. Wer jetzt sagt, es handelt sich bei der Organisationsreform eher um eine Umfärbelung, ist vermutlich ein Schelm.

Sieht man sich die Investitionen für 2018 und 2019 an, schließe ich mich meinen Vorrednern an. Wir nehmen viel Geld in die Hand. Von den Sparkassenanteilen von knapp 72 Mio. Euro sind noch 16 Mio. Euro übrig, davon sind 7 Mio. Euro verplant. Das Familiensilber ist bald verbraucht. Wir bauen ein tolles Amtsgebäude Greif, die Autobahnabfahrt Wimpassing, das ÖBB-Parkdeck, sanieren den Fuhrpark, bringen den Stadtplatz auf Hochglanz, aber in vielen anderen Bereichen drehen wir den Euro zweimal um. Wir haben weniger Pflegebetten in Wels, obwohl alle befürchten, dass der Druck nach Pflegeplätzen nach der Abschaffung des Pflegeregresses ins Haus steht.

Wir wissen, dass das Land im Bereich Streetwork die Zuschüsse zurückfahren muss und nicht weil Landesrätin Birgit Gerstorfer die „Böse“ ist, sondern weil Blau-Schwarz auf Landesebene das Sozialbudget kürzte bzw. nicht mit den notwendigen Mitteln ausstattet. Bereits 2017 verzichteten wir auf die Nachbesetzung eines Streetworkers, obwohl das Land noch 50 % der Personalkosten getragen hätte. Naja, verzichtet haben wir auch auf das zu 100 % finanzierte Projekt KISA – Sozialarbeit in den Kindergärten. Darüber freut sich jetzt die Stadt Linz. Wir alle wissen, dass die Herausforderungen im Bereich Streetwork nicht weniger werden. Beim Bürgercafe im Zuge des Kaiser-Josef-Platzes wurde neuerlich der vermehrte Einsatz von Streetworkern gefordert. Wie wird die Stadt den Entfall des Landes auffangen? Bleiben es weiterhin 6,25 Personaleinheiten oder sind es bald nur mehr 3? Es drohen Kürzungen von 100.000 Euro. Bei der Landesrätin vorstellig zu werden, wie Sozialreferentin Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger sagte, ist nett und gut, aber besser wäre bei der Blau-Schwarzen-Landesregierung anzuklopfen, damit es hier mehr Geld gibt. Kontakte dorthin wird man wohl haben.

Bei Prävention zu sparen zeugt von wenig Weitblick. Wir wissen aus den Presseaussendungen zum Sozialbericht der Stadt Wels, der uns bereits seit einem Jahr vorenthalten wird, dass der Quartiersarbeit in der Stadt mehr Augenmerk geschenkt werden sollte. Was macht die Blau-Schwarze-Stadtregierung? Sie schließt das Quartier in der Noitzmühle.

Leider gibt es auch keine Aktiv-Karte für einkommensschwache Personen, wie gefordert. Die Grundreserven für leistbares Wohnen – wie von der SPÖ gefordert – sind auch noch nicht angekauft.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema Umweltförderung bleibt weiterhin ein Randthema. Jetzt wird Bgm. Dr. Rabl gleich wieder sagen, dass 25.000 Euro an frei verfügbaren Mitteln im Umweltbereich für eine Referentin einzigartig sind. Das stimmt! Aber ein entsprechend dotierter Topf für Umweltförderungen, wie auch bei der Wirtschaftsförderung, hätte diesen Bereich, dem Klimaschutz im Allgemeinen und der Wirtschaft gut getan. Denn neben einem Beitrag zum Klimaschutz waren die Förderungen immer ein wichtiger Impuls für Investitionen in der regionalen Wirtschaft. In den vergangenen 30 Jahren wurden rund 4.500 Antragsteller über 5 Mio. Euro an Zuschüssen gewährt. So kann man davon ausgehen, dass ca. 50 Mio. Euro investiert wurden. Auf derartige Zahlen war man 2015 seitens der FPÖ noch stolz. Ich suchte die Unterlagen aus der Bilanz-Pressekonferenz der Freiheitlichen Partei vom 29. Juni 2015 heraus, in der man explizit auf die Bedeutung der Umweltförderungen hinwies.

Im Frauenbereich wurde ebenfalls auf Sparflamme budgetiert. Gab es einst ein Frauen- und Integrationsbüro, auf das wir stolz waren, wurde dieses zerschlagen. Das

Frauenbüro wurde auf eine Person, sprich Frauenbeauftragte, reduziert. Als Budget gibt es für das ganze Jahr 12.000 Euro. Vor der Nachverhandlung auf Referentenebene waren es sage und schreibe 7.000 Euro. Da kosten vermutlich das Maibaum-Aufstellen, vermutlich auch die Inserate in so manchen fragwürdigen Zeitungen mehr. Die im Frauenbericht geforderten Maßnahmen lassen sich damit nicht umsetzen. Der im Jahr 2015/2016 erstellte Frauenbericht zeigte, dass gerade in der Mädchenarbeit einige Herausforderungen anstehen, um Mädchen darin zu unterstützen selbständig ihren Weg in der Pubertät unabhängig von traditionellen Rollenbildern und Stereotypen zu gehen. Mit spezifischen Projekten wollten wir genau dort ansetzen.

Im Gesundheitsbereich sind 13.500 Euro vorgesehen. Damit können wir Veranstaltungen, wie den AIDS-Tag, Lungenfunktionstag, Präventionstag, Suchtkabarett usw. durchführen, wenn alle Mittel freigegeben werden.

Ein Fixpunkt wird auch weiter „Wels bewegt sich“ sein. Diesmal mit Firmenfitness in der Mittagspause. Ein gut funktionierender Gesundheitsdienst – danke an Dr. Spitzer und seinem Team – kümmert sich um die Gesundheit der Welser. Prävention und Bewusstseinsbildung ist mir einfach wichtig.

Leider hat die betriebliche Gesundheitsförderung im Hause Magistrat keinen Stellenwert mehr. Betriebliche Gesundheitsförderung wäre eine moderne Unternehmensstrategie mit dem Ziel Krankheiten am Arbeitsplatz vorzubeugen, Gesundheit zu stärken und das Wohlbefinden der Mitarbeiter zu verbessern. Schließlich sind die Mitarbeiter das wichtigste Kapital eines Unternehmens. Hier ein Appell an den Herrn Bürgermeister und den Herrn Magistratsdirektor, die im Zuge des Inneren Dienstes für die betriebliche Gesundheitsvorsorge zuständig sind: Werden sie wieder aktiv. Mittel dafür wären vorgesehen gewesen. Dass mit diesen Geldern jetzt die Mitarbeiterweihnachtsfeier in der Stadthalle bedeckt werden soll – siehe Kreditoperationen lfd. Nr. 21, die wir heute noch auf der Tagesordnung haben – darf einen schon wundern.

Gut aufgestellt ist mein Bereich Parkanlagen in der Stadt. Das lässt sich ja auch gut plakatieren - „Wels blüht auf“. Hier gibt es 190.000 Euro für die Sanierung der Parkanlagen, 40.000 Euro für den Park rund um den Jugendtreff Noitzmühle – damit können wir die Grünraumoffensive fortsetzen. Die Stadt Wels hat noch 35 zu attraktivierende Parks. Rund 100.000 Euro sind davon schon für den Friedenspark reserviert. Handlungsbedarf gibt es ganz sicher noch im Park Laahen. Aber sie wissen, der Park Laahen würde einige hunderttausend Euro brauchen. Ab 2018 wird es eine weitere Hundefreilaufzone geben. Dazu kommen wir heute noch.

Mehr gewünscht hätte ich mir zweifelsohne für den Masterplan Tiergarten. Von ursprünglich null Euro sind es jetzt 70.000 Euro im Jahr geworden. Ein Dankeschön dafür. Ein ambitionierter Masterplan liegt mir vor. Auf mehr als 90 Seiten wird dargestellt, wie sich der Tierpark mit mehr Nutzung im Winter entwickeln kann. Besonders der Neubau des Krallenaffenhauses steht an. Kosten dafür rund 400.000 Euro. Das derzeitige Krallenaffenhaus ist uralt, desolat, vom Energieträger ein Wahnsinn – wir haben dort noch eine Ölheizung, obwohl der Fernwärmeanschluss vorbei geht. Hier besteht also absoluter Handlungsbedarf. Auch wenn zu deiner Zeit, Herr Bürgermeister, als zuständiger Referent für den Tierpark sehr viel gemacht wurde, aber ich weiß, auch du hast das Krallenaffenhaus schon budgetiert.

Liebe Kollegen, wenn die SPÖ-Fraktion das Budget kritisiert, ist es nicht deswegen weil wir uns in einem Schmollwinkel befinden. Es ist auch nicht deswegen, weil wir Projekte, die wir mitbeschlossen haben, vielleicht nicht mehr haben wollen, wir stehen zu unseren Beschlüssen. Vielmehr geht es darum, dass Investitionen in die Bildung, vor allem im Bereich der Schulen, sich nicht mehr in der Mittelfristigen Finanzplanung wiederfinden. Es geht darum, dass wir als Referenten bei einer paar tausend Euro wie Bittsteller beim Finanzreferenten vorstellig werden müssen. Einerseits beschließen wir Millionenprojekte, andererseits wird – um ein Beispiel zu nennen – ein engagierter Sportverein, wie der FC Neustadt, der hervorragende Jugendarbeit leistet, um 3.000 Euro gekürzt.

Zwischenruf Vzbgm. Kroiß: Das stimmt so nicht, liebe Silvia!

Vzbgm. Huber: Aber ich kann dir ein Mail zeigen, wo dies so gesagt wird.

Vzbgm. Kroiß: Wenn man das Gesamtbudget des Vereines betrachtet und nicht einen Posten herausrechnet. Dies zur Richtigstellung.

Vzbgm. Huber: Wenn das so ist, werde ich das weiterleiten. Es geht darum, dass unsere Verantwortung als Referenten wir auch in unseren Bereichen, wie Gesundheit, Umwelt, Frauen, Verkehr, Bildung sehen und es ist legitim Einsparungen in diesen Bereichen aufzuzeigen.

Zum Kollegen Mag. Parzmayr möchte ich sagen, wenn er das Arbeitsübereinkommen hinsichtlich Doppelbudget zitiert, darf ich erinnern, dass in diesem Arbeitsübereinkommen auch die neue Schule Wels West steht. Wir brauchen ordentliche Rahmenbedingungen an Schulen für unsere Kinder. Herr Bürgermeister ich weiß, keine Neuverschuldung in den Planjahren 2020 bis 2023 ist dein Credo. Aber dieses Credo ist vermutlich nicht haltbar – dazu sollten wir stehen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Ein Budget stellt immer große Anforderungen an alle Beteiligten dar, daher möchte ich mich noch einmal sehr herzlich bedanken bei all jenen, die unsere Vorstellungen in Zahlen zusammenfassten und ein Budget erstellten.

Ein Budget ist nicht nur eine Rechen- sondern auch eine Zukunftsaufgabe. Wir wissen alle wohin die Reise gehen soll. Ziel muss sein ein ausgeglichener ordentlicher Haushalt ohne Schulden, ein Budget, welches Überschüsse produziert und Spielräume schafft, die wir für eine aktive Politik und für neue Investitionen brauchen.

Die ersten Schritte setzten wir in den letzten zwei Jahren. Es waren notwendige und spürbare Schritte. Erste Schritte sind wichtig, aber noch wichtiger ist es, nicht stehen zu bleiben und vorwärts zu gehen. Externe Faktoren, wie die sinkenden Ertragsanteile, Landestransfer und die Abschaffung des Pflegeregresses stellen uns immer wieder vor große Herausforderungen. Nur die internen Faktoren sind jene Instrumente, die uns zur Verfügung stehen und mit denen wir darauf reagieren können.

Die laufenden Einnahmen im ordentlichen Haushalt belaufen sich im Jahr 2018 auf 216,6 Mio. Euro, dem entgegenstehen 210,8 Mio. Euro. Allein der Bereich Soziales macht 18 % der Ausgaben aus. Daraus ist sehr wohl ersichtlich, dass sich die Stadt Wels ihrer sozialen Verantwortung bewusst ist.

Ich finde es immer sehr müßig und eine Unart ständig Investitionen gegeneinander abzuwiegen. Wenn sie einen dann nicht persönlich treffen, dann sind sie schon gar nicht notwendig. Ja, der immer wieder angeführte Stadtplatz bzw. der Brunnen kostet rund 340.000 Euro mit dem mobilen Grün. Nur, wenn ich mir anschau, in die Parkanlagen wird die gleiche Summe investiert. Da rege ich mich aber nicht auf, weil ich der Meinung bin, dass die Parkanlagen für Wels wichtig sind. Infrastruktur – 6,2 Mio. Euro werden hier investiert. Ja, es ist wichtig für unsere Stadt. Hören wir doch bitte endlich auf uns alle gegeneinander auszuspielen. Es ist ein Ziel – es ist unsere gemeinsame Stadt Wels.

Viele Investitionen, von denen wir heute sprechen, beschlossen wir in den Vorjahren gemeinsam. Dazu gibt es teilweise einstimmige Beschlüsse, aber auch Stimmenmehrheiten. Wir, die Politiker, sind aufgefordert immer wieder zu überprüfen, ob wir in unseren Bereichen noch das Richtige und das Notwendige tun oder ob manches nicht vielleicht überholt ist. Das heißt gestalten und bedeutet verantwortungsvolles Handeln und sorgsames Wirtschaften. Aber gerade dieses sachpolitische und verantwortungsvolle Handeln vermisste ich derzeit bei Landesrätin Gerstorfer. Denn ich sehe diese Dinge nicht so wie meine Vorrednerin Vzbgm. Silvia Huber. Diese streicht ziemlich unmotiviert Förderungen. 50 % bei den Streetworkern und aktuell 100 % bei den Behindertenfahrten. Wir werden sehen, was das Jahr 2018 noch alles an Streichungen und Kürzungen bringt. Wenn im rot-regierten Linz bei den Streetworkern nichts gekürzt wird, so stelle ich den sachlichen Beweggrund dahinter sehr wohl in Frage. Die Argumentation, dass Wels bezogen zu den Jugendlichen mehr Streetworker hat, ist nicht von der Hand zu weisen. Landesrätin Gerstorfer vergisst aber dabei, dass die Stadt Wels für die Jugendzentren null Förderung bekommt. Umgerechnet auf die Jugendlichen im Alter von 14 bis 24 Jahren fördert das Land die Stadt Linz mit 27,45 Euro pro Jugendlichen, die Stadt Wels gerade mal mit 10,70 Euro.

Schaut man sich das Sozialbudget des Landes an, um hier ein paar Dinge richtig zu stellen, so sieht dieses ein Minus von 7 % bei den Ermessensausgaben vor, aber eine Steigerung des Gesamtbudgets von 548 Mio. Euro auf 571 Mio. Euro. Also bitte ein Plus von 23 Mio. Euro, so erscheint mir eine 50%ige und sogar eine 100%ige Kürzung sehr parteienorientiert.

Ein knappes Budget ist nicht immer leicht zu händeln, gerade deshalb ist es wichtig eine rationale, lösungsorientierte und unaufgeregte Politik zu betreiben, die die Menschen nicht noch mehr verunsichert. Wir sind dazu aufgefordert eine Politik der Zuverlässigkeit, des Vertrauens und der Beständigkeit zu machen. Das sind wir nicht nur unseren Bürgern schuldig sondern auch der Wirtschaft. Denn mit 41,1 Mio. Euro Kommunalsteuer ist sie nicht nur eine wichtige Einnahmequelle der Stadt Wels, sondern die Betriebe sind auch Arbeitgeber, stellen Arbeitsplätze zur Verfügung und brauchen daher vor allen Dingen eine gewisse Planungssicherheit. Auf die im Jahr 2018 angesprochenen Investitionen werde ich jetzt nicht mehr genau eingehen, denn diese wurden schon zur Genüge diskutiert und durchleuchtet.

Natürlich wünscht sich jeder in seinem Ressort zusätzliche Mittel und Dinge, die einem wichtig erscheinen umsetzen zu können. Wenn sie mich jetzt fragen, ob ich zufrieden bin mit meinem Budget im Bereich der Investitionen, so muss ich das leider verneinen. Mir ist jedoch bewusst Prioritäten müssen gesetzt und die eigenen Befindlichkeiten hintangestellt werden. Gefällt mir das? – Nicht besonders. Fällt mir das leicht? – Schon gar nicht. Nur betrachtet man das große Ganze, also die gesamte Stadt Wels, so denke

ich setzen wir für die nächsten zwei Jahre wichtige und große Schritte, die unsere Stadt wieder lebenswerter machen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Bei meiner Wortmeldung werde ich nun versuchen die für mich wesentlichen Punkte aus meinem Ressort anzusprechen und meine Meinung zu gewissen Konfliktthemen kundtun.

Wir hörten heute vom Herrn Bürgermeister folgendes Zitat: „Was können wir uns leisten?“ Grundsätzlich gebe ich ihm Recht, möchte aber dem voranstellen „Was wollen wir uns leisten?“ und „Was müssen wir uns leisten?“, um wirklich in allen Bereichen zukunftsfit zu sein. Es geht nicht darum gemeinsam beschlossene Projekte in Frage zu stellen, sondern wir müssen uns als Gemeinderäte überlegen welche Projekte bei den Menschen ankommen. Welche Projekte bringen die Menschen in unserer Stadt weiter. Investitionen in Kindergärten und Horten, im Pflegebereich sind wichtig. Wichtig für die Welsler Bevölkerung sind aber auch Investitionen in die Schulinfrastruktur und in die Schulen.

Es ist schon verwunderlich, wenn die Frage der Außerstreitstellung seitens der FPÖ immer dann gezogen wird, wenn man sie braucht. In der Außerstreitstellung ist die Beschließung von Doppelbudgets enthalten. In dieser steht aber auch, wir errichten in dieser Periode eine neue Schule in Wels West. Ich lasse mich nicht in manchen Fragen auf die Außerstreitstellung hinweisen, wenn ich dann nicht bereit bin sie selber einzuhalten.

Wenn wir schon beim Schulneubau Wels West sind, sollten wir auch über den Inhalt diskutieren. Erinnern darf ich an die Wortmeldungen zu diesem Thema im Gemeinderat aber auch im Wahlkampf 2015. Es hieß, in Wels haben wir bei den bis zu 25-Jährigen die schlechtesten Schulabschluss- und Berufsabschlussquoten von ganz Österreich. Das ist Tatsache, hier sind wir uns einig, weshalb wir etwas tun müssen um dem entgegenzuwirken. Was ist besser als zu schauen, dass die Schulinfrastruktur, die Angebote der Schulen dementsprechend unsere Kinder und Jugendlichen fördern können. Das war der Grund warum wir sagten, wir wollen in Wels West eine Schule errichten, weil wir einerseits den Standort aufwerten und andererseits die fehlenden Angebote einer verschränkten Ganztageschule auch mit einer neuen Schule verwirklichen könnten.

Der Hinweis, dass die Statistik sagt wir werden weniger Schüler haben, dürfte bei der Bezirksschulbehörde nicht angekommen sein. Diese spricht gemeinsam mit der Landesschulbehörde von anderen Zahlen. Wie hier mit Zahlen und Statistiken hantiert wird, ist sehr fraglich. Erinnern darf ich an die Barcelona-Ziele bei den Krabbelstuben, die ihr euch hingebogen habt, wie es euch gerade lustig war, damit ihr schreiben konntet als Überschrift „die Barcelona-Ziele sind erfüllt“, obwohl bekannt ist, dass diese nicht erfüllt sind, sondern nur durch Veränderung von Parametern hingerechnet wurden. Die Schulbehörde sagt, wir brauchen diese Schule. Wir führten in der Außerstreitstellung diese Schule an und jetzt geht es darum darüber gemeinsam zu diskutieren.

Wenn ich mich sogar auf das Gedankenspiel einlasse diese neue Schule in Wels West nicht zu bauen, dann haben wir noch immer die Volksschule 10, welche saniert gehört. Wir haben vor rund fünf Jahren diesen Architektenwettbewerb aufgehoben, weil er uns zu teuer war. Darüber waren wir uns einig. Zu diesem Zeitpunkt waren wir uns auch darüber einig, dass diese Schule saniert gehört, dass sie keine Infrastruktur ist, in die wir selbst

unsere Kinder schicken würden. Sie ist thermisch zu sanieren, die Räumlichkeiten gehören saniert, sie hat keine Möglichkeiten für ein Ganztagesangebot und wir haben zu wenige Kapazitäten im Turnsaal. Wir müssten einen Doppeltturnsaal errichten.

In der Vogelweide sitzt mittlerweile die zwanzigste Generation an Kindern in Kellerklassen. Auch das ist Teil dieses Projekts. In der Neustadt gibt es noch immer kein Ganztagesangebot für Volksschulen und Neue Mittelschulen. Daher ist es notwendig, dieses Projekt jetzt, in dieser Periode, und nicht 2022/2023 zu verwirklichen.

Kollege Ganzert machte es ganz deutlich: Es geht darum, wir haben eine Vereinbarung, die Dinge können nicht aufgeschoben werden, diese Bildungsmöglichkeit für die Menschen gehört jetzt errichtet und nicht später.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich machte mir die Mühe und las alte Gemeinderatsprotokolle durch. Z.B. ein Auszug aus dem Protokoll vom Februar 2016: „GR. Wiesinger: „Die Stadt Wels hat ein besonderes Problem im Bildungsbereich. Im Gegensatz zu vielen Randgemeinden steigen die Schülerzahlen. Gerade im Pflichtschulbereich müssen neue Plätze geschaffen werden. Das bedeutet auf der anderen Seite einen großen Erhaltungsaufwand für die bestehenden Schulen. Der budgetierte Betrag von 500.000 Euro für das Schulsanierungskonzept wird nicht mehr reichen.“

Diese Aussagen nehme ich zum Anlass sie darauf aufmerksam zu machen, dass lt. Budgetbroschüre aus diesen 500.000 Euro nur mehr 210.000 Euro wurden.

Ich zitiere weiter: „Der budgetierte Betrag von 500.000 Euro für das Schulsanierungskonzept wird nicht mehr reichen. Daher wünsche ich mir eine entsprechende Aufstockung und eine klare Zielsetzung für die nächsten Jahre. Gerade die im Bildungsbereich eingesetzten Mittel sind richtig und wichtig. Der Ökonom und Nobelpreisträger James Heckman belegt, dass frühe Investitionen in Bildung nachhaltig sind, weil die Folgekosten damit gesenkt werden.“ Im Budget bildet sich das, was du - Kollege Wiesinger - sagtest, nicht ab. Dies als Hinweis.

Bgm. Dr. Rabl führte in seiner Budgetrede aus: „Ein großes Projekt im Bereich Bildung wäre noch die Schule im Bereich der Noitzmühle gewesen. Dieses musste aufgrund der Budgetsituation nach hinten verschoben werden.“ Wir verständigten uns dieses Projekt noch in dieser Legislaturperiode abzuschließen. Das ist nicht in den Jahren 2022/2023, sondern vor dem Jahr 2021. Unser Vorschlag ist 2019 mit der Errichtung dieser Schule zu beginnen.

Noch ein Zitat von Kollegen Mag. Parzmayr zu diesem Thema: „Die zu tätigen Investitionen müssen natürlich kritisch hinterfragt werden – keine Frage. Es muss weitere Investitionen geben. Hervorzuheben sind die Kindergärten, das Schulsanierungskonzept und auch die Park & Ride Anlage am Bahnhof. Natürlich ist es in diesem Zusammenhang bedauerlich, dass der Neubau der VS Wels West auf das Jahr 2019 verschoben werden muss.“

Es geht natürlich auch darum, dass wir Redlichkeit über einen größeren Zeitraum brauchen. Wenn es um die Zukunft der Kinder in unserer Stadt geht, geht es um die Schulinfrastruktur, um Kindergarteninfrastruktur, um Infrastruktur in den Horten. Das

tragen wir mit, das beschlossen wir. Aber es kann nicht sein, dass wir ein Projekt, welches wir in der Außerstreitstellung gemeinsam postulierten, jetzt schieben. Eine ganze Kindergarten- und Schulgeneration hat keine Chance eine entsprechende Infrastruktur vorzufinden.

Zu den Diskussionsbeiträgen zum Thema Ganztagesesschule, Schulverpflegung: Vollkommen berechtigte Hinweise, dass es darum geht, dass wir Regionalität haben wollen, dass wir dort einen guten Foot-Print abgebildet haben wollen, dass wir gesundes Essen, meiner Ansicht nach auch biologisches Essen den Kindern anbieten sollen. Es gibt eine tolle Zentralküche mit wunderbarem Essen für die Kindergärten. Warum machen wir keine Zentralküche, mit der wir die gesamten pädagogischen Einrichtungen versorgen können? Alle Probleme wären damit gelöst. Eine Neuausschreibung garantiert nicht, dass nicht jenes große Unternehmen, welches im Baukastensystem kocht, den Zuschlag bekommt.

Auch der Bücherbus wurde von GR. Wiesinger bereits angesprochen. Dieser ist budgetiert. Danke an alle, die ihn unterstützten. Mittlerweile erfolgte die Ausschreibung. Ich freue mich, wenn wir diesen Bücherbus gemeinsam auf den Weg bringen.

Zur Kritik an der SPÖ betreffend Einsparungsvorschläge: Wenn man selbst nichts auf den Weg bringt, zeigt man immer auf die anderen. Daran erinnern darf ich an die Diskussion zur Volkshochschule. Der vorgeschlagene Gebäudeverkauf war nicht in meinem Konzept enthalten. Wir beschlossen ein offensives Konzept, eine Ausweitung des Kursprogramms. Lt. Rückmeldungen werden wir die gesetzten Ziele bereits im heurigen Jahr mehr als erfüllen.

Im Budget sind über 1 Mio. Euro an Beiträgen für die Fachhochschule für zwei Jahre vorgesehen. Nun sind wir damit konfrontiert, dass die Basis der Finanzierung der Oberösterreichischen Fachhochschulen durch diese Studentensteuer, durch die geplante Einführung von Gebühren, komplett aus den Fugen gerät. Meiner Ansicht nach verschiebt sich die Grundlage der Vereinbarung, weshalb ich vorschlage mit dem Land Oberösterreich und mit der Fachhochschule in Verhandlung zu treten, um diese 1 Mio. Euro entsprechend abzusenken. Es kann nicht sein, dass ein Partner die Parameter verändert und alle anderen müssen fleißig zahlen. Wenn es darum geht für die Stadt Wels Mittel zu lukrieren, sind wir uns sicher alle einig.

Wie ich höre, dürfen wir zwar die Nachmittagsgebühr in den Kindergärten einheben, aber wir haben außer dem Verwaltungsaufwand nichts geerbt. Hier gehört meiner Ansicht nach ganz klar nachverhandelt. Es kann nicht sein, dass zu Ungunsten unserer Kinder eine Kindergartensteuer eingeführt wird und wir als Stadt am Ende genau so viel zahlen wie vorher, obwohl Einnahmen lukriert wurden.

Das Stadttheater Greif wurde heute schon öfter erwähnt. Dieses möchte ich als Beispiel dafür nehmen darzustellen, was meiner Ansicht nach im Kulturbereich nicht ganz rund läuft. In den Diskussionen kommt immer wieder die Frage der Frequenz der Kulturveranstaltungen vor. D.h. nur Veranstaltungen, an denen viele Personen teilnehmen, sind erfolgreich. Wir werden einige Millionen Euro für den Umbau des Stadttheaters ausgeben, aber wir brauchen gleichzeitig Möglichkeiten um das Stadttheater entsprechend zu vermarkten. Wir brauchen die Möglichkeit den Menschen mitzuteilen, welche Veranstaltungen im Stadttheater durchgeführt werden.

Dazu gibt es die Diskussion rund um das Thema WEVA. Zu diesem Projekt WEVA bin ich ganz klar der Meinung, nachdem die erste Befragung betreffend Vermarktung der Spielstätten nicht das ergab was wir erhofften, den gesamten städtisch finanzierten Kulturbetrieb, d.h. auch Schlachthof und Medienkulturhaus, in dieses Projekt mit hineinzuverpacken um zu überprüfen, ob Effizienzsteigerungen durch eine eigene kulturelle Gesellschaft gegeben wären. Dieses Projekt könnte unserer Stadt einiges bringen, wenn die Annahme, dass eine eigene Gesellschaft die Synergien nutzen kann, die alle Spielstätten vereint, gewinnbringend arbeiten kann.

Im Budget zum Thema 500. Todestag Kaiser Maximilians ist ein Ansatz enthalten. Die Summe ist leider nicht sehr hoch, aber in Kooperation mit dem Land Oberösterreich gibt es dazu eine Co-Finanzierung, weshalb es zu einer Ausstellung und zu verschiedenen anderen Veranstaltungen kommen wird.

Unterdotiert ist die Teilnahme an der Landesausstellung 2018 zum Unesco-Weltkulturerbe (DONAULIMES), wo wir als Stadt Wels mit unserem archäologischen Museum und den vielen Römerfunden klar ein Teil davon sein werden. Ein Konzept dazu wird von der Kulturabteilung erstellt.

Das Budget 2018/2019 ist kein Doppelbudget, sondern ein Budget, welches wir für das Jahr 2018 beschließen und für das Jahr 2019 zur Kenntnis nehmen. Für 2019 ist wiederum ein eigener Beschluss notwendig. Die von uns gemeinte Chance für 2019 die Schule Wels West nach zu budgetieren wäre gegeben, wenn wir heute das Budget für 2018 beschließen und im Budget 2019 die Mittel für den Schulneubau vorsehen.

Natürlich kann ich die Beweggründe des Herrn Bürgermeisters verstehen. Eindringlich aufgezeigt wurde bereits, es kommt ein warmer Regen von 71 Mio. Euro, mit 35 Mio. Euro werden Schulden getilgt, dann stehe ich drei Jahre später da und habe eine ähnliche Pro-Kopf-Verschuldung wie mein Vorgänger. Dass in einer Situation, wo ich vorher die Schuldenfreiheit und das Sparen zu meinem zentralen Projekt der Bürgermeisterei machte. Das ist ein veritabler Bauchfleck. Es geht nicht darum, dass wir die aufgezählten Projekte nicht machen sollen. Ich bin der Meinung, dass wir für viele Zukunftsprojekte Schulden machen dürfen, aber ich darf nicht vorher so tun als wenn Schulden das Schlimmste sind was man machen kann und dann nachher selber ins gleiche Horn blasen und nichts anderes tun. Es ist nicht möglich Zukunftsprojekte einer einzigen Generation umzuhängen. Es ist nicht möglich so zu tun, wie wenn ich alles immer aus der Portokasse bezahlen kann. Die Frage des Schulneubaues, der Schulinfrastruktur sind wichtige Projekte. Darum ersuche ich, dass wir in diesem Sinne uns hier noch einmal zusammenreden und versuchen diese Projekte umzusetzen.

Aus den Unterlagen der Fraktionsgespräche mit dem Herrn Bürgermeister geht hervor, wir einigten uns darauf die Schule Wels West nicht so schnell ausverhandeln zu können. Es war klar, es ist ein wichtiges Projekt für uns, welches wir weiterhin auf unsere Fahnen schreiben werden.

Bgm. Dr. Rabl: Ich nehme mir das Recht eine kleine Zwischenfassung zu den bisherigen Wortmeldungen zu geben und gehe nur kurz darauf ein, weil die Schule Wels West offensichtlich für die SPÖ aber auch für die GRÜNEN eine zentrale Bedeutung hat. Dies zur Erläuterung für unsere Zuseher und Zuhörer u.a.

Vor etlichen Jahren kauften wir ein Grundstück in der Noitzmühle für einen Schulneubau. Damals gingen wir davon aus, dass die Schülerzahlen in Wels steigen und dass die Noitzmühle ein zukünftiges Entwicklungsgebiet wird, welches entsprechende Wohnungen und damit entsprechende Kinder nach sich zieht. Jetzt – ein paar Jahre später – wissen wir etwas mehr. Z.B. sinken bis 2030 die Schülerzahlen in Wels um 1000. Wir wissen, vor drei Jahren benötigten wir in der Vogelweide und Lichtenegg 53 Klassen, inzwischen sind es nur mehr 47 Klassen. Bereits jetzt ist deutlich erkennbar, dass die Schülerzahlen massiv zurückgehen, weswegen Klassenräumlichkeiten wesentlich weniger benötigt werden. Wenn man gleichzeitig weiß, dass wir Volksschulen haben, die insgesamt nur 10 bis 12 Klassen führen, so haben wir uns de facto jetzt schon eine kleine halbe Volksschule erspart, weil die Schüler einfach nicht da sind.

Weiß man weiter, dass auch darüber diskutiert wird die Klassenschüler-Höchstzahl nach oben zu setzen um 1 oder 2 Schüler, weil es keinerlei wissenschaftlichen Nachweis dafür gibt, dass die Klassenschülerhöchstzahl in irgend einem Zusammenhang mit einem Lernerfolg steht – bis zu einem gewissen Grad wohl gemerkt -, also statt 25 26 oder 27 Schüler unterrichtet werden, so weiß man, dass von Bundes- und Landesseite noch ein gewisses Einsparungspotential erblickt wird, wo ich noch nicht weiß, ob dieses verwirklicht wird oder nicht. Tatsache ist, lieber Johnny - diese Worte richte ich an dich -, dass ein Schulneubau keine ideologische Angelegenheit ist, die unbedingt sein muss, um einer eigenen Ideologie und dem Thema der Ganz- und Gesamtschule Rückhalt zu geben in Form eines Campus, sondern es ist eine Frage der Notwendigkeit für die Schüler. Wenn man sagt, dass in Lichtenegg es den Schülern unzumutbar ist in die Schule zu gehen, glaube ich, du warst entweder nicht in der Schule oder im falschen Schulteil. Was anderes kann ich mir nicht erklären. Es regnet nicht in die Klassen oder sie sind in irgendeiner Weise nicht beheizbar. Dort ist eine ganz normale Schule, die nicht dem neuen pädagogischen Raumkonzept entspricht, das ist richtig. Aber das heißt nicht, dass sofort eine Schule gebaut werden muss. Ich finde es besonders amüsant, wenn man die Schuldenpolitik „geiselt“. Ich möchte betonen, die Finanzen wurden von der SPÖ übernommen und diese hat unser Familiensilber in den letzten Jahren regelmäßig veräußert, verschenkt und verbraucht. Entsprechend hohe Personalstände wurden nicht von mir eingestellt, sondern von meinem Vorgänger Bürgermeister Dr. Koits, sodass diese schmerzliche Korrektur, für die ich in diesem Haus auch offen kritisiert worden bin, nicht von mir veranlasst war sondern von meinem Vorgänger.

Dass aber einerseits gesagt wird, die Schuldenpolitik ist das Übel (diesen Satz kann ich ja noch teilen), auf der anderen Seite aber mitgeteilt wird, wir haben schon ein nächstes Projekt, welches im Großausbau 30 Mio. Euro kostet, finde ich besonders amüsant. Noch dazu, wenn es eine viel günstigere und bessere Variante dafür gibt. Diese Widersprüchlichkeit muss mir die SPÖ bei Gelegenheit noch einmal erklären. Es ist aber in Wirklichkeit auch nicht so wichtig.

Tatsache ist, wenn wir dieses große Investitionsvolumen 2018/2019 stemmen wollen 2020/2021 einen Konsolidierungskurs fahren müssen. Ich weiß, in unserer Vereinbarung ist dieser Punkt enthalten. Allerdings können sich politische Umstände auch ändern. Wenn wir in Erfahrung bringen, dass wir noch Tankstellen bauen für Benzinautos, obwohl es inzwischen Elektroautos gibt, muss ich ebenfalls meine Linie ändern und sagen, diese brauchen wir nicht mehr, wir müssen etwas anderes machen. Insofern ist es aus meiner Sicht wichtig ein Papier zu haben, das einen großen Zeithorizont erfasst und wenn sich

Umstände ändern auch die Ziele zu ändern. Das gehört in gewisser Weise dazu. Ich kann dann nicht einen Justament-Standpunkt in diesem Zusammenhang einnehmen. Daher sollten wir diese Frage durchaus noch diskutieren. Dazu erkläre ich mich selbstverständlich bereit, aber nach Maßgabe der budgetären Mittel.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Vzbgm. Kroiß: Das Hauptaugenmerk beim Budget hat sich in den letzten Jahren nicht verändert. Der Spargedanke ist aktuell, alle Referenten sind angewiesen Prioritäten zu setzen und haben dies auch getan. Auf meiner finanziellen Prioritätenliste ganz oben ist für 2018 das Welldorado vorgesehen. Kollege Markus Wiesinger erwähnte es bereits, wir müssen im Welldorado die unterirdische Technik sanieren, weil die Filteranlagen hoffnungslos veraltet sind. Dafür sind 1 Mio. Euro budgetiert. Ohne dieses Budget könnten wir diese Investition nicht durchführen. Wir könnten aber auch den Betrieb des Welldorado nicht mehr sicherstellen.

Wir werden nicht nur unterirdisch sondern auch im Freigelände Sanierungsmaßnahmen durchführen. Es werden die Tontechnik, die Spinde, Bewässerungsanlagen uvm. erneuert. All diese Maßnahmen sind dringend notwendig, um in Zukunft das Welldorado weiterhin als attraktive Freizeit- aber auch Sportmöglichkeit präsentieren zu können, weil viele Sportvereine das Welldorado zu Trainingszwecken nutzen. Natürlich sind dadurch die Becken mehr als ausgelastet. Zusätzlich benutzen Schulen das Welldorado für den Schwimmunterricht. Hier ist jeder Euro sehr gut investiert. Als Stadt Wels können wir sehr stolz auf diese Anlage sein.

So wie wir überhaupt sehr stolz auf unsere Sportvereine sein können, weil diese eine tolle Arbeit leisten. Wir haben viele sportliche Aushängeschilder, die im Namen eines Welser Vereins weltweit sportliche Höchstleistungen erbringen. Zusätzlich leisten diese Vereine im Bereich Jugendarbeit Großartiges und sind ein Garant dafür, dass Kinder überhaupt noch Sport betreiben.

In diesem Zusammenhang darf man auch Jugend und Integration nicht vergessen. Gerade in den Sportvereinen wird eine der besten Integrationsarbeiten geleistet, weil neben dem sportlichen Training auch Kameradschaft, Zusammenhalt, Ehrgeiz, soziales Verhalten und natürlich auch die deutsche Sprache gelehrt wird. Nicht umsonst wird das Judo-Projekt des LZ Multikraft Wels mit einem Österreichischen Integrationspreis ausgezeichnet.

Diese Leistungen können aber nur durch höchst motivierte Trainer und Funktionäre erbracht werden. Natürlich brauchen diese Vereine perfekt ausgestattete Sportstätten. Gerade bei den Sportstätten bekommen wir sehr viel Lob von auswärtigen Besuchern, von Funktionären, die oft neidvoll nach Wels blicken.

Dadurch sind wir wieder beim Budget. Unsere Vereine können es nicht alleine bewältigen und neben vielen privaten Sponsoren ist auch die Stadt Wels angehalten im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten bestmöglich zu unterstützen. In diesem Bereich müssen wir ebenfalls sparen, jedoch bin ich mit dem Herrn Bürgermeister und Finanzreferenten einer Meinung: Bei den Vereinen ist jeder Euro sehr gut angelegt. Es ist erwiesen, dass sportlich aktive Menschen gesünder, stärker und belastbarer sind. Ich werde mich dafür

einsetzen, unseren Vereinen die notwendige Unterstützung anbieten zu können, um die Bevölkerung näher zum Sport zu bringen.

Dass unser Ruf als Sportstadt auch über die Grenzen von Wels mittlerweile bekannt ist, zeigen die vielen sportlichen Großveranstaltungen, die wir nach Wels bekommen. Zwei Top-Ereignisse im Jahr 2017 (Davis Cup und die Schlussetappe der Österreichischen Radrundfahrt), mit denen wir unsere Stadt perfekt in Szene setzen konnten.

Es gibt leider auch Jugendliche, die nicht in Sport- oder anderen Vereinen integriert sind. Viele dieser Jugendlichen besuchen unsere Jugendzentren in den Stadtteilen. 2018 wird ein weiteres Jugendzentrum in der Noitzmühle seinen Betrieb aufnehmen. Dann ist auch in diesem Stadtteil die Lücke geschlossen und die Jugendlichen finden dort Räumlichkeiten, in denen sie gerne gesehen sind und ihnen in vielen Bereichen geholfen wird.

Im Bereich Integration schlugen wir ebenfalls einen erfolgreichen Weg ein, den wir weitergehen werden, wie die Lernbegleitung im Quartier Gartenstadt und in der Noitzmühle. Liebe Silvia, weil du sagtest, dass in der Noitzmühle die Quartiersarbeit zerschlagen wird, nein – gerade diese Quartiersarbeit wird fortgesetzt. Der Weihnachtsmarkt, das Maibaumsetzen, das Wohnen im Dialog – das Team ist immer unterwegs. Es gibt Bemühungen diesen Markt zu installieren. Die Arbeit wird ganz besonders fortgesetzt.

Die Lernbegleitung wurde auf verbesserte Beine gestellt, weil die Honorarkräfte alle eine pädagogische Ausbildung haben. Es geht jetzt nicht mehr ausschließlich um Hilfe und Unterstützung bei den Hausaufgaben sondern es wird mit den Schülern nachhaltig gelernt. Die aufgezeigten Schwächen werden zusätzlich behandelt. Neu ist, mit diesen Kindern werden österreichische Werte erarbeitet. Die Unterlagen kommen dazu vom Österreichischen Integrationsfonds, der diese kindgerecht aufbereitete. Dieser Werte-Katalog ist auch für den erwachsenen Asylwerber bzw. Asylberechtigten Inhalt bei den Sprachkursen.

Wir setzen bei der Integration bei den Kindern an. Sie lernen spielerisch in einer Gruppe. Gerade das Quartier Gartenstadt hat sich herausgemauert. Ein Beispiel dafür sind die Blockflötenspatzen, die vom Eisenbahnermusikverein betreut werden. Sie haben bereits laufend Konzertauftritte und viele werden sie schon gehört haben, beispielsweise beim Burggartenkonzert oder auch bei der Eröffnung des Weihnachtsmarktes in der Noitzmühle.

Dass die Bemühungen der Stadt Wels in Bezug auf Integration auch in Wien gewürdigt werden, hat uns eine Förderung des Ministeriums für Europa, Integration und Äußeres und der EU eingebracht. Nämlich durch das Projekt „Neu in Wels“ können beispielsweise Sprachkurse, die BMS-Bezieher aus Drittstaaten aufgrund der Bemühungspflicht absolvieren müssen, kostenlos besucht werden. Wenn sie diese Bemühungspflicht nicht erfüllen, kann die BMS gekürzt werden. D.h. wir fordern, dass sie Deutsch lernen, wir fördern aber auch die Deutschkurse. Ebenso gesellschaftliche Aktivitäten, damit die Menschen sich näher kennenlernen. So bekam auch das Fest der Kulturen einen neuen Rahmen bei der Stadthalle und dem Platz davor. Hier konnten sich die Vereine kulinarisch präsentieren. Auch die Künstlergruppen waren begeistert von dieser neuen

Spielstätte. Wir werden daher 2018 vor der Stadthalle - auf dem Vorplatz - dieses Fest der Kulturen vorsehen.

Zum Thema Sicherheit möchte ich anführen, dass die bisherigen Bemühungen, Investitionen aber auch die Kosten sich ausgezahlt haben. Natürlich kann und muss noch mehr gemacht werden. Die bisherigen Bemühungen, die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Wels und den verschiedensten Behörden, zwischen den Mitarbeitern der Ordnungswache, der Polizei und anderen Blaulichtorganisationen und der Schaffung eines eigenen Sicherheitsresorts haben sich durchaus bewährt. Wels schaffte es z.B. als einzige Statutarstadt in der Kriminalitätsstatistik ein Minus von 4,3 % zu erreichen. Erwähnen muss ich schon, das ist kein Rückgang zum Ausruhen. Wir müssen gemeinsam mit allen anderen Verantwortungsträgern weiterhin für Sicherheit sorgen und dafür entsprechende Mittel zur Verfügung stellen. Das sind einfach keine Lorbeeren, auf denen wir uns ausruhen können. Es sind sich alle Mitglieder des Gemeinderates einig, wir brauchen in Wels mehr Polizeikräfte. Meine Überlegung ist es - das ist durchaus Wert für eine Überprüfung -, dass die Polizeischule, die derzeit in Linz angesiedelt ist, in der ehemaligen Landesfrauenklinik eine Departance erhält.

Mit vielen Anstrengungen verhinderten wir in der ehemaligen Landesfrauenklinik ein Erstaufnahmezentrum. Derzeit gibt es Rückgänge bei den Asylwerbern; Ende Dezember schließt beispielsweise das Caritas-Quartier für unbegleitete Minderjährige in der Hans-Sachs-Straße. Es braucht daher kein Großquartier mehr für Asylwerber - auch hier sind wir uns alle einig. Aus vielen Gesprächen weiß ich, dass die Polizeischule in Linz aus allen Nähten platzt. Es müssen viele junge Polizisten nach ganz Österreich ausweichen. Mit diesem großartigen Gebäude der Landesfrauenklinik wäre dafür ein idealer Ort gefunden. Ich werde mich wirklich bemühen, dass das Bundesministerium für Inneres diese Idee aufgreift; damit wir als Stadt Wels eine zusätzliche Ausbildungsstätte für zukünftige Polizisten erhalten.

In diesem Zusammenhang möchte ich meinen Dank an die Polizei aussprechen, die gerade in der Vorweihnachtszeit alle Hände voll zu tun hat. Sie sind mit Fußstreifen präsent und sorgen so für mehr Sicherheit in der Stadt.

Ich bedanke mich abschließend bei allen meinen Mitarbeitern, die mir bei der Erstellung des Budgets behilflich waren. Die Gelder sind wirtschaftlich, sparsam und sehr effizient eingesetzt.

StR. Hoflehner: Aus der Sicht des Verkehrsreferenten werde ich zum Thema Budget einige Worte sagen. Es gibt im Verkehrsbereich eine unheimliche Dynamik in der Entwicklung. Verkehrsthemen an sich sind Themen, bei denen alle Menschen mitreden, alle sind betroffen, daher halte ich es für wichtig darüber zu sprechen, was sich in Wels über die letzten Jahre hinweg entwickelte bzw. sich in Zukunft noch entwickeln wird.

Bgm. Dr. Rabl erwähnte in seinen Worten die Budgetwirksamkeit der Maßnahmen im Personalbereich - das wird sich erst im Laufe der Jahre weisen oder auch nicht. Wie immer das Budget wirksam wird oder nicht, werden wir sehen. Menschenwirksam ist diese Strukturreform jedenfalls geworden, wie immer man das näher ausführen könnte. Ich möchte mich stellvertretend bei Herrn StBD DI Karl Pany und Herrn AL SenR. Dr. Bernd Spitzer ganz herzlich bedanken, dass in Zeiten des Umbruchs, in Zeiten der Unsicherheit, in Zeiten der Veränderung eine dermaßen tolle Arbeit abgeliefert wurde.

Im Verkehrsreferat geht es im Allgemeinen immer wieder um den Binnenverkehr, also alles was sich in der Stadt auf den Verkehrswegen abspielt, um den Pendlerverkehr, um den Durchzugsverkehr und um den ruhenden Verkehr. Das sind im Wesentlichen die Punkte, mit denen sich der politische Referent auf kommunaler und überregionaler Ebene beschäftigen muss.

Vor nicht ganz zwei Jahren sagte ich, dass eines meiner Ziele sein wird, die Alltags- und Freizeitwege der Welser bestens zu gestalten und ihnen unterschiedliche Mobilitätsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, sofern sie nicht schon vorhanden sind. Inzwischen wurde ich ein bisschen klüger und weiß, ganz wesentlich ist in diesem Zusammenhang der Gedanke der Regionalität und Überregionalität. Warum das so ist, hoffe ich im Laufe meiner Ausführungen erklären zu können.

Beginnen darf ich mit der Aufzählung der in der Stadt geplanten großen Projekte, wie die Attraktivierung des Stadtplatzes und die Kaiser-Josef-Platz-Umgestaltung mit Bürgerbeteiligung. In diesem Zusammenhang fand ich es sehr mutig die Bürgerbeteiligungsmethode anzuwenden. Es macht sich letztendlich bezahlt insofern, als dort die Beteiligten sich sehr intensiv damit beschäftigten und daran arbeiten, wie sie sich die Gestaltung des Kaiser-Josef-Platzes und des Umfeldes vorstellen könnten. Die daraus resultierenden Empfehlungen wurden und werden in einem sogenannten Bürgercafé besprochen.

Zur Diskussion um die Eisenhowerstraße - die Möglichkeit der Aufhebung der Einbahnführung zwischen der Saunakreuzung und dem Römerwall - hätte ich gerne früher eine Lösung gehabt. Es gibt dafür noch kein befriedigendes Ergebnis, inzwischen jedoch vom Land Oberösterreich einen Vorschlag, über den diskutiert werden kann. Es wurde eine Firma engagiert, die nochmals die Machbarkeit bzw. Umsetzung dieser Öffnung im Sinne der Verkehrsflüsse überprüft. Ein diskutierbares Ergebnis soll bis zum Frühjahr vorliegen.

Die Autobahnanschlussstelle Wimpassing wurde heute öfters angesprochen. Für Jänner 2018 ist die mündliche Umweltverträglichkeitsprüfungs-Verhandlung anberaumt. Wir hoffen alle auf einen positiven Abschluss dieses Projektes.

Weiters gibt es eine Potentialanalyse, die den Bereich der Innenstadt umfasst. Auch hier geht es um die Durchwegung, insbesondere für Fußgänger und Fahrradfahrer.

Der Baufortschritt des Parkdecks Neustadt ist ersichtlich. Aus heutiger Sicht werden die zugesagten zeitlichen Fertigstellungsfristen eingehalten werden können.

Ein Projekt möchte ich exemplarisch ganz besonders herausstreichen, das ist das Stadregionale Forum – Stadtumlandkooperation. Ein EU-Projekt, welches sich im Rahmen der Initiative für Wirtschaft und Beschäftigung mit stadregionalen Strategien und mit bewegungsaktiver Mobilität beschäftigt. Hier ist die Stadt Wels die Kernstadt. Danke an die Bürgermeister der Stadt Wels und der Gemeinde Thalheim für die Entstehung dieses Projektes. Dieses ist insofern anders, weil es aus meiner Sicht eines der ersten Projekte ist, welches sich mit dem Thema Strategie und Strukturen städtischer Gemeinden und mit der Mobilität auseinandersetzt, ohne an den Gemeindegrenzen Halt zu machen. Für mich sind in diesem Zusammenhang sehr wichtig die ersten Ergebnisse. Acht Umlandgemeinden und die Stadt Wels sind bei diesem Projekt vertreten. In den

jeweiligen Gemeinden wurde vor Ort besichtigt, was aus Sicht der Gemeinde die dringendsten Fragen sind und letztendlich war der regionale Radverkehr bzw. deren Anbindung an den öffentlichen Verkehr ein Thema. Beispielsweise beträgt in der Stadt Wels der Binnenverkehr der PKWs 40 % des Gesamt-PKW-Verkehrs, dann weiß man, wo man möglicherweise ansetzen könnte, um innerhalb der Stadt Wels zu anderen Mobilitätsformen als den PKW zu gelangen. In den meisten Umlandgemeinden haben rund 50 % der dort lebenden Menschen entweder gar keine oder nur eine sehr schlechte Möglichkeiten auf den öffentlichen Verkehr zuzugreifen. Diese Themen können nur gemeinschaftlich angegangen und gelöst werden. Das passiert in diesem Projekt.

Die den Verkehrsreferenten und die Verkehrspolitik in Wels beschäftigenden Themen sind überhöhte Geschwindigkeit, das Parken insbesondere in der Innenstadt, Parkgaragen, Parkdeck. Als Magistrat der Stadt Wels werden wir im nächsten Jahr zusätzliche Geräte anschaffen, die die Geschwindigkeit anzeigen. Die Erfahrungen der Anrainer zeigen, dass gerade diese Geräte am ehesten eine Geschwindigkeitsreduzierung bewirken. Möglicherweise werden wir im Jahr 2019 ein zusätzliches Radargerät anschaffen können.

Aus meiner Sicht ist jedoch die sehr gute Kooperation mit der Welser Polizei, namentlich mit Herrn Andreas Weidinger, viel wichtiger. Die Polizisten können nicht zu jeder Zeit an jedem Ort sein - das wurde bereits angesprochen. Sie kennen vielleicht die im Frühjahr gestartete Initiative betreffend Verkehrsbeschränkungen in der Grieskirchner Straße, da in dieser mehrmals Geschwindigkeitsüberschreitungen bis zu einer Höhe von mehr als 150 km/h gemessen wurden. Dort ist es notwendig polizeilich durchzugreifen.

Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang die Kooperation mit jungen Menschen, die die Zukunft dieser Stadt darstellen, speziell mit einem Programm in den Schulen. Sie kennen sicher die ergriffene Initiative in den Schulen Wallerer Straße und Franziskanerinnen über viele Jahre hinweg. Inzwischen gibt es eine angedachte Kooperation mit der Schule Vogelweide, VS 8 und 9.

Zu dem von Kollegen Wiesinger angesprochenen Thema „Übergang Almtalbahn“ waren wir uns einig darüber, es ist notwendig den westlichen und östlichen Teil der Almtalbahn zu verbinden aus Gründen der Erreichbarkeit und der Durchwegung.

Im letzten Jahr bemühten wir uns bei den Geh- und Radwegen sehr aktiv zu sein. Gelungen ist der neue Geh- und Radweg in der Wallerer Straße, nördlich der Autobahnüberfahrt. Es konnten Grundteile dafür angekauft werden.

Den österreichweiten Mobilitätswettbewerb haben wir gewonnen. Als Prämie erhielten wir ein zweites Dienstfahrrad. Sollte uns dies auch in den nächsten Jahren gelingen, werden sich die Dienstfahrräder vermehren. Es gibt regelmäßige Gespräche mit der Wirtschaftskammer bezüglich Verkehr und Verkehrsführung und Baustellen.

Das S-Bahn-System auf der Westbahnstrecke hat voll eingeschlagen. Dass die Westbahn nun im Halb-Stunden-Takt fährt und in der Stadt Wels Halt macht, finde ich ausgezeichnet. Letztendlich gibt es ein paar erwähnenswerte negative Dinge was den Railjet insbesondere in Richtung Frankfurt angeht. Die Verbindungen zum Flughafen wurden verbessert. Ein Thema, welches mir sehr am Herzen liegt, sei nur kursiv erwähnt, das ist die Almtalbahn (Schiene Almtalbahn). Hier sollten wir über alle Parteigrenzen

hinweg sehr gut zusammenarbeiten, um in diesem Bereich eine zusätzliche S-Bahn-Strecke zu entwickeln.

Beim Welser Linienverkehr muss es zu einer Neuausschreibung kommen. Die Vorausschreibung fand bereits statt. Es gab einen Prozess die Effizienz dieser Linie Wels zu steigern. Ein Resultat war die Einführung des Abendbusses seit ca. vier Monaten. Nach Rückfrage beim Linienbetreiber, bei Frau Mag. Voggenhuber, sind die Nutzerzahlen so wie sie prognostiziert wurden. Der Kundenverkehr von außen nach innen hält sich sehr in Grenzen, aber der Verkehr von innen nach außen ist stark. D.h. die Abendbuslinien laufen zumindest was die Fahrgastzahlen anbelangt, so wie sie grundsätzlich prognostiziert wurden. Das ist nach drei, vier Monaten noch keine wirkliche Aussage, da Experten meinen, die Annahme durch die Kunden wird sicher zwei bis drei Jahre dauern.

Eine erste Bike&Ride-Station gibt es in der Wallerer Straße. Wenn sich nichts verändert, werden wir im Jahr 2018 drei weitere Bike&Ride-Stationen an den Endpunkten der jeweiligen Linien schaffen. Insgesamt wurden 10 Bike&Ride-Stationen von den Experten empfohlen. Diese wollen wir mit Radständern und Überdachung bespielen.

Kollege Lehner sagte zu Recht, wenn wir die Beleuchtung im Gemeinderat diskutieren wollen, sollen wir uns auch die Beleuchtung in den jeweiligen Haltestellen der Busse anschauen. Das passierte inzwischen. Es gibt sehr viele Haltestellen, wo aus unterschiedlichen Gründen tatsächlich der Fahrplan bei Dunkelheit nicht oder nur sehr schwer gelesen werden kann. Im Übrigen könnte der Fahrplan der Linie Wels größer geschrieben sein, da es Menschen gibt, die ihn ohne Brille nur sehr schwer lesen können. Auch wurden die Echtzeitanzeige und das App noch nicht verwirklicht.

Zwei wesentliche Punkte sollten wir uns noch vornehmen, das ist einmal die Linienführungsänderung der Linie 1. Warum? Diese ist am Papier schon bewilligt, d.h. die Linie Wels einigte sich bereits mit dem Verkehrsverbund, nämlich mit einer dauernden Bespielung der Landesmusikschule, der Stadtbücherei, des Tiergartens u.a. Dinge. Dann beschäftigt mich noch die „berühmte“ Tangentiallinie. Ich werde mich weiterhin gemeinsam mit den Kollegen des Verkehrsausschusses dafür einsetzen diese zu verwirklichen.

Das Thema Rad beschäftigte uns in den letzten Jahren sehr. Sehr viel Vorarbeit wurde geleistet von der Fahrradberatung und der Radfahrbeauftragten DI. Eva Berghofer. Bürgermeister Dr. Rabl stellte mir ein „Leitbild Radverkehr“ zur Verfügung, welches aus der Bundesrepublik Deutschland stammt. Es gibt aber auch in Österreich Beispiele, wo einmal grundsätzlich gesagt wird, wie man sich den Radverkehr in einer Kommune, einer Stadt, einer Gemeinde vorstellt. Das möchten wir im nächsten Jahr intern umsetzen und im Verkehrsausschuss diskutieren.

Ein eigenes Rad-Budget wird immer wieder eingefordert. Dazu gibt es inzwischen eine längere Diskussion mit Interessierten, was denn zum Rad-Budget zählen soll oder gezählt werden müsste. Ich möchte nur ein paar Dinge aufzählen, die wir im nächsten Jahr explizit im Bereich Fahrradfahren vorhaben. Wir werden so wie in der Anzengruberstraße, entlang der Schubertstraße, Karl-Loy-Straße, Rainerstraße ausschwenken. Wir werden entlang der Eisenhowerstraße, südseitig, einen Radweg installieren, wenn klar ist, was mit der Eisenhowerstraße insgesamt passieren soll. Nach

vielen Jahren werden wir uns auch dem Thema Isola Bella und Radwegführung annehmen. Alle, die sich mit dieser Materie beschäftigten, wissen wovon ich rede und ich insofern annehme, es wird dort eine vereinbarte, koordinierte Lösung geschaffen werden, um Missverständnisse was die Fahrbahnrichtung und Fahrbahnbenutzung betrifft hintanzuhalten. Wir werden in der Oberfeldstraße, Kreuzung Wallerer Straße, Kreisverkehr Wallerer Straße eine Lösung finden, wo stadtauswärts Fahrradfahrer nicht mehr irgendwie relativ kompliziert oder nur sehr schwer Richtung Norden fahren können. Wir werden die Bike&Ride-Stationen machen. Wir werden in der Wimpassinger Straße, zwischen Römerstraße und Gasthaus Obermair einen Geh- und Radweg errichten usw. Viele kleine Maßnahmen, wie eventuell eine Leitlinie, die uns Ziele vorgibt, die aber noch diskutiert werden müssen.

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich mich mit der Dienststelle Tiefbau bzw. unserer Straßenmeisterei auseinandersetzen. Bedanken möchte ich mich bei SenR. Dr. Erwin Kröpl stellvertretend für die Mitarbeiter für die gute Zusammenarbeit. Alle haben heuer, so wie im Jahr 2016, bemerkt mit welcher Dichte in der Stadt Wels bestimmte Verkehrsprojekte durchgeführt werden. Nicht nur von uns auch in Kooperation mit sog. Fremdfirmen. Wir verbauten zum Thema Straßenbau und Verkehrswege rund 3,2 Mio. Euro. Für nächstes Jahr liegt das neue Straßenbauprogramm im Entwurf vor. Wir werden dieses am 16. Jänner 2018 im Verkehrsausschuss diskutieren.

Der Winterdienst ist voll im Gange. Wir sind sehr gut gerüstet. Dazu gab es eine Presseaussendung. Vielen Dank für die zur Verfügung gestellten Mittel für den Fuhrpark. Im Jahr 2016 gab es diesbezüglich noch sehr interessante Diskussionen. Danke, dass unser Fuhrpark dementsprechend aufgerüstet werden kann.

Vielen Dank auch dem Herrn Magistratsdirektor als Experte für Straßenrenovierungen für seine Unterstützung. Gemeinsam haben wir das Konzept erstellt, welches von Herrn Ing. Zauner-Penninger entwickelt wurde und eine nachhaltige Sanierung unserer Straßen vorsieht. Mittel dafür sind vorgesehen. Vielleicht ein bisschen zu wenig - der Feinbelag geht sich nicht mehr aus - aber insgesamt kann ich als Verkehrsreferent hier wirklich nicht unzufrieden sein.

Grundsätzlich geht es darum die Infrastruktur der Stadt Wels gemeinsam – in vielen Projekten sind andere Referenten, Fachleute etc. beschäftigt – zukunftsfit zu machen, ihre Infrastruktur zu erhalten und zu pflegen. Das geschieht im Wesentlichen sehr gut. Natürlich gibt es immer wieder Hausaufgaben zu machen.

Setzen wir uns zusammen, überlegen wir wie wir als Stadt Wels gemeinsam den Herausforderungen auf bundes- und landespolitischer Ebene begegnen. Es ist richtig, wenn Mag. Parzmayr sagt, wir sollen uns an das halten, was wir in einem Papier festlegten und der Herr Bürgermeister sagt ein paar Wortmeldungen später charmant, aber wir müssen doch so flexibel sein, dass wir die Veränderungen der Zeit miteinbeziehen, so gebe ich ihm vollkommen Recht. Dann seien wir bitte auch bei der Budgetgestaltung dementsprechend flexibel. Das brauchen wir in Zeiten wie diesen. Es gibt tatsächlich Veränderungen und ich kann als Stadtparteivorsitzender der SPÖ nur sagen, die SPÖ ist hier gerne mit dabei.

Vzbgm. Huber übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

StR. Josseck-Herdt: Lieber Klaus Hoflehner, du weißt ich schätze dich sehr, aber ich hatte zwischenzeitlich Angst, dass du dich auch über die dritte Start- und Landebahn in Wien äußern willst. Ich werde mich kurz halten und mich auf meine großen Betätigungsfelder konzentrieren. Natürlich möchte ich mich auch beim Herrn Finanzdirektor und seiner Mannschaft für die Erstellung des Budgets bedanken. Noch mehr liegt mir am Herzen mich bei meinen Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit und das große Engagement zu bedanken. Gerade in den Bereichen der Kinder- und Seniorenbetreuung ist großes Engagement unbedingt notwendig, denn es sind dies die Schwächsten unserer Gesellschaft, die sich in unsere Betreuung begeben haben bzw. gegeben wurden. Meine Mitarbeiter tragen eine enorme Verantwortung und unsere Wertschätzung muss ihnen einfach zum Ausdruck gebracht werden. Vielen herzlichen Dank!

Zuerst möchte ich mich mit der Kinderbetreuung befassen. Im vergangenen Kindergartenjahr stellten wir die Sprachförderung aufgrund der großen Anzahl der Kinder, die eine solche brauchen, auf neue Beine. Wir stellten Sprachpädagoginnen frei, die nur zur Sprachförderung herangezogen werden, den Kindern intensiv Deutsch beibringen können und das schon ab dem dritten Lebensjahr. Das war total neu. Diese Maßnahme zeigte uns, wir sind erfolgreich unterwegs. Wir sind quasi der Zeit voraus. Vor drei Wochen hatten wir Vertreter des Bundes und des Landes in unseren Kindergärten, die sich diese Methode ansahen. Sie waren voller Begeisterung und sparten nicht mit Lob. Es ist überall durchgedrungen und es kam auch in den Medien - alle Kommunen fordern die Beherrschung der deutschen Sprache, damit die Kinder bei Volkseintritt dem Unterricht folgen können und damit die selben Chancen haben wie Nichtmigrationskinder.

Im aktuellen Kindergartenjahr ist es uns durch die Schaffung von 132 Kinderbetreuungsplätzen gelungen alle Kinder unterzubringen. Für nächstes Jahr werden wir noch ein paar Plätze brauchen, aber auch dafür sind schon Kapazitäten vorbereitet. Das bewirkte eine Aufstockung des Personals und diese schlägt sich natürlich bei den Kosten nieder. Vor der Einführung des Gratiskindergartens Ende 2008 betrug der Abgang 5,1 Mio. Euro. Im Jahr 2019 rechnen wir mit einem Abgang in Höhe von 11,1 Mio. Euro, das ist eine Steigerung von 119 %. Nachdem das Land die Gruppenförderung reduzieren und die Sonderförderungen gänzlich einstellen wird, sind wir in Wels leider gezwungen für die Nachmittagsbetreuung Beiträge vorzuschreiben. Diese werden sozial verträglich sein und sollen im nächsten Gemeinderat beschlossen werden, wobei die Bandbreite von 42 bis 110 Euro reicht.

Im laufenden Jahr implementierten wir eine Datenbank im Bereich der Kindergartenbetreuung. Mit deren Hilfe sollen Doppelanmeldungen ausgeschaltet werden und wir können auf Knopfdruck den Bedarf an zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen erfahren. Das ist sehr wichtig, denn Unsicherheiten sind sehr schlecht für eine korrekte und sinnvolle Planung.

Ganz besonders freut mich der Budgetansatz im außerordentlichen Haushalt für die Errichtung eines neuen Kindergartens, Krabbelstube und Hortes in der Pernau. Der Kindergarten in der Lessingstraße soll ersetzt werden durch einen Neubau. Es freut mich sehr, dass der Bürgermeister meiner Forderung gefolgt ist, denn ich nahm mir schon zu Beginn dieser Legislaturperiode vor, dass mit diesem Kindergarten etwas passieren muss. D.h. er wird nächstes Jahr geplant und im darauf folgenden Jahr gebaut.

Beim zweiten großen Feld meines Referates – der Seniorenbetreuung – wurde ich ebenfalls mit einer weitreichenden Gesetzesänderung konfrontiert. Der Entfall des Pflegeregresses ist für die Erben zwar toll (das Vermögen bleibt), aber die Stadt hat dadurch einen Rückgang der Einnahmen in Höhe von 2,2 Mio. Euro. Ziehen wir die verlaublichen 100 Mio. Euro für ganz Österreich heran, können wir lediglich mit 800.000 Euro rechnen.

Ich kann auch über etwas Positives berichten, da im Bereich der Seniorenbetreuung das neue Leopold-Spitzer-Heim am 05. Jänner 2018 in den Vollbetrieb geht. An diesem Tag werden die Bewohner in das wunderschöne barrierefreie Haus übersiedeln und bereits am 21. Dezember können wir die Weihnachtsfeier im Saal des Hauses abhalten. Dass die Senioren ein selbstbestimmtes Leben in ihren eigenen vier Wänden der Vollbetreuung in einem Altersheim vorziehen, wissen wir schon lange. Das belegte auch die Studie der Fachhochschule. Allerdings belegte diese Studie zur Wohnsituation der Senioren auch, dass die Wohnungen zum größten Teil nicht barrierefrei und viel zu groß sind. Deshalb ist es dringend notwendig noch mehr auf alternative Wohnformen zu setzen. Ich freue mich schon auf das Generationenhaus in der Linzer Straße, welches nächstes Jahr hoffentlich in Angriff genommen wird. Das ist für mich ein ganz wichtiges Angebot für unsere älteren Mitbürger neben dem Ausbau unserer Mobilen Dienste und der Heimhilfe, deren Aufstockung wir heute noch auf der Tagesordnung haben.

Über geplante Investitionen im Bereich der Generationentreffs bin ich sehr froh. Dadurch werden diese Einrichtungen wirklich aufgewertet. Es ist sicher sehr schön sich als Senior in netter Umgebung treffen zu können. Für mich sind die Seniorentreffs sehr wichtig, weil sie auch der Vereinsamung entgegenwirken. Wir haben sehr viele allein lebende Senioren. Diese sollen durch ein verbreitetes Programm angeregt werden in unsere Treffs zu kommen. Sie sehen, das sind alles Maßnahmen und Investitionen zum Wohle der Welser, zum Wohle der Kinder und der Senioren und deshalb macht es mir richtig Spaß in diesem Bereich zu arbeiten.

GR. Scheinecker: Ich beschäftigte mich ausführlich mit dem Budget und habe mir einige Punkte überlegt, die es für mich aufzugreifen gilt, wie das Thema Schulbau, Schulsanierung, weil hier bei einem wesentlichem Punkt etwas herumlaboriert wurde. Wie sieht es mit den jungen Menschen in unserer Stadt aus und was machen wir für diese bzw. was leisten wir generell für das Zusammenleben?

In der letzten Budgetperiode wurde der Jugendtreff Noitzmühle in einer abgespeckten Variante beschlossen, um das Budget effizienter zu gestalten. Unter anderem verzichteten wir bei diesem Konzept auf den Mädchenraum. Jetzt gibt es diese Änderungen im Landesbudget, die Streetworker sind betroffen. Die Streetworker machen in Wels unter anderem auch Mädchenarbeit. Wir wissen nicht, wie sich das in der Qualität unserer sozialen Arbeit auswirken wird, falls wir das im Budget nicht abfedern.

Wir haben einen Pseudodoppelvoranschlag liegen, der auf diese geänderten Rahmenbedingungen noch nicht eingeht. Beim Bürgerbeteiligungsprozess Kaiser-Josef-Platz wurde der Wunsch nach Ordnungswache und Polizeipräsenz laut, genauso wie nach Streetworkern, nach vermittelnder Sozialarbeit. Durch die Kürzungen des Landesbudgets um 100.000 Euro, die wir nicht als Stadt abfedern, haben wir weniger Personal. Was erzählen wir den an der Bürgerbefragung beteiligten Menschen, denen wir nun genau das nicht anbieten können, weil wir einfach das Personal dafür nicht haben?

Zum Thema Schule neu, Schulumbau wurde gleich zu Beginn der Sitzung vom Bürgermeister gesagt, dass grundsätzlich das Bekenntnis für diese Schule schon irgendwie vorhanden ist, diese uns eigentlich wichtig wäre, aber es geht sich halt nicht aus. Im Sommer sprach die Pflichtschulinspektorin davon, wir haben zwar ein Geburtenwachstum aber weniger Anmeldungen in den Welser Schulen. Es war ein indirektes Zitat des Welser Bürgermeisters, die Welser melden ihre schulpflichtigen Kinder in den Umlandgemeinden. Diese Aussage steht in den OÖNachrichten. Es sollte uns schon bedenklich stimmen, dass die Welser unseren Schulstandort nicht als attraktiv ansehen, weil sie ihre Kinder im Umland anmelden. Wir müssen uns ansehen, wie wir unsere Schulen attraktiver machen können - das sollten wir idealerweise nicht bis 2022 hinausschieben.

Es ist großartig und wichtig genug Kindergartenplätze zu haben und neue Kindergärten zu bauen. Nichtsdestotrotz sprachen wir im letzten Generationenausschuss über die Nachmittagsgebühren. Hier gibt es noch sehr viele Fragezeichen. Seitens der Stadtregierung sind wir sehr stolz auf unsere neue Sprachförderung. Wir wissen aber noch nicht, ob nicht die Nachmittagsgebühren schlagend werden, damit sozial schlechter gestellte Kinder, die sich jetzt in der Sprachförderung befinden und diese Unterstützung ganz wesentlich brauchen, ob diese dann vielleicht am Nachmittag wegen der Gebühr nicht mehr den Kindergarten besuchen.

Von Seiten der Referentin hieß es, es werden soziale Härtefälle aufgefangen. Es gibt aber keine Lösungen und gleichzeitig nehmen wir ein Budget 2019 zustimmend zur Kenntnis. Wir lassen uns hier als Gemeinderäte keinen Spielraum, um darauf zu reagieren.

An dieser Nichterrichtung der Schule in Wels West stoßen wir uns als SPÖ-Fraktion sehr, genauso wenig wie die Schulsanierung in Wels-Lichtenegg ideal ist. Wenn wir es schaffen wollen unsere Schulen wieder attraktiver zu machen, dann müssen wir sehen, dass das Orte sind, an denen die Schüler sich wohlfühlen. Lichtenegg ist eines der schlechtest angenommenen Tagesschulmodelle im Gegensatz zur neuen Schule in der Mauth, die über ein modernes Raumkonzept verfügt. In der Noitzmühle mit ihrer schlechten sozialen Durchmischung haben wir gar keine Schule. Wir müssen es schaffen diese Kinder aufzufangen und Ganztagesbetreuungsmodelle anzubieten. Dazu braucht es attraktive Schulen, die unsere Kinder gerne besuchen. Für das sollte in diesem bzw. im Budget für 2019 Geld vorhanden sein.

GR. MMag. Rumersdorfer: Ich erwähnte es in meinem heutigen Antrag bereits, dass das Kulturbudget sehr mager ausfällt. Es gibt kein Geld für die Kulturerhebung, kein Geld für die Bewerbung als Kulturhauptstadt, kein Geld für den Stadtschreiber usw. Eine zukunftsweisende Kulturpolitik sieht anders aus. Die Stadt Wels sollte Geld in die Hand nehmen, um außergewöhnliche Projekte zu fördern, denn diese sind für die Stadt Wels genauso dienlich und haben vielleicht sogar einen nachhaltigeren Mehrwert als beispielsweise ein Davis-Cup oder ein Musikfestival, in welche unheimlich viel Geld gebuttert wird und welches nach zwei bis drei Tagen wieder vorbei ist.

Darüber hinaus wird das Budget für die Ordnungswache – Kollege Hufnagl hat mich darauf hingewiesen - von 581.000 auf 710.000 Euro erhöht. Sicherheit ist oberste Prämisse in unserer Stadt. Was wir mit diesen 130.000 Euro in anderen Bereichen alles

machen könnten, dafür würden mir einige Dinge einfallen, aber meine Haltung dazu ist hinreichend bekannt.

Bei den Ausschüssen und den Zuständigkeiten in meinem Bereich zeigt sich, wenn es um Umwelt und Nachhaltigkeit geht, dasselbe Bild. Zu meinem im letzten Gemeinderat gestellten Antrag betreffend Baumschutz wurde im WT1-Interview gesagt, dass ein Baumschutzkonzept vorhanden ist und sehr wohl etwas dafür getan wird. Ich frage mich nur wie, wenn kein Geld dafür vorgesehen ist. Es gibt auch kein Geld für das Projekt „Essbare Stadt“, für die Fahrradberatung, Obst- und Naturlehrgarten usw. usw. Weiters gibt es nicht ausreichend Geld für die Umweltförderungen. Der Herr Bürgermeister meinte im ARTE-Interview, die einen beschwören die Angst vor der Fremde herauf, die anderen die Angst vor einer Umweltkatastrophe. Ich will keine Umweltkatastrophe heraufbeschwören, sondern halte mich hier an Experten, die den Umwelt- und Klimaschutz als das Thema der Zukunft sehen. Die Liste ließe sich weiter fortsetzen.

Ich verstehe gewisse Investitionen müssen getätigt werden und trage einige Sachen natürlich mit. Mir scheint, als würden vor allem Projekte, die möglichst medienwirksam und herzeigbar sind, eher unterstützt als Parks oder Spielplätze in den Stadtteilen, die auseinanderfallen oder der sich seit zwei Jahren in Bau befindliche Spielplatz in der Dragonerstraße. Für den Masterplan Messe und den Masterplan Parkanlagen ist auch höchst unzureichend Budget vorhanden. Genauso für die Bürgerbeteiligung. Die Stadt schreibt sich auf die Fahne die Bürger beteiligen und mitreden zu lassen, sie sollen ihre Expertise einbringen, nur dann ist im Budget nichts dafür vorhanden.

Es wurden Mittel beantragt für die Bürgerbeteiligung am Stadtplatz und für die Stadt- und Verkehrsplanung, aber es wird hier kein Geld freigemacht. Ich frage mich, wie ernst der Stadt ihre Ankündigungen sind. Natürlich muss man Mut aufbringen die Bevölkerung zu fragen. Sie kommt mit ihrer Expertise, mit ihren Wünschen und ihren Ideen. Es ist unsere Aufgabe als Stadt den Kontakt zur Zivilgesellschaft zu suchen, denn es ist ihre Stadt, die wir gestalten. Wir sind als Politiker dafür zuständig, dass diese Menschen gehört und ihre Vorschläge entsprechend umgesetzt werden. Ich wünsche mir daher eine zukunftsweisendere Budgetplanung, die das Wohl der Bevölkerung und nicht nur den Schein als oberstes Gebot hat.

GR. Schäfer: Seit ca. zwei Jahre bin ich in der Politik und finde die Position der Opposition und im Speziellen der SPÖ-Fraktion sehr interessant. Spart die Stadt Wels wie in den letzten zwei Jahren, dann heißt es, wir müssen investieren, das Geld muss in die Wirtschaft und wir müssen mehr ausgeben. Jetzt stehen wir vor einem Investitionspaket mit 30 Mio. Euro und die SPÖ-Fraktion sagt, es sei zu viel, wir müssen sparen. Diese widerwilligen Aussagen passen zum Abstimmungsverhalten der SPÖ-Fraktion in den verschiedenen politischen Gremien. Dort ist es momentan sehr beliebt sich der Stimme zu enthalten. Die GRÜNEN und die NEOS sind grundsätzlich oder aus Prinzip dagegen was wir sagen. Es macht zumindest für mich so den Anschein.

Aufgrund der vorangeschrittenen Zeit gehe ich jetzt nur auf den Schulneubau in Wels West ein. Es liegt ein Arbeitspapier der Stadt Wels vom 19.09.2017 vor. In diesem ist ganz klar angeführt, dass die Volksschülerzahlen um 13 % rückläufig sind im Vergleichszeitraum 2003-2016. Für 2030 werden maximal gleichviele Schüler prognostiziert. Es stellt sich die Frage, ob hier ein 30 Mio.-Euro-Projekt sinnvoll ist oder ob es sich dabei um ein reines Prestigeprojekt handelt?

Wir stehen heute vor der Möglichkeit ein 30 Mio.-Euro-Investitionspaket für das nächste Jahr abzuschließen. In diesem sind sehr viele sinnvolle Investitionen, wie Kindergarten-, Hort- und Schulsanierung, der Umbau des ehemaligen Hotels Greif. Das bringt nicht nur dem Kaiser-Josef-Platz eine Aufwertung sondern kommt auch den Magistratsbediensteten zugute - diese bekommen moderne und neue Arbeitsbereiche. Außerdem haben wir viele sinnvolle Infrastrukturprojekte geplant, wie der Bau der Autobahnabfahrt, Brücken- und Straßensanierungen, den Bau einer Parkgarage in der Neustadt. Auch wurden Instandhaltungsarbeiten in dieses Budget aufgenommen. Dazu gehört der Filtertausch in Höhe von 1 Mio. Euro, den die SPÖ durch Wartung verhindern hätte können.

Wird dieses Paket als Ganzes betrachtet, kann gesagt werden, dass überwiegend Projekte dabei sind, die die SPÖ-Fraktion jahrelang hinausschoben. Wir von der Freiheitlichen Partei, sei es in den Städten, in den Ländern oder jetzt auch im Bund, sind gewählt worden, damit wir Österreich und explizit Wels weiterbringen. Genau das machen wir jetzt.

GR. Haböck: Zur heutigen Sitzung kann nur gesagt werden, dass die Opposition – vor allem die SPÖ und die GRÜNEN sozusagen ein „Schrödingers Budget“ wollen. Ein Budget, das es so gar nicht geben kann. Wenn uns am Beginn der Sitzung erklärt wird, wie neoliberal böse Nichteinsparungen bei den öffentlichen Ausgaben sind, nur um uns dann vier Stunden lang zu erklären, wo eigentlich mehr Geld investiert werden sollte, muss die Frage gestellt werden, was eigentlich gemacht werden soll?

Zu den NEOS kann ich leider relativ wenig sagen, weil ich die Haltung bzw. die Positionierung, wie sie die Stadt Wels in Zukunft sehen wollen, überhaupt noch nicht kenne. Nach zweieinhalb Jahren fällt mir auf, dass die NEOS nur dagegen sind. Heute hörten wir wieder zehn Beispiele dafür.

Beim Stadttheater Greif muss man zuerst einmal auf die Idee kommen zu sagen das historische Gebäude der Innenstadt wegzugeben, um ein neues kleineres Theater außerhalb der Innenstadt zu bauen. Das verstehe ich wirklich nicht. Wenn das der einzige konstruktive Ansatz einer Idee ist, brauchen wir die NEOS nicht als Oppositionspartei - dazu haben wir schon ROT und GRÜN.

Ich bin durchaus ein Freund davon, dass der Staat die Aufgaben erledigen soll, für die er eigentlich zuständig ist und sich aus allen anderen eher zurückhalten soll. Diese Grundaufgaben sind unter anderem ein soziales Netz für die Schwächsten in der Gesellschaft zu spannen. Hier hat sich die Stadt Wels vor allem im Bereich der Alten- und Pflegeheime schon sehr gut entwickelt. Das Thema wird eines der brennendsten Themen der Politik und Gesellschaft sein, wie wir im Pflegebereich und auch in der Altenbetreuung menschenwürdige und sinnvolle Betreuung leisten können. Aber auch die Infrastruktur ist eine der Grundaufgaben, die der Staat und die Stadt Wels leisten sollen.

Als Beispiel sei hier die Abfahrt Wimpassing genannt, die den GRÜNEN massiv ein Dorn im Auge ist. Leider wird das von den GRÜNEN nur immer in Zusammenhang mit lustigem Auf- und Abfahren auf die Autobahn genannt. Dahinter steht rasche Mobilität und es wurden in diesen Bereichen Industriegebiete geschaffen. Es wurden heute schon die Kommunalsteuer, die Ertragsanteile und stärkere Wirtschaft trotz Krisenjahren erwähnt.

Alles was den Unternehmen und damit auch den Mitarbeitern in Wels im harten und globalen Wettbewerb hilft auch in Krisenjahren erfolgreich zu sein und damit Abgaben an die Stadt Wels zu liefern, ist sinnvoll.

Das zweite große Infrastrukturprojekt auf Schiene ist das Pendlerparkhaus Neustadt. Mir als Neustädter war das seit Jahren ein großes Anliegen - leider wurde es seit 15 Jahren vor sich hergeschoben. Wie die ÖBB die Stadt Wels in dieser Frage behandelte halte ich für eine absolute Zumutung. Lieber StR. Hoflehner, bitte sehen sie sich einmal aktuell den Ausweichparkplatz an. Diese Schlammwüste ist eine Zumutung für alle Reisenden mit Gepäck, für Gehbeeinträchtigte, für Leute mit Rollstühlen oder für Eltern mit Kinderwägen. Das ist eine Zumutung und der Stadt Wels sicher nicht würdig.

Natürlich gibt es an diesem Budget auch Kritikpunkte. Ein Punkt betrifft Investitionen für die Dolmetscherangebote für die Lehrer. Das teilte ich dem zuständigen Referenten sowohl im Gemeinderat als auch im zuständigen Ausschuss mehrmals mit, akzeptiere aber die demokratische mehrheitliche Entscheidung. Gerade in der Stadt Wels, wo es nicht nur große Chancen sondern auch große Herausforderungen im Bereich der Migration und der Integration gibt, müssen den Schulen Instrumente in die Hand gegeben werden, um diese Herausforderungen zu lösen. Leider werden Etatisten diesen Punkt nie verstehen, denn man glaubt immer, alle Probleme dieser Welt seien zu lösen indem Geld in die Hand genommen und Steuergeld verteilt wird.

Gerade im Bereich der Integration würde es schon reichen – und hier setze ich große Hoffnung in die Bundesregierung – einfach nur Konsequenz walten zu lassen und vielleicht dort eine Strenge an den Tag legen würde, die es benötigt, diejenigen zu motivieren, die sich anstrengen. Diejenigen, die sich nicht anstrengen, soll ein klares Signal gesetzt werden, dass wir etwas nicht tolerieren werden. Dafür braucht es null Euro, sondern nur den Willen der Politik, den Zuständigen und vor allem den Lehrern in den städtischen Schulen ein Signal zu setzen „wir stehen hinter euch“.

Entscheidend ist, was in Zukunft passiert. Ich habe immer etwas Bauchweh bei den Budgets, wenn ich daran denke, dass 2021 die nächste Wahl ins Haus steht. Ein Wahljahr ist immer eine Herausforderung für die öffentlichen Budgets. Ich nehme die Worte des Bürgermeisters schon sehr ernst, dass das nächste Doppelbudget ein Konsolidierungsbudget sein wird und werde in den zuständigen Ausschüssen auf die Einhaltung zu pochen. Der Reformpfad in der Stadt, im Land und im Bund muss eingehalten werden.

In diesem Raum wurde vor einigen Jahren diskutiert, wie mit der Spitalsreform umgegangen werden soll. Dass Menschen sterben würden auf den Straßen, war noch das Harmloseste, das von einigen politischen Vertretern zu dieser Reform vorgebracht wurde. Dieser Reform, die massiv von so vielen politischen Vertretern dieses Gremiums abgelehnt wurde, ist es zu verdanken, dass der sehr hohe Krankenanstaltenbeitrag für drei Jahre nicht stieg. Mittlerweile steigt er wieder.

All jenen Gegnern sei ins Stammbuch geschrieben, dass diese so stark bekämpfte Reform zumindest einen minimalen finanziellen Spielraum der Stadt Wels und damit auch den Welser Politikern verschaffte. Wie im letzten Gemeinderat werde ich es auch heute wieder einmahnen. Es ist unabdingbar, dass alle zuständigen Politiker eine seriöse Budgetplanung gestalten. Ich halte die Abschaffung des Pflegeregresses kurz vor der

NR-Wahl für höchst unverantwortlich. Nicht die Abschaffung per sé, sondern die Art und Weise ohne ausreichende Gegenfinanzierung für die Kommunen und damit auch für die Stadt Wels. So darf nicht gearbeitet werden. Besser ist es, etwas mehr Raum zu geben und dafür eine seriöse Finanzierung zu finden.

Ich glaube, wenn es die Bundesregierung jetzt noch schafft den Steuer-, Abgaben- und Regulierungswahnsinn in Österreich zu beenden, dass auch wir in der Stadt Wels in den nächsten Jahren positiv arbeiten können.

GR. Ganzert: Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion stellt den Antrag zur Geschäftsordnung beim Tagesordnungspunkt 4 den Beschlussantrag aufzuteilen. Er ist in der vorgelegten Form bereits unterteilt in 1. und 2. und in Anführungszeichen entsprechend titulierte. Wir möchten eine getrennte Abstimmung. Die SPÖ steht für einen Voranschlag 2018 und möchte diesen auch gerne beschließen. Die Chance möchten wir mit diesem aufgeteilten Beschluss nutzen. Sollte beim Punkt 2. das Wort „zustimmend“ nicht gestrichen werden, dann können wir es nicht mittragen.

Zum Kollegen Schäfer möchte ich sagen, dass die GRÜNEN in den Ausschüssen nicht mitstimmen können, weil sie nur eine beratende Stimme haben und die NEOS sich nur informieren können. Zur Behauptung, dass sich die SPÖ-Fraktion sehr viel der Stimme enthält, bitte ich ihn zurückzudenken an die Zeit vor 2015, wo sich die FPÖ-Fraktion ständig der Stimme enthielt. Ich hoffe, er nimmt die Anmaßung, dass die SPÖ für die Probleme im Filterbereich Welldorado zuständig, zurück.

Vzbgm. Kroiß: Das ist ein Geschäftsordnungsantrag und keine Debatte! Was ist der Antrag?

GR. Ganzert: Ich wiederhole ihn gerne noch einmal: Über den Beschlussantrag zu Punkt 4. der Tagesordnung soll getrennt in den beiden Punkten abgestimmt werden. D.h. Punkt 1. Voranschlag 2018. Punkt 2. Voranschlag 2019 zur zustimmenden Kenntnisnahme.

Der Antrag zur Geschäftsordnung der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 12 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE Fraktion, NEOS)  
19 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Fila und GR. Schäfer waren bei der Abstimmung zu o.a. Geschäftsordnungsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Schönberger: In Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde werde ich meine Wortmeldung etwas kürzer halten. Die Wortmeldungen der Kollegen Haböck und Schäfer möchte ich unter „gut hören, aber schlecht verstehen“ einordnen, weil die SPÖ nie sagte, dass wir uns gegen Ausgaben, Kreditaufnahmen und gegen vernünftige Investitionen wehren oder sogar weigern.

Es ist für die Welser Wirtschaft natürlich optimal, dass nächstes Jahr 30 Mio. Euro investiert werden. Trotzdem sollte nicht in Jubelschreie ausgebrochen werden, weil es sich dabei um Großprojekte handelt, die national und sogar auch international

ausgeschrieben werden müssen. Ein Auftrag an die Welser Politik besteht darin, bei den Vergaben der 30 Mio. Euro nicht nur auf das Bestbieterprinzip zu schauen, sondern die Aufträge im Raum Wels oder in der Stadt Wels zu vergeben. Das wäre eine wichtige Aufgabe, die wir umsetzen sollten und müssen.

Wir würden gerne dem Budget 2018 zustimmen, weil es überwiegend eine Fortschreibung des Budgets 2016 und 2017 darstellt. Die Projekte des außerordentlichen Haushalts wurden von uns in Vorbeschlüssen mitgetragen. Warum man sich hier an einem Wort für den Voranschlag 2019 aufhängt, verstehe ich nicht.

Die letzte Zima-Studie ist aus dem Jahr 2012. Jetzt gibt es einen Auftrag, der uns noch im Jahr 2018 eine genaue Standortbestimmung des Wirtschaftsstandortes Wels geben wird und wir würden genau sehen, wo wir stehen, was wir zu tun haben und können das natürlich auch in einem Budget 2019 berücksichtigen. Zudem wäre es für mich als aus der Wirtschaft kommenden Zahlenmensch schön, wenn wir wie bei anderen Projekten, bei denen wir Geld in die Hand nehmen, eine Möglichkeit finden würden, einen Grundsatzbeschluss zu fassen, dass wir über 60 Wohnungen im Märzenkeller im Streubesitz verkaufen wollen. Deren Verkauf würde für das Budget knapp 6 Mio. Euro bringen.

Wenn wir darüber nachdenken, dass wir ein neues Verwaltungsgebäude am Kaiser-Josef-Platz haben und das Amtsgebäude II verkaufen wollen, dann sollen wir das irgendwo darstellen, dass wir dafür ca. 1 Mio. Euro bekommen. Wenn dann noch das Gebäude Stadtplatz 55 zur Diskussion steht, sollten wir zumindest 0,5 Mio. Euro dazuschreiben. Es ist wichtig das zu wissen, das entspricht ca. 4 Kindergärten, um das Beispiel des Herrn Bürgermeisters herzunehmen.

GR. Mag. Parzmayr stellt aufgrund der vorgerückten Stunde den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Parzmayr auf Schluss der Debatte wird mit

22 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion+NEOS)  
gegen 11 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Ich verzichte auf das Schlusswort.

Der Abänderungsantrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

12 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion+NEOS)  
gegen 21 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Der Hauptantrag (Anlage 7) zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

21 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 11 Stimmenthaltungen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
und 1 Nein-Stimme (NEOS)

angenommen.

5.)

Mittelfristige Finanzplanung 2018 – 2023  
FD-Fin-50-2017

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 17.11.2017:

Die beiliegende Mittelfristige Finanzplanung bestehend aus dem Voranschlag 2018 und dem Entwurf des Voranschlages 2019 und den Planjahren 2020 bis 2023 wird beschlossen.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird mit

21 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 11 Stimmenthaltungen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
und 1 Nein-Stimme (NEOS)

angenommen.

6.)

Alten- und Pflegeheim Wels – Hans-Sachs-Straße; Aufnahme eines geförderten Hypothekendarlehens in der Höhe von € 3,780.000,- gemäß Oö. Wohnbauförderungsgesetz 1993  
FD-Fin-141-2017

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 17.11.2017:

1. Der Abschluss des beiliegenden Darlehensvertrages zwischen der Stadt Wels und der UniCredit Bank Austria AG, 1010 Wien, Schottengasse 6-8, wird genehmigt.

2. Ergibt sich aus der Abrechnung des Investitionsprojektes Alten- und Pflegeheim Hans-Sachs-Straße eine Vorfinanzierung durch die Verwendung der ASK-Rücklage, so ist dieser vorfinanzierte Betrag wieder der ASK-Rücklage zuzuführen.
3. Die gemäß Punkt 2 des Beschlussantrages erforderlichen finanztechnischen Kreditoperationen (Kreditüberschreitungen, Bedeckungsänderungen etc.) werden genehmigt und der Finanzreferent und die Finanzdirektion beauftragt, diese durchzuführen.

Einstimmig angenommen.

7.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
vom 16.10.2017, 09.11.2017 und 27.11.2017  
FD-Buch-14-2017

Die Anträge (Anlagen 12 bis 14) lauten nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 17.11.2017 und 5.12.2017:

Die in den Anlagen dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

8.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
vom 09. und 30.11.2017  
FD-Buch-14-2017

Die Anträge (Anlagen 15 und 16) lauten nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 17.11.2017 und 05.12.2017:

Die beantragten Kreditübertragungen und Kreditüberschreitungen werden genehmigt.

Einstimmig angenommen.

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die  
Abfallgebühren-Verordnung 2011 geändert wird (7. Novelle  
zur Abfallgebühren-Verordnung 2011)  
FD-StV-10-2017

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 17.11.2017

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte 7. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011 beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der auf Grundstück Nr. 243/7, EZ 4121, KGI. Lichtenegg, eine Fläche eingerichtet wird, auf der die Leinen- oder Maulkorbpflicht für Hunde nicht gilt (Freilauffläche im Ausmaß von 3.915 m<sup>2</sup>)  
BZ-Pol-01036-2017

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 23.11.2017:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Verordnung, mit der auf Grundstück Nr. 243/7, EZ 4121, KG Lichtenegg, eine Fläche eingerichtet wird, auf der die Leinen- oder Maulkorbpflicht für Hunde nicht gilt (Freilauffläche im Ausmaß von 3.915 m<sup>2</sup>) beschließen.

Vzbgm. Huber: Ich freue mich, dass es endlich soweit ist und bedanke mich herzlich beim Herrn Bürgermeister, der mir sehr behilflich war hier ein Grundstück zu finden, und zwar in der Nähe der FC-Wels-Sportanlage. Es handelt sich dabei um eine temporäre Hundefreilaufzone. Das heißt, wenn der Grundbesitzer dieses Grundstück braucht, müssen wir wieder ein entsprechendes Grundstück suchen. Wenn sie, liebe Mitglieder des Gemeinderates, ein entsprechendes Grundstück kennen, bitte melden, weil wir dieses benötigen, da wir nicht wissen, wie lange diese Hundefreilaufzone in Betrieb sein kann.

Wir werden dort einen Zaun errichten, der wieder leicht abmontiert werden kann, damit die eingesetzten Mittel nicht hinausgeworfen sind. Bis zur Inbetriebnahme wird es noch etwas dauern. Dort ist derzeit noch Ackerland und die Bodenvorbereitungen können erst bei lockerem Boden beginnen. Dann starten wir allerdings sofort, damit es für die 2251

Hundebesitzer der Stadt Wels eine zweite Option gibt, weil leider die Hundefreilauffläche in der Freizeitanlage Wimpassing sehr oft unter Wasser steht.

GR. Dr. Csar: Ich freue mich über die Errichtung dieser Hundefreilauffläche im Bereich Lichtenegg. Vor einiger Zeit brachten wir einen Initiativantrag ein mit der Bitte um nähere Untersuchung zur Errichtung einer weiteren Hundefreilauffläche. Ein herzliches Dankeschön an alle handelnden Personen, die sich hier eingebracht haben zu ermöglichen, dass nun im Jahr 2018 eine solche eingerichtet und in Betrieb genommen werden kann. Ich hoffe, diese wird möglichst lange in Betrieb sein können. Ich würde mich freuen, wenn es möglich werden würde auch in Richtung Pernau eine Hundefreilauffläche einzurichten.

Dafür möchte ich keinen Antrag einbringen, gebe das aber wieder in bewährte Hände und ersuche um nähere Prüfung. Wir bringen uns gerne mit entsprechenden Vorschlägen ein. Es wäre wichtig auch auf der anderen Seite von Wels eine solche Möglichkeit vorzusehen, um allen Hundebesitzern eine Auslauffläche für ihre vierbeinigen Lieblinge zu ermöglichen.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Silvia Huber

11.)

Umsetzung der Verpackungsverordnung; Vereinbarung  
über kommunale Leistungen im Rahmen der haushaltsnahen  
Verpackungssammlung für die Sammelkategorie Leichtverpackungen;  
Neuabschluss  
SD-AWi-852-2017

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 04.12.2017:

Die beiliegende Vereinbarung über kommunale Leistungen im Rahmen der haushaltsnahen Verpackungssammlung für die Sammelkategorie Leichtverpackungen wird mit den Sammel- und Verwertungssystemen

**ARA Altstoff Recycling Austria AG**  
Mariahilfer Straße 123  
1062 Wien

**Landbell Austria**

Gesellschaft für nachhaltige Kreislaufwirtschaft mbH  
Harmoniegasse 9/3  
1090 Wien

**INTERSEROH Austria GmbH**

Ungargasse 35  
1030 Wien

**Reclay UFH GmbH**

Mariahilfer Straße 37 – 39  
1060 Wien

**ELS AUSTRIA GmbH**

Kupelwiesergasse 12/6  
1130 Wien

abgeschlossen.

Einstimmig angenommen.

12.)

Umsetzung der Verpackungsverordnung; Vereinbarung  
über kommunale Leistungen im Rahmen der haushaltsnahen  
Verpackungssammlung für die Sammelkategorie Papier;  
Neuabschluss  
SD-AWi-852-2017

Der Antrag (Anlage 20) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und  
Gesundheitsausschuss am 04.12.2017:

Die beiliegende Vereinbarung über kommunale Leistungen im Rahmen der  
haushaltsnahen Verpackungssammlung für die Sammelkategorie Papier wird mit den  
Sammel- und Verwertungssystemen

**ARA Altstoff Recycling Austria AG**

Mariahilfer Straße 123  
1062 Wien

**Landbell Austria**

Gesellschaft für nachhaltige Kreislaufwirtschaft mbH  
Harmoniegasse 9/3  
1090 Wien

**INTERSEROH Austria GmbH**

Ungargasse 35  
1030 Wien

**Reclay UFH GmbH**  
Mariahilfer Straße 37 – 39  
1060 Wien

**ELS AUSTRIA GmbH**  
Kupelwiesergasse 12/6  
1130 Wien

abgeschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

13.)

Aufstockung der Leistungsstunden 2017 in der Hauskrankenpflege sowie in der Mobilien Betreuung und Hilfe mit den externen Trägern Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen, Rotes Kreuz sowie der Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels  
SO-SHoR-91-2017

Der Antrag (Anlage 21) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 30.11.2017:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beigelegte Aufstockungen der Leistungsvereinbarungen 2017 betreffend Hauskrankenpflege, Fachsozialbetreuung „Altenarbeit“ sowie Heimhilfe zwischen den externen Trägern „Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen“, „Rotes Kreuz“ sowie „Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels“ und der Stadt Wels beschließen:

1. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2017 Hauskrankenpflege (HKP) – Aufstockung: Magistrat Wels – Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen (Beilage 1)
2. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2017 Fachsozialbetreuung Altenarbeit (FSB“A“) – Aufstockung: Magistrat Wels – Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels (Beilage 2)
3. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2017 Hauskrankenpflege (HKP) – Aufstockung: Magistrat Wels – Rotes Kreuz (Beilage 3)
4. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2017 Heimhilfe (HH) – Aufstockung: Magistrat Wels – Rotes Kreuz (Beilage 4).

Einstimmig angenommen.

Hauskrankenpflege sowie Mobile Betreuung und Hilfe;  
Leistungsvereinbarungen 2018 mit den externen Trägern Evangelisches  
Diakoniewerk Gallneukirchen, OÖ Hilfswerk GmbH, Rotes Kreuz sowie  
der Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels und des internen Trägers  
Seniorenbetreuung Mobil  
SO-SHoR-91-2017

Der Antrag (Anlage 22) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am  
30.11.2017:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beigelegte Leistungsvereinbarungen 2018  
betreffend Hauskrankenpflege, Fachsozialbetreuung „Altenarbeit“ sowie Heimhilfe  
zwischen dem internen Anbieter „Seniorenbetreuung Mobil“ und den externen Trägern  
„Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen“, „OÖ Hilfswerk GmbH“, „Rotes Kreuz“  
sowie „Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels“ und der Stadt Wels beschließen:

1. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag ) – Jahr 2018 Hauskrankenpflege (HKP):  
Magistrat Wels – Seniorenbetreuung Mobil (Beilage 1)
2. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2018 Fachsozialbetreuung Altenarbeit  
(FSB“A“): Magistrat Wels – Seniorenbetreuung Mobil (Beilage 2)
3. Leistungsvereinbarung Budgetantrag) – Jahr 2018 Heimhilfe (HH): Magistrat Wels –  
Seniorenbetreuung Mobil (Beilage 3).
4. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2018 Hauskrankenpflege (HKP):  
Magistrat Wels – Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen (Beilage 4)
5. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2018 Fachsozialbetreuung Altenarbeit  
(FSB“A“): Magistrat Wels – Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen (Beilage 5)
6. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2018 Heimhilfe (HH): Magistrat Wels –  
Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen (Beilage 6)
7. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2018 Hauskrankenpflege (HKP):  
Magistrat Wels – OÖ Hilfswerk GmbH (Beilage 7)
8. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2018 Fachsozialbetreuung Altenarbeit  
(FSB“A“): Magistrat Wels – OÖ. Hilfswerk GmbH (Beilage 8)
9. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2018 Heimhilfe (HH): Magistrat Wels –  
OÖ Hilfswerk GmbH (Beilage 9)
10. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2018 Hauskrankenpflege (HKP):  
Magistrat Wels – Rotes Kreuz (Beilage 10)
11. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2018 Fachsozialbetreuung Altenarbeit  
(FSB“A“): Magistrat Wels – Rotes Kreuz (Beilage 11)
12. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2018 Heimhilfe (HH): Magistrat Wels –  
Rotes Kreuz (Beilage 12)
13. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2018 Hauskrankenpflege (HKP):  
Magistrat Wels – Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels (Beilage 13)
14. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2018 Fachsozialbetreuung Altenarbeit  
(FSB“A“): Magistrat Wels – Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels (Beilage 14)
15. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2018 Heimhilfe (HH): Magistrat Wels –  
Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels (Beilage 15).

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Margarete Josseck-Herdt

15.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarife für die Häuser der Seniorenbetreuung 2018 festgelegt werden (Tarifordnung der Häuser der Seniorenbetreuung 2018)  
SO-SenB-222500-2017

Der Antrag (Anlage 23) lautet nach Vorberatung im Generationenausschuss am 20.11.2017:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Tarifordnung der Häuser der Seniorenbetreuung 2018 beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Wir kommen nun zu den Dringlichkeitsanträgen, wobei ich vorschlagen darf, dass wir die beiden Anträge betreffend Integratives Schulzentrum in den Wortmeldungen zusammenfassen. Bezüglich des Dringlichkeitsantrages der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Resolution zur Weiterführung der Volksschulklassen im Integrativen Schulzentrum Wels (ISZ) gibt es seitens der FPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden Abänderungsantrag:

„Die Freiheitliche Fraktion stellt gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels den Abänderungsantrag, dass der Antragstext wie folgt geändert wird:

Im Beschlussantrag wird die Wortfolge „sowie Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, damit so erfolgreiche und viele Jahre erprobte Schulversuche wie dieser in das Regelschulwesen übernommen werden können“ ersatzlos gestrichen.“

Bitte diesen Abänderungsantrag in die Debatte miteinzubeziehen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Integratives Schulzentrum Dr. Schärf-Schule (ISZ Wels-Stadt); Resolution Verf-015-I-12-2017

StR. Josseck-Herdt: Letzte Woche rief mich der Obmann des Elternvereins des Integrativen Schulzentrums an, weil angeblich der Schulversuch in der Volksschule für

Inklusionskinder, das heißt, gesunde Kinder und Kinder mit besonderen Bedürfnissen, auslaufen soll. Dieser Schulversuch soll gestoppt und schon nächstes Jahr in der ersten Volksschulklasse nicht mehr installiert werden. Ich rief sofort im Bundesministerium und im Büro der Landesrätin Mag. Haberlander an bzw. konnte ich dann doch noch mit dem Landeschulrat sprechen. Allerdings erhielt ich keine profunde Auskunft darüber, ob das jetzt tatsächlich so geplant ist.

Wir sollten gar nicht darauf warten, dass wir vollendete Tatsachen gestellt werden. Ich finde es eigenartig, wenn es wirklich so sein soll, dass die Stadt darüber überhaupt nicht informiert wird. Ich stelle daher den Antrag, das Bundesministerium für Bildung, der Landeschulrat und die Landesregierung soll sich einschalten, damit wir schnellstmöglich informiert werden und in Folge der Schulversuch nicht gestoppt werden soll.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Weiterführung der Volksschulklassen im Integrativen  
Schulzentrum Wels (ISZ); Resolution  
Verf-015-I-13-2017

StR. Reindl-Schwaighofer: Die Frage des Zurückfahrens ergibt sich aus den vorliegenden gesetzlichen Bestimmungen. Im Bundesgesetz gibt es eine Obergrenze von 5 % bei Schulversuchen an der Population. In Oberösterreich sind über 25 % der Kinder in Schulversuchen. Die Schulversuche werden über den Landeschulrat umgesetzt. Wenn der Landeschulrat auf diese 5 % dezimieren muss, kann er gewisse Schulen nicht mehr mit einer Genehmigung berücksichtigen. Dieser Schulversuch erhielt jedes Jahr dafür eine Genehmigung. Beim ISZ handelt es sich um eine Sonderschule, welche eine Genehmigung hat integrative Volksschulklassen zu führen.

Die Recherchen darüber sind sehr wichtig, weil es teilweise zu falschen Informationen kam. Unseren letzten Absatz – den der Herr Bürgermeister streichen möchte – erachten wir als wichtig, weil wir nicht wollen, dass wir Jahr für Jahr wieder darüber diskutieren müssen, ob dieser zur Zeit laufende Schulversuch gut oder schlecht ist. Wir wissen, in den letzten 20 Jahren gingen hunderte Kinder in diese Schule, es ist eine hervorragende Schule mit ausgezeichneten Lehrkörpern. Es geht darum diesen Schulversuch in den Regelbetrieb zu übernehmen, weil Inklusion in dieser Schule gelebt wird.

Bgm. Dr. Rabl: Ich möchte eine Richtigstellung anbringen: Es geht nicht darum, ob der Bürgermeister es drinnen haben will oder nicht. Das kann erst nach erfolgter Abstimmung gesagt werden. Im Übrigen handelt es sich dabei um einen Abänderungsantrag des Fraktionsvorsitzenden Mag. Parzmayr. Das zur Klarstellung der Debatte, um Missverständnisse zu vermeiden.

GR. Dr. Csar: Danke Herr StR. Reindl-Schwaighofer für diese wichtige Klarstellung. Es trifft fast den Nagel auf den Kopf. Wir haben Volksschulen mit Integrationsschwerpunkt.

In diesen findet integrationspädagogische Eingliederung statt; sie sind nicht gefährdet und werden weiterhin angeboten. Im ISZ werden weiterhin 14 Sonderschulklassen angeboten. Zur Diskussion steht nur diese eine Sonderschulklassenform, weil aufgrund der gesetzlichen Vorgaben diese maximale 5 %-Grenze überschritten wurde.

Heute Nachmittag gibt es eine Diskussion auf Bundesebene im Ministerium, um das klarzustellen. Die ganze Aufregung begann, weil alle in diese Sonderschulformen hineinfallenden Schulen über diese beginnende Diskussion informiert wurden. Die Resolution ist sicher kein Fehler, weil es die Position der Stadt klarlegt und wir uns auch in die Diskussion und Festlegungen hineinreklamieren können. Das ist in dieser Situation sicher förderlich, allerdings ist es keine Untergangsstimmung.

Das heißt nicht, wir haben jetzt keine Schulklassen mehr mit Integrationsmöglichkeiten und dass Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf, behinderte Kinder hier keine Möglichkeit mehr haben in diesen Schulen unterrichtet zu werden. Das Lehrpersonal, welches bis jetzt die Arbeit sehr professionell und gut macht, braucht unsere Wertschätzung und Anerkennung. Ansonsten würde aus unserer Sicht Unrecht geschehen, wenn wir das einfach ignorieren würden. Bitte nehmen sie zur Kenntnis, dass ein Angebot nach wie vor vorhanden ist - nur diese Sonderschulform ist in Diskussion. Ich hoffe, sie ist nicht gefährdet. Betroffen sind nicht hunderte von Kindern, sondern in allen Klassen der Sonderschulform sind es 14 oder 15 Kinder. Es geht um den Neubeginn und den Start für das nächste Schuljahr 2018/2019 mit einer neuen ersten Klasse.

Der Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 21 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
12 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion, NEOS)  
angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Erhalt und Sicherung von Streetwork; Resolution  
Verf-015-I-14-2017

GR. Scheinecker: Der vorliegende Antrag beschäftigt sich mit dem Erhalt und der Sicherung von Streetwork in Wels. Wir sprachen heute schon vielschichtig über budgetäre Veränderungen auch auf Landesebene und wissen aus den Zeitungen, dass uns hier eine Einbuße von 100.000 Euro an Landesförderung ins Haus steht.

Welche Arbeit macht ein Streetworker und was bedeuten hier 100.000 Euro weniger? Aus den Zeitungen konnte ich entnehmen, es geht dabei um eine Personalkürzung von drei Personen. Das heißt, von den bis jetzt noch immer nicht voll besetzten sechs

Dienstposten gibt es nur mehr drei. 2017 wurde der sechste Dienstposten nicht nachbesetzt, also gibt es zur Zeit in Wels nur fünf Streetworker.

Weiß man, wie Streetwork funktioniert, ist der logische Schritt halbes Personal = weniger Klientenkontakt. In sozialen Beziehungen funktioniert es nicht so leicht mit der Effizienz, denn Streetwork basiert auf einer zeitintensiven Klienten-Betreuung, die durch einen Einschnitt im Personal erheblich an Qualität und an Effizienz zu verlieren droht.

Gerade aber die Arbeit mit diesen jungen Menschen in dieser Stadt sorgt dafür ihnen zu helfen ihr Potenzial zu nutzen, um in der Mitte der Gesellschaft zu stehen. Streetwork ist ja nicht gerade Arbeit mit leicht umgänglichen Jugendlichen und jungen Menschen, sondern es ist eine sehr zeitintensive Arbeit, die darauf basiert, dass Vertrauen entsteht und die personelle Ressourcen benötigt, um effizient gestaltet werden zu können.

Bei den Ausgaben der Stadt Wels ist ersichtlich, was diese 100.000 Euro bewirken. Wir haben im Voranschlag 496.100 Euro veranschlagt, wobei die Einnahmen gleichbleibend bei ca. 200.000 Euro liegen. Haben wir hier um 100.000 Euro weniger, so ist das natürlich viel Geld. Im Jahr 2016 wurde bei 150 Personen ein intensiver Kontakt aufgebaut. Hier wurde unterstützt, betreut und Hilfe angeboten bzw. war der Streetworker ganz oft die einzige Ansprechperson für diese 150 Menschen in Wels.

Viele der Betroffenen haben keine Alternativen, sie können auf kein familiäres Netzwerk zurückgreifen, sie können sich nicht selbst Hilfe suchen bei diversen Einrichtungen, sondern sie brauchen dezidiert diese Betreuung. Es wurde schon gesagt, Linz stirbt nicht um diese Förderung bzw. ist Linz nicht so hart betroffen. Dazu sollte beachtet werden, dass das Linzer Streetwork durch einen Verein organisiert ist. Vielleicht wäre das auch für Wels eine Lösung, denn Streetwork muss sichergestellt werden.

Was heißt das, wenn auf einmal 150 Jugendliche diesen Kontakt nicht mehr haben. Das sind Jugendliche, die keine Beschäftigung, keinen Ansprechpartner haben. Das sind dann klassischerweise die Jugendlichen, die uns vielleicht negativ ins Auge fallen, weil sie herumlungern. Hier kommt beispielsweise am Kaiser-Josef-Platz die Ordnungswache und macht sie darauf aufmerksam, nicht an öffentlichen Plätzen herumzuhängen. Wir schaffen uns hier sozusagen die Probleme wieder selbst.

Am Kaiser-Josef-Platz wurde beim Bürgerbeteiligungsprozess der Wunsch nach mehr Polizeipräsenz und Ordnungswache geäußert. Das ist schön und gut, aber es gibt auch den Wunsch, diesen uns in der Gesellschaft negativ auffallenden Menschen eine Hilfestellung anzubieten. Da war die Rede von Anlaufräumen im neuen Amtsgebäude und auch von Streetwork am Kaiser-Josef-Platz. Wir müssen den Bürgern dann aber erklären, dass das mit drei Streetworkern nicht möglich sein wird. Es muss mit Leistungen zurückgefahren werden und anstelle von mehr wird es weniger Kontakte geben.

Dem Voranschlag 2018 ist zu entnehmen, die Ordnungswache schlägt sich mit über 700.000 Euro zu Buche, die die Stadt Wels zur Gänze trägt. Verglichen mit dem 300.000 Euro Abgang, muss die entsprechende Wertigkeit festgestellt werden. Es ist leichter die Probleme zu verschieben als einen Lösungsansatz zu bieten. Wir brauchen in der Stadt ein Grundbekenntnis, denn wenn uns das negativ auffällt, müssen wir nicht nur schauen diese Personen nicht nur nicht mehr zu sehen und - falls vorhanden - in die

Privatwohnungen zu verschieben, sondern diesen Problemen auch Lösungen zuzuführen bzw. reale Kontakte zu vermitteln.

Die 100.000 Euro bei einem Budget von 200 Mrd. Euro würden wir ganz dringend für das Streetwork brauchen. Wir haben Projekte wie das Greif, Anschlussstelle Wimpassing, Beleuchtungsmaßnahmen, eine Markthalle neu ....

Bgm. Dr. Rabl: Eine Richtigstellung! Wir haben kein Budget von 2 Mrd. sondern 200 Mio. Euro.

GR. Scheinecker: Danke, da hab ich mich verschrieben! Ganz wesentlich ist, dass wir diesen drohenden Verlust von drei Welser Streetworkern abfedern. So schön kann unser Stadtplatz gar nicht sein, wenn wir es nicht schaffen, diesen Jugendlichen Beschäftigung zu bieten und wir ihnen damit die Zukunftsperspektiven nehmen. Streetwork kann hier einen wesentlichen Beitrag leisten und soll uns als Stadt wirklich etwas wert sein.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Es hätte mich gewundert, wenn zum Abschluss nicht wieder einmal der Stadtplatz gekommen wäre. Ich denke, auch in ihrem Bereich gibt es Referenten, die nötigenfalls 100.000 Euro hergeben könnten.

Vorab ein paar Richtigstellungen. Die Kürzungen wurden nicht von der Stadt gemacht, sondern von der Landesrätin Gerstorfer. Ich wies in meiner Budgetrede schon darauf hin, das Sozialbudget des Landes stieg um 23 Mio. Euro.

Die Stadt Linz bekommt 900.000 Euro. Damit wird der Verein Jugend und Freizeit subventioniert. In diesem Verein befinden sich Jugendtreff und Streetwork gemeinsam. Die Stadt Linz hat acht Jugendtreffs, die Stadt Wels vier. Der Stadt Wels ist der Jugendtreff 430.000 Euro wert, das heißt, wir bekommen überhaupt keine Förderung vom Land. Wenn ich das alles umrechne, dann wird jeder Jugendliche in Linz von 12 bis 24 Jahren mit 27,45 Euro gefördert, während wir in Wels bei 10,70 Euro Förderung liegen. Ich brachte diese Dinge im Sozialausschuss vor und Frau Vzbgm. Huber sprach bei einer Weihnachtsfeier groß darüber das Ganze überparteilich zu sehen. Jetzt unterstellt sie mir, dass der Gesprächstermin in Linz nichts bringen wird, deshalb würde ich dich, liebe Silvia, bitten zu intervenieren.

Ich habe am 26.01.2018 einen Termin bei Frau Landesrätin Gerstorfer und stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag dem Sozial- und Wohnungsausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Raggl-Mühlberger auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages (Anlage 3) in den Sozial- und Wohnungsausschuss wird mit

gegen 21 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
12 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Damit ist die Tagesordnung erschöpft und ich wünsche ihnen noch einen restlichen friedlichen Advent. Genießen sie in den Weihnachtsfeiertagen die Zeit mit ihren Familien, um uns dann in alter Frische im neuen Jahr zu sehen, um dort zu beginnen, wo wir zum Schluss aufgehört haben: in der Politik, in der politischen Arbeit bzw. der Überzeugungsarbeit. Hier glauben wir alle, dass es der richtige Weg ist für unsere Stadt zu arbeiten. Danke sehr herzlich und ein frohes Neues Jahr!

### **H I N W E I S für Internet-Nutzer:**

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 05.03.2018 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*